



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

SEPTEMBER 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Von einem, der auszog, um die Welt zu retten

Die österreichische Journalistin Margaretha Kopeinig legt Biografie von Außenminister Jean Asselborn vor

Die beiden Wörter kleben an ihm, wie die Fliegen am Fliegenfänger. Im vergangenen Jahr hatte sein mittlerweile berühmtes „merde alors“, das er dem damaligen italienischen Innenminister Mateo Salvini nach dessen rassistischen Aussagen zur Flüchtlingsproblematik wutentbrannt um die Ohren gehauen hatte, den österreichischen Journalisten Florian Klenk und dessen Schriftstellerkollegen Doron Rabinovici zu dem Politstück „Alles kann passieren!“ inspiriert, das das renommierte Wiener Burgtheater schließlich auf die Bühne brachte. Nun liefert der Ausruf der Empörung den Titel für eine Biografie von Außenminister Jean Asselborn (LSAP).

„Merde alors! Jean Asselborn – Eine politische Biografie“ nennt die österreichische Journalistin Margaretha Kopeinig ihr Buch über den luxemburgischen Chefdiplomaten. Als EU-Korrespondentin der Tageszeitung Kurier in Brüssel beobachtet – und schätzt – Kopeinig Asselborn schon länger, und das merkt man. Sie kann ihre Sympathie für den „mitreißenden Charismatiker“, der die „Dinge gerne beim Namen nennt“ und dem das Protokoll bisweilen egal ist, nicht verbergen.

Sie hat zahllose Gespräche mit ihm geführt, über die Politik, über Gott und die Welt und über sein Privatleben. Und Asselborn erzählt gern: Er berichtet über seine Kindheit und seine Jugend im Arbeitermilieu, er erklärt, weshalb er zunächst die Schule abgebrochen hat und im Blaumann an der Werkbank stand, um dann auf dem zweiten Bildungsweg neben dem Job zuerst das Abitur und schließlich das Jurastudium an der Uni Nancy nachzuholen. Er erklärt, wie er mit seiner hart erarbeiteten „maîtrise en droit“ in der Tasche in die Politik gestolpert und im Alter von nur 33 Jahren auf dem Bürgermeistersessel von Steinfort ge-

landet ist.

Diplomaten ticken anders

Und immer wieder gibt es anekdotische Einschübe: Etwa die Geschichte über Asselborns Büro im Bâtiment Mansfeld, in dem einst der Sonnenkönig Ludwig XIV. genächtigt hat. Oder wie er 2004 ins Außenministerium kommt, fast niemanden kennt und viele langjährige Mitarbeiter erst einmal die diplomatische Nase rümpfen, weil sie der Meinung sind, der Bürgermeister von Steinfort sei der Aufgabe des Chefdiplomaten nicht gewachsen. Wie er erstaunt feststellen muss, dass die Diplomaten anders ticken als seine früheren Kollegen in der kommunalen Verwaltung. Er erzählt Margaretha Kopeinig, wie Martine Schommer, die damalige politische Direktorin des Außenministeriums, und Sylvie Lucas, die spätere UNO-Botschafterin, ihm einen Crash-Kurs in der hohen Kunst der Diplomatie verpassen. Das Buch liest sich gut.

Die Lage wird ernst

Es gibt aber nicht nur diese heiteren Geschichten. Es gibt nicht nur die diplomatischen Highlights wie den Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Biografie ist bisweilen sehr ernst. Etwa, wenn Kopeinig über die Flüchtlingspolitik schreibt, und Asselborn als Immigrationsminister seine bislang schmerzhafteste politische Niederlage einräumt: Unter luxemburgischem EU-Vorsitz ist es ihm nicht gelungen, eine Einigung in der Immigrationspolitik herbeizuführen. Ernst ist das Buch auch, wenn es um den wieder aufkeimenden Populismus, Nationalismus, oder gar um den Extremismus in Europa geht, eben um jene Geisteshaltung in Politik und Gesellschaft, die dazu führte, dass Asselborn während der Ratssitzung der diplomatische Kragen platzte. Bisweilen hoffnungslos liest sich die Biografie immer dann, wenn die verfahrenere Situation im

Nahen Osten zur Sprache kommt.

Überhaupt wird das Buch von Kapitel zu Kapitel düsterer. Immer mehr internationale Krisen brauen sich zusammen, immer unsicherer wird die Lage in der Welt. Die Diplomatie stößt immer öfter an ihre Grenzen. Dennoch macht Außenminister Jean Asselborn immer weiter, seit 16 Jahren.

Am 10. Oktober liest Philippe Hauss, Mitglied des Ensembles des Burgtheaters, ab 20 Uhr im TNL aus der Biografie. Margaretha Kopeinigs Buch, das mit Interviews von Asselborns Weggefährten Frank-Walter Steinmeier und Heinz Fischer schließt, wird auch im Ausland Aufmerksamkeit zuteil. Am Mittwoch, dem 23. September, lädt die Galerie Netzwerk ab 19 Uhr zu einer Lesung in Anwesenheit von Außenminister Asselborn mit anschließender Diskussion in die Europäische Kunstakademie in Trier. Am 5. Oktober findet eine Buchpräsentation beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Berlin statt, dies in Anwesenheit von Jean Asselborn und seines deutschen Amtskollegen Heiko Maas. DS

Margaretha Kopeinig: Merde alors! Jean Asselborn – eine politische Biografie, Czernin-Verlag, Wien 2020, ISBN 978-3-7076-0711-6, 25 Euro.



Ausgezeichnete Kooperation

Verteidigungsminister verleiht Medaille

LUXEMBURG Gestern hat der Verteidigungsminister François Bausch die Verdienstauszeichnung an den General Eberhard Zorn, dem Generalinspektor der deutschen Armee, verliehen. In seiner Rede hat der Minister die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Luxemburg bei ihrer gemeinsamen NATO-Mission „Enhanced

Forward Presence“ in Litauen unterstrichen. Auch die gemeinsame Mission, welche durch die Vereinten Nationen in Mali organisiert wurde, wurde hiermit geehrt. Minister François Bausch dankte dem General für sein Engagement in der Vertiefung der exzellenten Kooperation in der Verteidigung dieser beiden Länder. LJ



François Bausch (l.) und Eberhard Zorn

Foto: EMA

Emotionale Übergabe

Steve Thull folgt auf Alain Duschène im Amt des Armeechefs

Von Marc Hoscheid

Nicht nur die Soldaten standen stramm, auch die Sonne hatte sich pünktlich zum Dienst gemeldet. Gestern wurde auf dem Gelände der Militärkaserne Herrenberg die Amtsübergabe an der Spitze der Armee von General Alain Duschène an seinen Nachfolger General Steve Thull vollzogen. Da wegen der Covid-19-Pandemie sanitäre Beschränkungen gelten, war die Ehrentribüne nicht so voll besetzt wie sonst, es wurde jeweils ein Sitz Abstand gehalten, und die Gäste mussten einen Mundschutz tragen.

In seiner Ansprache ging der aus dem Amt scheidende Oberbefehlshaber General Duschène denn auch auf die Corona-Krise ein. Diese habe die Armee zwar einerseits in ihrem Elan ausgebremst, andererseits hätte der Einsatz des Militärs in dieser Zeit seine Früchte getragen. „Unsere Solidarität, Disziplin und unser Engagement haben dazu beigetragen, dass wir das Schlimmste verhindern konnten.“ Die Bevölkerung habe gesehen, dass sie sich auf die Armee verlassen kann, wie bereits nach den Überschwemmungen im Müllerthal und dem Tornado im Süden des Großherzogtums.

Erinnerung an gestorbene Soldaten

Duschène, der drei Jahre Armeechef war, erinnerte auch an das Unglück auf dem Gelände des Munitionslagers Waldhof im Februar des vergangenen Jahres, bei dem zwei Soldaten ums Leben kamen: „Dass unsere beiden Kollegen Luc und Mike ihr Leben im Dienst für die Allgemeinheit verloren haben,

hat uns alle tief getroffen“. Er verwies zudem auf den Tod von Grand-Duc Jean am 23. April 2019, dieser sei selbst Soldat gewesen und die Armee habe ihm stets am Herzen gelegen.

Als einen positiven Punkt seiner Amtszeit strich Duschène die Verbesserungen bei der Rekrutierung hervor. Nach seiner Rede ließ er es sich nicht nehmen, die aufgereihten Soldaten ein letztes Mal abzuschreiten, dies Hand in Hand mit seinen drei kleinen Enkelkindern.

Verteidigungsminister François

Bausch (Déi Gréng) würdigte die Verdienste von Duschène und unterstrich die gute Zusammenarbeit. Die Amtszeit des scheidenden Oberbefehlshabers zeichne sich durch die konsequente Weiterführung der 2007 begonnenen Restrukturierung der Armee aus. „Das gilt vor allem für die Ausarbeitung des neuen Kadergesetzes, das neue Karrieren und neue Perspektiven schaffen wird.“ Duschène habe die Armee zudem auf ihre zukünftigen Aufgaben in den Bereichen Observation und

Lufttransport vorbereitet.

Nach der symbolischen Übergabe der Flagge bedankte sich der neue Armeechef Steve Thull unter anderem bei seiner Familie für ihre Unterstützung und allen seinen bisherigen Vorgesetzten, darunter auch seinem Amtsvorgänger Alain Duschène. An die Soldaten richtete er den Appell, Veränderungen, wie beispielsweise die Digitalisierung, aktiv anzugehen, um auch in Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden zu können.

Nicht anwesend waren Vertreter der Armeegewerkschaft SPAL, welche die Zeremonie wegen Streitigkeiten zwischen ihrem Präsidenten Steve Schleck und der Armeeführung boykottierten.



General Steve Thull (links im Vordergrund) übernimmt mit der Fahne symbolisch die Verantwortung über die Truppen von Verteidigungsminister François Bausch.

Fotos: Gerry Huberty

Leitartikel

Dornröschenschlaf

Von Christophe Langenbrink

*Die Großregion
ist mehr als nur
eine Melkkuh
für europäische
Projekte.*

Die Großregion ist tot, es lebe die Großregion. Covid-19 bringt nicht allein Luxemburg, Europa und die Welt ins Stocken, selbstverständlich leidet auch die beschauliche Grenzregion unter den Folgen des fiesen Virus. Allerdings bedarf es nicht einer Pandemie, um zu erkennen, dass die Großregion zumindest auf politischer Ebene in eine Art Koma gefallen ist. Gebe es da nicht europäische Förderprogramme wie Interreg, wäre ein Erwachen aus dem Dornröschenschlaf kaum denkbar.

Zugegeben, die makro-ökonomischen Umstände haben dem politisch gewollten Gebilde in den vergangenen Jahren hart zugesetzt. Zuerst hat 2008 und 2009 die Wirtschafts- und Finanzkrise die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mangels Mittel für eine Zeit lang fast zum Erliegen gebracht. Dann hat 2016 die französische Gebietsreform mit der Region Grand Est eine neue Instanz geschaffen, bei der bis heute unklar ist, wo die Großregion anzusiedeln ist und wer dort wem, was genau zu sagen hat. Dazu gesellt sich das Urproblem der Region zwischen Rhein, Mosel und Maas: regionale Akteure mit ganz unterschiedlichen Entscheidungskompetenzen. Dieses Kompetenzgerangel zwischen Nationalstaat, Ländern, Provinzen, Regionen und der Ebene

der Region mit dem Nationalstaat macht ein Vorankommen so gut wie unmöglich.

Da hilft selbst der 1995 ge-

schaffene Gipfel der Großregion nicht mehr. Der Versuch, dem grenzüberschreitenden Kooperationsraum ein politisches Gesicht zu verleihen, ist 25 Jahre nach seiner Gründung gescheitert. Ein Gipfel mit den entscheidenden Spitzenpolitikern,

der aber medial so gut wie gar nicht wahrgenommen wird, auch deshalb, weil er sich immer wieder im Kreise dreht. Zwar betonen Politiker bei jedem Gipfeltreffen, wie gut die Zusammenarbeit funktioniere und wie wichtig ihnen dieser Kooperationsraum ist, aber wirklich konkrete Handlungsspielräume ergeben sich daraus nicht. Wie denn auch? Ohne echtes Budget, ohne einen rechtlichen Rahmen bleibt der Gipfel der Großregion ein Luftschloss. Einzig das 2014 geschaffene Gipfelsekretariat im Haus der Großregion in Esch bemüht sich redlich um Kontinuität und ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch das reicht nicht aus.

Was hält denn die Großregion überhaupt zusammen? Mehr als die gemeinsame Geschichte ist das vor allem das konkrete Zusammenleben der Menschen im Grenzraum. Die drängenden Umweltfragen, die Digitalisierung, die Infrastruktur- und Mobilitätsprobleme gehen alle etwas an. Und dank EU-Förderprojekten wie zum Beispiel Interreg werden diese auch konkret in die Tat umgesetzt. Mehr als 190 Millionen Euro sind mit Hilfe solcher grenzüberschreitender Projekte investiert worden. Das ist eine Größenordnung, die sich sehen lassen kann. Es sind solche EU-Fördermittel, die die regionale Kohäsion ermöglichen, die das Zusammenleben über die Grenzen hinweg vereinfachen. Vielleicht gibt das auch den Anstoß, die Großregion nicht allein als Förderinstanz für EU-Projekte zu betrachten, sondern als grenzüberschreitende Einheit mit gemeinsamen Zielen. Vielleicht erwacht sie dann aus ihrem Dornröschenschlaf. Es lebe die Großregion.

Grande Région

„Tu Gutes und sprich darüber“

Minister Claude Turmes über die Bedeutung des EU-Interreg-Programms für Luxemburg

Interview: Christophe Langenbrink

Nur wenige EU-Programme haben einen so durchschlagenden und nachhaltigen Erfolg, und das seit 30 Jahren, wie Interreg. Für zu viele Menschen bleibt das regionale EU-Förderprogramm eine Unbekannte. Dabei wirkt es bis hin auf die lokale Entscheidungsebene und sucht mit grenzüberschreitenden Kooperationspartnern nach gemeinsamen Lösungen, die das Leben der Menschen im Grenzraum verbessern. Was das genau für Luxemburg bedeutet, erklärt der Minister für Landesplanung Claude Turmes (Déi Gréng).

Claude Turmes, von 1999 bis 2018 waren Sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie kennen sich bestens mit europäischen Förderprogrammen aus. Auf EU-Ebene gibt es eine Menge unterschiedlicher Kohäsionsprogramme. Warum ist gerade das Interreg-Programm auch 30 Jahre nach seiner Gründung so wichtig?

Interreg ist wohl das EU-Programm, das den Bürgern am nächsten steht, und das bis auf die lokale Entscheidungsebene. Bürger, Forscher, aber auch Kommunen werden mit Hilfe dieses Programms grenzüberschreitend zusammengebracht. Europa wird nirgends so erlebbar wie mit Interreg.

Luxemburg steht im Zentrum der Großregion und ist in vielerlei Hinsicht der Motor dieses grenzüberschreitenden Kooperationsraumes. Die regionale Entwicklung ist im Vergleich zu vielen anderen Grenzregionen sehr fortgeschritten. Warum braucht Luxemburg auch in Zukunft Interreg?

Die Großregion ist ein einzigartiger Kooperationsraum, den es in dieser Form woanders in der EU nicht gibt und der große Pendlerströme mit über 200 000 Menschen generiert, die tagtäglich hin und her die Grenzen nach Luxemburg überqueren. Das natürliche Miteinander wird in einer so großen Intensität gelebt, dass

wir alles daransetzen müssen, dieses Gebilde in seiner Einmaligkeit zu verbessern. Dazu dienen solche EU-Förderprogramme wie Interreg. Das zeigt sich beispielsweise an der Elektro-Solarfähre zwischen Wasserbillig und Oberbillig, die auch dank europäischer Interreg-Mittel jeden Tag beide Orte verbindet. Um es ganz konkret zu formulieren: Wenn wir grenzüberschreitend gemeinsam an Problemen arbeiten, die uns alle betreffen wie zum Beispiel der Gewässerschutz, kommen wir schneller zu praktikablen Ergebnissen.

Seit dem Beginn im Jahr 1990 hat sich die Zahl der Förderprojekte kontinuierlich gesteigert. Allerdings ist für die Förderperiode von Interreg V von 2014 bis 2020 (siehe Grafik auf den Seiten 4-5) ein Einbruch bei der Zahl der Projekte zu vermerken. Wie ist das zu erklären?

Die Antwort ist schnell gefunden. Es werden aktuell weniger, dafür aber umfangreichere Projekte durchgeführt. Die Finanzmittel für Interreg wurden in den letzten 30 Jahren kontinuierlich gesteigert. Dennoch, im Streit um den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft kommt niemand an den „Sparsamen Vier“ vorbei. Sie kämpfen für einen schlanken EU-Haushalt und sie wollen keine Schulden teilen. Sie meinen, die EU sei zu weit von den Bürgern entfernt, kürzen dann aber die Programme, die genau das gewährleisten können. Leidtragende sind solche nützlichen Förderprogramme wie das Interreg, die als erste von den Budgetkürzungen betroffen sind. Zwar wollen alle mehr Europa, aber mit immer weniger Geld. Das kann nicht funktionieren. Deshalb stehen wir als Luxemburger Regierung für den Erhalt der wichtigen regionalen Kohäsionsprogramme ein.

Von der Antragstellung bis zur Durchführung von EU-Projekten ist es oft ein langer und beschwerlicher Weg. Was raten Sie denjenigen, die sich zum ersten Mal mit europäischer Förderung auseinandersetzen?

Das Wichtigste ist, dass man einen Profi konsultiert, der sich in der Handhabung und Planung solcher Förderprogramme bestens auskennt. In den zuständigen Ministerien haben wir geschulte Ansprechpartner. Aber auch jedes EU-Programm hat sogenannte National Contact Points. Die haben sich darauf spezialisiert und können schon bei der Idee beratend zur Seite stehen.

Es gibt einen regelrechten Dschungel an EU-Programmen und Richtlinien, die es zu beachten gilt. Wer einen Antrag stellt, muss genau auf Formulierungen achten, damit er überhaupt in Betracht gezogen wird. Wie finde ich als potenzieller Antragsteller das passende Programm und wer kann helfen?

Genau dafür sind National Contact Points geschaffen worden. Ein Laie wird es schwer haben, sich durch der EU-Wust durchzuarbeiten. Schneller und effizienter geht das mit den Profis, die in diesen Büros sitzen, im Falle von Interreg im zuständigen Ministerium.

Bedeutet das, dass ohne professionelle Hilfe eine Antragstellung nicht empfehlenswert ist?

EU-Programme sind recht komplex. Es macht als Laie wenig Sinn, so viel Energie in die Suche und in das Verstehen solcher Programme zu stecken. Viel wichtiger ist die Umsetzung auf der lokalen Ebene. Das ist entscheidend für Erfolg oder Misserfolg eines Projekts. Profis helfen bei der Antragstellung und je besser so ein Projekt passend auf das jeweilige Förderprogramm formuliert ist, desto mehr steigen die Chancen einer Bewilligung durch eine unabhängige Jury.

Bei den Partnern für solche EU-Projekte kommen fast zwei Drittel der Antragsteller von öffentlichen Einrichtungen. Warum ist das so? Sind solche Programme einfach zu komplex?

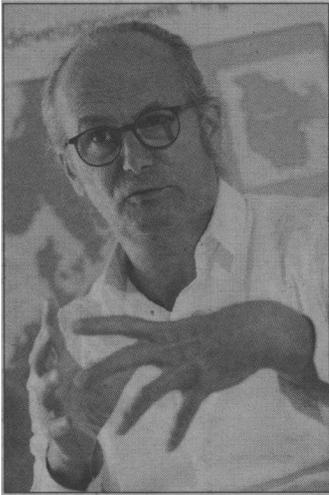
Unser Ziel ist es, die Angst vor den komplexen Antragstellungen zu nehmen. Deshalb haben wir ja die Contact Points, die niemanden im Regen stehen lassen. Wir arbeiten auch in Hinblick auf die nächste Förderperiode an der Vereinfachung. Wir stellen fest, dass wir einen Bedarf an grenzüberschreitender Zusammenarbeit haben, insbesondere auf Ebene der öffentlichen Einrichtungen. Auch hier macht durchaus es Sinn, wenn staatliche oder para-staatliche Akteure an transnationalen Lösungen arbeiten, wie zum Beispiel an der Vergleichbarkeit von Daten oder an geografischen Informationssystemen.

Können Sie Projekte mit Luxemburger Beteiligung nennen, die einen nachhaltigen Effekt haben?

Wir haben sogenannte Leuchtturmprojekte, die auch über eine Förderperiode hinaus überlebensfähig sind: Zum Beispiel im Bereich des Gewässerschutzes an der Our oder an der Obersauer, aber auch im Bereich der Analyse grenzüberschreitender Mobilität (MMUST), die sich auch mit den Auswirkungen der Mobilität auf Infrastruktur und Raumplanung auseinandersetzt.

Was muss noch in Luxemburg geschehen, damit das Interesse an Interreg wächst?

Tu Gutes und sprich darüber: Interreg ist ein sehr erfolgreiches Programm, das nah an der lokalen Entscheidungsebene ist. Wir haben durch die Schaffung der nationalen Contact Points, den Zugang vereinfacht. Jetzt in der Pandemiezeit ist es um so wichtiger, den Menschen zu zeigen, dass die EU gemeinsam mit lokalen Partnern an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Grenzraum arbeitet.



● Die Großregion ist
● ein einzigartiger
Kooperationsraum,
den es in dieser
Form woanders in
der EU nicht gibt.

● Unser Ziel ist es,
● die Angst vor
solchen komplexen
Antragstellungen
zu nehmen.



Europäische Förderprogramme wie Interreg sind wichtig,
meint Minister Claude Turmes. Sie treffen die Menschen in der
Region. Sie kürzen zu wollen, liegt nicht im Interesse Luxemburgs.

Fotos: Gerry Huberty



Interreg: die Region im Mittelpunkt

Die europäische territoriale Zusammenarbeit festigt seit 30 Jahren das Zusammenleben an der Grenze

Von **Christophe Langenbrink**

Bürgerfern, bürokratisch und manchmal besserwisserisch sind nur ein paar Beispiele, wie die Europäische Union in den Mitgliedsländern beschrieben wird. Auf der Suche nach Schuldigen für verfehlte Politiken wird allzu oft das Europäische Gebilde mit seinen Macken und Mankeln als Sündenbock für alles, was schiefläuft, angeführt. Dabei wird gerne unterschlagen, was die Europäische Union seit über einer Generation recht erfolgreich umsetzt, nämlich eine regionale Kohäsion zu erreichen.

Europa wird nämlich in den

Grenzregionen am intensivsten gelebt. Dort entsteht Europa und dort sollen Ungleichheiten aufgehoben werden. Dieses Ziel verfolgt seit genau 30 Jahren die Gemeinschaftsinitiative Interreg des Europäischen Fonds für regionale Zusammenarbeit, die auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen abzielt.

Für Luxemburg bedeutet das (siehe dazu auch das Interview mit Minister Claude Turmes auf den Seiten 2-3) ein Gesamtvolumen von 193 Millionen Euro, die zum großen Teil dank europäischer Fördermittel an Luxemburger Partner geflossen sind.

Von der Wasserversorgung, über Lichtverschmutzung und Naturparks bis hin zu grenzüberschreitenden Mobilitätsfragen, die Bandbreite der Projekte ist riesig. Und das Wichtigste: Sie verbessern die Lebensbedingungen der Menschen in der Großregion. Es gibt 386 Kooperationsprojekte, die das Know-how von rund 2 400 Partnern von dies- und jenseits von Mosel, Our und Obersauer zusammenführen, um gemeinsam an Problemlösungen zu arbeiten. Innerhalb der letzten 30 Jahre ist ein beachtliches Zahlenwerk entstanden, das verdeutlicht, was die EU in den Regionen alles leistet.

386

Interreg-Kooperationsprojekte während der letzten 30 Jahre mit Luxemburger Beteiligung (davon 303 Großregion, 62 Nord-West-Europa und 21 Interreg Europa)

2 400

Kooperationspartner in diesen 386 Projekten (inklusive der 550 Luxemburger Kooperationspartner)

193 000 000

193 Millionen Euro Gesamtinvestitionsvolumen der Luxemburger Kooperationspartner für Interreg-Projekte, davon **81 Millionen Euro** dank europäischer Kofinanzierung für regionale Entwicklung (sogenannte FEDER-Fonds „Fonds européen de développement régional“), die von Luxemburger Kooperationspartnern über Interreg-Fördermittel erworben wurden.

81 000 000

Luxembourg

Europa darf sich nicht versündigen

Der luxemburgische Außenminister hält in Trier ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa. Dessen Solidarität und Einheit sei gerade in Zeiten der Pandemie und der Flüchtlingskrise gefragt.

VON BERND WENTJES

TRIER Die Sorge um Europa ist es, was Jean Asselborn umtreibt. Ein Europa, das mit einer Stimme reden soll. Ein Europa, in dem es keine Grenzen mehr geben darf. Ein Europa das solidarisch ist und stets sein menschliches Antlitz zeigt. Dafür kämpft der luxemburgische Außenminister seit 16 Jahren. Wie sehr er trotzdem noch immer für Europa brennt, dafür kämpft – manchmal auch undiplomatisch – das zeigte sich am Mittwochabend, als der dienstälteste Außenminister der EU in der Europäischen Kunstakademie immer wieder die europäische Idee betonte. Asselborn diskutierte mit dem mit ihm befreundeten Trierer Journalisten Michael Merten.

Eingeladen hatte Bettina Ghasempoor, Inhaberin der Galerie Netzwerk in Trier. Es sind die großen Themen, die Europa beschäftigen, die an diesem Abend angesprochen werden: die fehlende Einigung auf Sanktionen gegen Weißrussland, die mangelnde Solidarität bei der Flüchtlingskrise, der zunehmende Nationalismus. Und natürlich Covid. Der Umgang mit der Pandemie ist für Asselborn ein Beispiel für das Versagen Europas.

Und dafür, dass die Errungenschaften, wie offene Grenzen, in Gefahr geraten. „Wir dürfen die negative Kraft des Virus nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen“, mahnte der 71-Jährige. Der Ärger über die von Deutschland im Frühjahr verhängten Grenzschließungen sitzt bei dem kämpferischen Diplomaten noch immer tief. Man müsse alles dafür tun, dass es nicht wieder soweit kommt. Da-

mit meint vermutlich gar nicht, dass erneut 13 der 19 Übergänge von Luxemburg nach Deutschland wieder dicht gemacht werden. Vielmehr befürchtet er erneute Reiseeinschränkungen durch die Einstufung des Nachbarlandes als Corona-Risikogebiet. So wie sechs Wochen im Sommer. Dass Deutschland Luxemburg vorerst noch nicht auf die „Rote Liste“ gesetzt hat, wie es erwartet wurde, ist womöglich dem Verhandlungsgeschick des gewiefen Politikers zu verdanken. Dem Vernehmen nach soll er am Mittwoch intensiv mit Berlin verhandelt haben. Er sei auch im Gespräch mit dem deutschen Robert Koch-Institut, um die Gesundheitsbehörde davon zu überzeugen, die Kriterien für die Einstufung als Corona-Risikogebiet anzupassen. Etwa indem die Zahl der Tests oder auch die Auslastung der Kliniken stärker berücksichtigt wird. „Wenn Schengen einmal verloren ist, wird Schengen nicht mehr kommen“, appelliert Asselborn an die Staaten der EU, die Freizügigkeit nicht zu gefährden. Diese Gefahr sieht er auch dadurch, dass in vielen Ländern der Gemeinschaft rechtsextreme Kräfte immer stärker werden. Wie etwa in Italien oder in Frankreich. Wenn die dort regierten, „können wir Europa vergessen“, sagt Asselborn und betont zugleich, dass er kein Schwarzseher sei. Was er von rechten Politikern wie dem ehemaligen italienischen Innenminister Matteo Salvini hält, machte er auch deutlich. Dieser trieb Asselborn beim EU-Ministertreffen im September 2018 zur Weißglut. Der Italiener provozierte den Luxemburger, indem er sag-

te, im Großherzogtum habe man es vielleicht nötig, Europäer mit Afrikanern zu ersetzen. Er aber wolle Italiener dazu bringen, selbst Kinder zu zeugen, anstatt „neue Sklaven“ aus Afrika zu holen. Da platzte Asselborn der Kragen und er rief dem rechten Politiker das an den Kopf, was mittlerweile ein geflügeltes Ausdruck ist. Am Ende seines Wutausbruches donnerte er den Kopfhörer auf den Konferenztisch mit den Worten „Merde alors“, was so viel wie „Scheiße nochmal“ heißt.

Auch wenn Asselborn in Trier immer wieder beteuert, die Worte hätten im Französischen nicht diese Schärfe und die ordinäre Bedeutung. Doch die Reaktion zeigt, dass Asselborn als Chefdiplomat keine Scheu hat, klare Kante zu zeigen. Er habe in dem Moment nicht anders gekonnt, sagt er. Man könne Flüchtlinge nicht mit Sklaven gleichsetzen, sie als minderwertige Menschen betrachten. Das mittlerweile berüchtigte „Merde alors“ ist auch der Titel von Asselborn politischer Biographie, die an diesem Abend vorgestellt wird.

Und wie aktuell seine Haltung noch immer ist, macht er deutlich an der Flüchtlingskrise und der Uneinigkeit der EU darüber, wieviele Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager im griechischen Moria die einzelnen Länder aufnehmen. Wenn die EU als reichste Region der Welt, es sich leisten könne, an dem Elend vorbei zu schauen, „dann sind wir es nicht mehr wert, eine Gemeinschaft zu sein“, ereiferte sich Asselborn. Man versünde sich gerade an der europäischen Solidarität und Menschlichkeit.

EXTRA

Jedes zweite EU-Land hat betroffene Regionen

Die Bundesregierung hat Regionen in elf EU-Ländern zu Corona-Risikogebieten erklärt und warnt nun vor Reisen dorthin. Darunter sind direkt an Deutschland grenzende Regionen in Tschechien und Österreich sowie die

Hauptstädte Dänemarks, Portugals und Irlands - Kopenhagen, Lissabon und Dublin. Insgesamt sind damit nun schon 14 von 27 EU-Mitgliedstaaten zumindest teilweise wieder als Risikogebiete ausgewiesen.

Erstmals wurden am Mittwoch Regionen in Dänemark, Portugal, Irland und Slowenien wegen der rasant steigenden Infektionszahlen zu Risikogebie-

ten erklärt. In Frankreich, Tschechien, den Niederlanden, Kroatien, Rumänien, Österreich und Ungarn kamen weitere Gebiete hinzu.

Reisende, die aus Risikogebieten zurückkehren, müssen sich 48 Stunden vor oder nach der Einreise auf Coronatesten lassen und dann in Quarantäne bleiben, bis das Ergebnis da ist.

Deutschland stuft Luxemburg als Risikogebiet ein

CORONA Die Infektionszahlen sind allerdings seit Tagen wieder rückläufig

Frank Goebel

Deutschland führt Luxemburg seit dem gestrigen Freitagabend wieder auf seiner Liste der Risikogebiete. Kurz nachdem dies vom luxemburger Außenministerium angekündigt wurde, machten es Ämter und Behörden in Deutschland offiziell.

„Das gesamte Land gilt als Risikogebiet“ – was dieser schlichte Satz aussagt, der seit Freitagabend auf der Website des Robert-Koch-Instituts über Luxemburg zu finden ist, wird in den kommenden Tagen, wahrscheinlich sogar Wochen, sicherlich wieder für Unverständnis und manche Verstimmlung sorgen – vor allem aber für viele praktische Probleme in der Grenzregion.

Immerhin: Eine Verschärfung der Einreisebestimmungen, wie sie derzeit in Deutschland im Raum steht, ist noch nicht vollzogen. Das heißt: Es gelten prinzipiell die gleichen Regeln wie in den ersten sechs Wochen „Risikogebiet“: Mit einem aktuellen negativen Coronatest kann man einreisen, ohne sich in (14-tägige) Quarantäne begeben zu müssen – die aber auch nicht von der Testpflicht befreit. Außerdem gelten weitere Ausnahmen – je nach Bundesland, in das man reisen will. Wobei der reine Transit durch ein Bundesland in den

meisten Fällen problemlos möglich ist

Zum Beispiel hatte die rheinland-pfälzische Regierung im Juli erklärt: „Die Quarantäneanordnung gilt nicht für Berufspendler, Einreisen aus medizinischen Gründen oder bei einem sonstigen triftigen Reisegrund, dazu gehören zum Beispiel auch Prüfungen an der Universität.“

Ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums erklärte allerdings am Freitagabend gegenüber dem *Tageblatt*, dass für Mitte Oktober damit zu rechnen sei, dass sich die Rahmenbedingungen ändern: Dann wird voraussichtlich eine Quarantäne für Einreisende aus Risikogebieten obligatorisch werden – und der potenziell entlastende Test soll auch erst ab dem fünften Tag dieser Quarantäne gemacht werden können.

Die derzeit geltenden Regelungen findet man auf der Website des Bundesgesundheitsministeriums sowie auf den Seiten der Regierungen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Auch die Sicherheits- und Reisehinweise des Auswärtigen Amtes bezüglich Luxemburg wurden entsprechend aktualisiert.

Das Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten in Luxemburg hatte am Freitag-

abend mitgeteilt, man stehe „in engem Kontakt mit Bundesaußenminister Heiko Maas“. Man wolle sich jetzt darauf „konzentrieren, gemeinsam mit den angrenzenden Bundesländern, die Auswirkungen dieser erneuten Einstufung auf die Bevölkerung einzugrenzen“.

Minister Jean Asselborn weist laut Mitteilung auch „darauf hin, dass die Infektionszahlen in Luxemburg seit Tagen wieder rückläufig sind und die Reproduktionsrate mittlerweile auf 0,95 gesunken ist“. Allerdings sind auch am gestrigen Freitag wieder 76 Neuinfektionen gemeldet worden – und damit weit mehr als die 45 Fälle, die sich Luxemburg durchschnittlich pro Tag „erlauben“ kann, ohne beim Nachbarn Argwohn zu wecken.

Die Inzidenz der Krankheitsfälle (über den Lauf einer Woche und auf 100.000 Einwohner gerechnet) darf nach den deutschen Regeln nicht über 50 liegen. Ansonsten kommt es zur Bewertung „Risikogebiet“.

Der Wert lag hierzulande auch nach der ersten Streichung des Risikogebiet-Status lange Zeit nur knapp darunter, bevor er wieder anstieg. Für die Woche vom 14. bis 20. September ist er mehr als doppelt so hoch wie erlaubt und beträgt 107,33.

Die Folgen der Risikogebiet-Einstufung

DEUTSCHLAND Die Trierer Wirtschaft macht sich Sorgen

Die Trierer Wirtschaft kritisiert die Einstufung des RKI und warnt vor erneuten Einbußen. Was kommt nun auf Pendler aus der Grenzregion zu? Der „Trierische Volksfreund“ hat einen ersten Überblick zusammengestellt. Das Robert-Koch-Institut hat Luxemburg am Freitagabend wieder als Corona-Risikogebiet gelistet, was Folgen für viele Menschen hat, die vom Großherzogtum in die Region Trier fahren. „Das gesamte Land gilt als Risikogebiet“, schrieb das RKI auf der Homepage über Luxemburg.

Zuvor hatte schon das Luxemburger Außenministerium die Einstufung unter Verweis auf „eine diplomatische Quelle“ mitgeteilt. Luxemburg werde sich jetzt darauf konzentrieren, gemeinsam mit den angrenzenden Bundesländern die Auswirkungen dieser erneuten Einstufung auf die Bevölkerung einzugrenzen, teilte das Großherzogtum mit.

Die Folgen

Luxemburg als Risikogebiet heißt: Jeder aus dem Großherzogtum Einreisende muss einen negativen Corona-Test vorlegen oder sich in eine 14-tägige Quarantäne begeben. Ausgenommen von der Quarantänepflicht waren bei Reisen aus einem Risikogebiet bislang Pendler im so genannten kleinen Grenzverkehr zu Luxemburg. Wer sich kürzer als 72 Stunden im Großherzog-

tum aufhält oder einen triftigen Reisegrund hat, muss sich weder testen lassen noch in Quarantäne – das gilt beispielsweise für Pendler, Tanktouristen, bei dringenden medizinischen Behandlungen, bei Menschen, die Angehörige im Nachbarstaat pflegen oder deren Lebenspartner in Luxemburg wohnt.

Vor drastischen Folgen warnt die Trierer Wirtschaft. Die Zahl an Luxemburger Kunden, die in der Region einkaufen, dürfte nun nämlich in den Innenstädten des Raums Trier wieder deutlich sinken. Jan Glockauer, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier, sagte am Abend in einer Mitteilung: „Die erneute Einstufung Luxemburgs hat weitreichende Folgen für die Wirtschaft in der Region und sendet erneut ein schlechtes Signal an unsere europäischen Nachbarn.“

Änderung der Quarantäneregelung

Glockauer warnte auch davor, die Regelung für Reisende aus Risikogebieten zu verändern. Bund und Länder hatten sich eigentlich darauf verständigt, die Quarantäne-Regeln für Einreisende aus Risikogebieten ab 1. Oktober zu ändern. Von da an sollte ein negativer Corona-Test nicht mehr ausreichen, um einreisen zu dürfen. Alle, die aus Risikogebieten nach Deutschland kommen, sollen

sich künftig zunächst fünf Tage in Quarantäne begeben. Diese kann nur durch einen negativen Test beendet werden. Laut einem Bericht der *Bild*-Zeitung verzögert sich das Vorhaben aber um einen Monat. Grund dafür soll sein, dass die Gesundheitsämter technisch dazu in die Lage versetzt werden sollen, Rückkehrer aus Risikogebieten nachzuverfolgen.

Glockauer warnt: „Tritt die geplante Änderung der Quarantäneregelung für Reisende aus Risikogebieten in Kraft, führt das zu einer faktischen Grenzschließung. Einkäufe werden dadurch auf unabsehbare Zeit unmöglich. Das ist ein weiterer herber Schlag für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Zusammenleben in der Großregion. Die nun getroffenen Maßnahmen müssen daher täglich überprüft und mit Augenmaß angepasst werden“, sagte Glockauer. Kein Staatshaushalt und kein Förderprogramm könne den bereits entstandenen und weiter zu erwartenden Schaden kompensieren.

Das RKI hat am Freitagabend neben Luxemburg auch Tschechien und Tirol zu Risikogebieten erklärt. Außenminister Jean Asselborn wies laut Mitteilung darauf hin, dass die Infektionszahlen in Luxemburg seit Tagen wieder rückläufig seien und die Reproduktionsrate mittlerweile auf 0,95 gesunken sei.

*Quelle: Trierischer Volksfreund
Marius Kretschmer, Florian Schlecht und Bernd Wientjes
(Trierischer Volksfreund)*

Grenzüberschreitende Pandemiepläne

Saar-Europaminister Strobel: Grenzsicherungen keine Lösung gegen Corona

SAARBRÜCKEN Der saarländische Europaminister Peter Strobel (CDU) ist zuversichtlich, dass auch bei möglicherweise ansteigenden Corona-Infektionszahlen keine Grenzen mehr geschlossen werden müssen. „Ich glaube, es ist ganz klar geworden, dass wir andere Lösungen brauchen“, sagte Strobel der DPA vor einem Treffen der Europaminister der deutschen Länder an diesem Mittwoch und Donnerstag im saarländischen Perl-Nennig. Dabei sollen unter dem turnusmäßigen

Vorsitz des Saarlandes die besonderen Belange der Grenzregionen im Mittelpunkt stehen. An dem Treffen der Europaminister der Länder nehmen auch sechs Präsidenten französischer Regionen vor Ort sowie der Direktor des europäischen Stabilitätsmechanismus Klaus Regling, und der Präsident des Europäischen Gerichtshofes, Koen Lenaerts, teil. Strobel sagte, das Saarland arbeite gemeinsam mit Frankreich und Luxemburg an grenzüberschreitenden Pandemie-Plänen: „Ich glaube,

das ist die Antwort, die man in Zukunft geben muss, und nicht mehr eine Grenzsicherung.“ Dazu gehörten etwa das grenzüberschreitende Nachvollziehen von Infektionsketten und gemeinsame Regelungen für die rund 200.000 Pendler in der Region. Er teile die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Juni vor dem Bundestag geäußerte Meinung, die nationalen Entscheidungen nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie seien zwar verständlich, aber doch unvernünftig gewesen. DPA/LRS



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Der Einzelhandel bleibt unter Druck

WIRTSCHAFT Verbrauchervertrauen trübt sich im August wieder ein

Christian Müller

Im Gegensatz zum Euroraum, dessen Einzelhandel im Juli, verglichen mit dem Vormonat, einen leichten Rückgang der Verkaufsumsätze verbuchte, konnte der Luxemburger Einzelhandel leicht wachsen. Dennoch sind die Folgen der Corona-Krise hierzulande deutlicher zu spüren als in den meisten anderen Ländern der Währungsunion. Auch für August sieht es nicht besonders gut aus – der von der Luxemburger Zentralbank erhobene Verbrauchervertrauensindex ist wieder eingebrochen.

In den beiden Monaten März und April war der Umsatz von Europas Einzelhändlern überaus deutlich eingebrochen. Der Corona-Stillstand machte sich bemerkbar. Besonders heftig traf es die Einzelhändler im Großherzogtum. In den beiden Monaten danach, Mai und Juni, startete eine Aufholjagd. Im Juli ist sie allerdings bereits zum Erliegen gekommen. Das geht aus neuen Zahlen des statistischen Instituts Eurostat hervor.

Während der Einzelhandel im Euroraum im Juli 1,3 Prozent weniger verkaufte als im Vormonat, konnte der Luxemburger Einzelhandel, verglichen mit dem Vormonat, noch ein kleines Plus von 0,3 Prozent verbuchen. Dennoch schneidet Luxemburg immer noch schlechter ab als die Mehrheit der anderen Länder der Eurozone. Nach wie vor hat die Branche hierzulande verglichen mit Juli 2019 einen deutlichen Umsatzverlust von 6,1 Prozent zu verbuchen. Von den Ländern, für die Zahlen vorliegen, schneiden laut Eurostat nur zwei (Bulgarien und Malta) schlechter ab als Luxemburg.

Im Schnitt verbuchen die Länder der Eurozone (mit einem Plus von 0,4 Prozent) bereits wieder ein leichtes Wachstum. In Deutschland beträgt das Plus 3,5 Prozent – in Frankreich 5,8 und in den Niederlanden gar sechs Prozent.

Die Produktkategorien, die europaweit im Juli 2020 deutlich weniger Umsatz erzielten als im Juli 2019, waren Motorenkraftstoffe (minus 10,8 Prozent) sowie Textilien, Bekleidung und Schuhe (minus 25,8 Prozent). Bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren lag das Absatzvolumen um 1,5 Prozent höher und im Nicht-Nahrungsmittelsektor um 0,5 Prozent. Große Gewinner gibt es jedoch auch: Versand- und Interneteinzelhandel konnten im Juli 16 Prozent mehr verkaufen als vor einem Jahr.

Versand- und Interneteinzelhandel legen zu

Volkswirtschaftlich macht der Rückgang in der Eurozone kaum Sorgen. „Dies ist ein kleiner Rückgang im Vergleich zu den Gewinnen der letzten Monate“, schreibt Bert Colijn, Senior Economist Eurozone, bei ING. „Es ist daher zu früh, um sich über einen Double-Dip für den Einzelhandel Sorgen zu machen. Die Umsätze dürften im Mai und Juni etwas zu hoch ausgefallen sein, da der Nachholbedarf nach der Wiedereröffnung abgedeckt wurde.“

„Ein deutlicherer Rückgang im August wäre jedoch besorgniserregend“, schreibt der Volkswirt weiter. „In den kommenden Monaten wird die Erholung der Einzelhandelsumsätze zunehmend durch die steigende Arbeitslosigkeit und den bereits getätigten Nachholbedarf aus dem Confinement gebremst werden.“ Ausgeglichen werden könnte dies jedoch durch die Ersparnisse, die im Laufe des Stillstands angesammelt wurden.

Spannend dürften dann die Zahlen des Monats August werden. In Luxemburg sind die ersten Anzeichen für die Entwicklung des Verbrauchs jedoch eher wenig positiv. Im August 2020 verschlechterte sich das Ver-

trauen der luxemburgischen Verbraucher in die Wirtschaft wieder deutlich, wie der monatlich von der Luxemburger Zentralbank veröffentlichte Indikator für Verbrauchervertrauen zeigte. Dieser ist um fünf Punkte auf -16 gefallen. Praktisch alle Komponenten des Indikators deuteten nach unten, nur eine blieb gleich.

Verbrauchervertrauen auf Tiefstpunkt im April

Im März 2020 begann das Vertrauen der Luxemburger Verbraucher in die Wirtschaft zu bröckeln. Das Verbrauchervertrauen war hierzulande im März um insgesamt sieben Punkte auf -10 gefallen. Mitte März begannen die Ausgangsbeschränkungen. Im April, dem Monat des Stillstands, ist das Verbrauchervertrauen hierzulande dann auf einen historischen Tiefstpunkt gefallen. Den niedrigsten Stand seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 2002. Eine deutlich gewachsene Anzahl an Verbrauchern ist um die wirtschaftliche Lage und die Folgen für die eigenen Finanzen besorgt. Der Index sackte auf -24 ab.

Doch bereits im Laufe des Mais, noch während des Confinement, haben die Verbraucher wieder an Zuversicht gewonnen. Vor allem die Erwartungen der Haushalte, sowohl hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage in Luxemburg als auch bezüglich ihrer eigenen finanziellen Situation, haben sich wieder deutlich verbessert. Der Index besserte sich auf -11 bzw. -9.

Deutlich pessimistischer waren die Verbraucher dann jedoch wieder im August, vor allem ihre Erwartungen, was die positive Entwicklung der Luxemburger Wirtschaft in den kommenden zwölf Monaten betrifft, sowie ihre eigenen Absichten, große Einkäufe zu tätigen, sind deutlich rückläufig.

ArcelorMittal will bis zu 570 Arbeitsplätze abbauen

Der Stahlkonzern ArcelorMittal hat am Donnerstag mitgeteilt, er wolle bis zu 570 der 3.900 Beschäftigten in Luxemburg abbauen. Davon zwei Drittel in der Produktion und ein Drittel in der Verwaltung. Das wurde in einer Zusammenkunft der Direktion von ArcelorMittal Luxemburg mit dem Verwaltungsrat vereinbart.

Als Grund für diese Demontage, der zuvor unzählige Vorangänge, macht ArcelorMittal die Covid-19-Krise verantwortlich, welche die zwei größten Stahlabnehmer, die Automobilindustrie und den Bau, besonders hart getroffen hat. Verwiesen wird auch darauf, dass die Stahlindustrie bereits vor der Gesundheitskrise schwierigen Marktbedingungen ausgesetzt gewesen sei.

Nicht erwähnt wird in der Stellungnahme hingegen, dass der Stahlkonzern bereits lange vor der Covid-Krise angekündigt hatte, einen Restrukturierungsplan namens »Score« umzusetzen, dem zwischen 280 und 300 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollten und der es erlauben sollte, während der nächsten Jahre 50 Millionen Euro jährlich einzusparen.

Nach dem Ende des Abkommens PostLux 2016/2019 hatte der Konzern sich bisher immer wieder geweigert, ein neues Abkommen über Investitionen, Arbeits-

plätze und Begleitmaßnahmen abzuschließen.

ArcelorMittal hatte den Restrukturierungsplan »Score« mit härteren Konkurrenzbedingungen, Überkapazitäten auf dem Weltmarkt, niedrigere Preise für Stahlprodukte und den von den USA eingeführten Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte begründet. Er sollte, zusammen mit Investitionen in die Automatisierung, die Digitalisierung und die Entwicklung neuer Konzepte beim Stahlverkauf, auch dazu beitragen, die Produktivität und die Profite zu steigern und die Verschuldung weiter zu senken.

Im Mai dieses Jahres hatte ArcelorMittal eine Kapitalerhöhung von zwei Milliarden Dollar vorgenommen – die dritte innerhalb von sieben Jahren –, um seine Nettofinanzverschuldung früher als bisher geplant zu senken. Nach der Ankündigung der Kapitalerhöhung hatten die Aktien von ArcelorMittal stark an Wert verloren. Die Ratingagenturen Moody's und Fitch hatten die Kreditwürdigkeit des Stahlkonzerns auf »Ramschniveau« herabgesetzt. Mit »Ramsch« werden Aktien bezeichnet, die als hochriskant gelten.

Nach der gestrigen Ankündigung von ArcelorMittal, bis zu 570 Arbeitsplätze abbauen zu wollen, forderten die Gewerkschaften die Einberufung einer Stahltripartite (LCGB) und ein Abkommen vom Typ

»Tripartite« (OGBL). »Diese Restrukturierung darf auf keinen Fall zu Lasten der Beschäftigten gehen«, heißt es in der Stellungnahme des OGBL, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen
A.R.

Plan de restructuration chez ArcelorMittal : L'OGBL veillera à ce qu'aucun salarié ne perde son emploi

L'OGBL tient à revenir sur les récentes annonces d'ArcelorMittal portant sur un plan de restructuration au Luxembourg qui aurait pour conséquence une réduction des effectifs de 15%. Ce chiffre correspond à presque 600 salariés travaillant sur les différents sites du groupe au Luxembourg. Les inquiétudes de l'OGBL ont ainsi malheureusement été confirmées. Cela n'en atténue pas pour autant le choc.

Selon ArcelorMittal cette décision serait due aux conséquences de la crise liée au COVID-19 et à la mauvaise santé du secteur de la sidérurgie en général. Cette restructuration vient remplacer le projet »SCORE« annoncé l'année passée qui aurait déjà eu des conséquences similaires, mais à moindre échelle.

Dans ce contexte, l'OGBL, fort de sa majorité au sein de la délégation d'ArcelorMittal ainsi qu'au niveau sectoriel,

veillera à ce qu'aucun salarié ne perde son emploi. Cette restructuration ne peut en aucun cas se faire aux dépens des salariés.

Dans l'immédiat, l'OGBL exige que tous les instruments à disposition (préretraites, chômage partiel, formations, reclassement, etc.) soient considérés avant que des licenciements ne soient envisagés. L'OGBL réitère sa revendication visant à mettre en place un nouvel accord de type »tripartite« afin de faire face à toutes les éventualités liées à ce plan de restructuration. Il faut impérativement maintenir les outils du dialogue social luxembourgeois qui ont fait leur preuve par le passé, quitte à les adapter aux besoins actuels.

Pour l'OGBL, cet accord doit obligatoirement inclure les mesures d'accompagnement social bien connues (CDR, divers modèles de préretraite), la formation professionnelle continue qui doit également prendre une place primordiale dans l'accord et le détail chiffré quant aux investissements visant à améliorer les outils.

Pour l'OGBL, l'objectif n'est pas seulement d'éviter à tout prix un plan social, mais également de garantir l'avenir de l'entreprise au Luxembourg. L'OGBL exige dès lors des investissements afin de garantir les emplois et sécuriser l'avenir des sites luxembourgeois. La sécurité et la santé des salariés devront évidemment faire parties des éléments essentiels de cette démarche afin de veiller non seulement au respect des conditions de travail, mais également à leurs améliorations.

ArcelorMittal setzt den Rotstift an

Der Stahlhersteller will bis zu 570 Arbeitsplätze in Luxemburg abbauen

Luxemburg. Schock bei der Belegschaft von ArcelorMittal: Der Konzern hat ein Kostensparprogramm angekündigt, das auch Personal Kürzungen beinhalten würde. Das könnte 570 Arbeitsplätze in Luxemburg betreffen, teilte das Unternehmen mit. Damit tritt ein, was viele schon befürchtet hatten:

Die Kombination aus struktureller Krise im Stahlsektor und den Auswirkungen der Corona-Pandemie zwingen den Stahlbauer, der bereits 2019 auf die Kostenbremse trat, zu weiteren drastischen Schritten. So nennt das Unternehmen als einen der Gründe für die Entscheidung die schwierige Lage

im Automobil- und Bausektor, wo die wichtigsten Kunden des Stahlherstellers zu finden sind. Das Unternehmen signalisierte Gesprächsbereitschaft mit den Arbeitnehmervertretern und der Regierung. Sowohl der LCGB als auch der OGBL reagierten entsetzt und forderten die Aufnahme

einer »Tripartite Sidérurgie«. Wie viele andere europäische Stahlhersteller musste ArcelorMittal im letzten Quartal tiefrote Zahlen verkünden: Das Unternehmen machte zwischen April und Juni einen Verlust von 559 Millionen US-Dollar. Mit dem weiteren Stellenabbau würde der Konzern nur noch etwa 3 000 Mitarbeiter in Luxemburg beschäftigen – 2009 waren es noch 6 500. **ThK**

ArcelorMittal plant massive Einschnitte

Der Stahlhersteller ist in der Krise – Ein Sparprogramm könnte 570 Arbeitsplätze kosten

Von Thomas Klein und Jörg Tschürtz

Das Bild für den Industriestandort Luxemburg verdüstert sich zunehmend. Nachdem beim Glashersteller Guardian Anfang des Monats noch gerade so ein Sozialplan vermieden werden konnte, gibt es jetzt die nächste Hiobsbotschaft für den Produktionsstandort: Der Stahlkonzern ArcelorMittal verkündete gestern in einer Pressemitteilung, dass er ein Sparprogramm aufsetzen will, das in Luxemburg bis zu 570 Arbeitsplätze kosten würde. Rund 14 Prozent der Gruppe wären von der Maßnahme betroffen. Als Grund werden in dem Kommuniké die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise genannt.

Die strukturellen Auswirkungen der Pandemie im Bau- und Automobilsektor „stellen eine ernsthafte Bedrohung für die industriellen und administrativen Aktivitäten von ArcelorMittal dar“, heißt es in dem Schreiben. Die beiden Branchen seien normalerweise die größten Stahlabnehmer, hätten ihre Produktion jedoch wegen Corona teils massiv zurückgefahren.

Schock bei Gewerkschaften

Daher habe man sich über den Weg einer Personalreduktion zu Kosteneinsparungen entschlossen. „Die luxemburgische Stahlindustrie hat in der Vergangenheit schwierige Zeiten durchlebt. Diese Krise mit ihren erheblichen

strukturellen Veränderungen erfordert bedauerlicherweise eine Reaktion, die zu einer Verringerung der Beschäftigtenzahl führen wird.“ ArcelorMittal betonte, man werde „unverzüglich“ mit den Arbeitnehmervertretern und den Behörden Gespräche aufnehmen. Zuletzt hatte das Unternehmen deutliche Verluste hinnehmen müssen. In den Monaten April bis Juni machte der Betrieb 559 Millionen US-Dollar Minus. Im Vorjahr stand bereits ein Fehlbetrag von 447 Millionen Dollar zu Buche. Der Umsatz knickte von 19,3 Milliarden um fast die Hälfte auf rund 11 Milliarden Dollar ein. Der operative Gewinn (Ebitda) wurde mit 707 Millionen Dollar mehr als halbiert.

Von den insgesamt 570 gefährdeten Arbeitsplätzen entfielen zwei Drittel auf die Produktion und ein Drittel auf die Verwaltung, so die Gewerkschaft LCGB in einem Presseschreiben. Sowohl der LCGB als auch der OGBL forderten die Regierung infolge der Ankündigung zur sofortigen Einberufung einer „Tripartite Sidérurgie“ auf. „Der Betrieb sagt zwar, dass ein großer Teil der betroffenen 570 Beschäftigten in den nächsten Jahren in die Rente oder Frührente gehen wird. Aber unseren Simulationen nach bleiben 240 Leute übrig, bei denen es keine solche Lösung gibt“, sagt Stefano Araujo, Zentralsekretär beim zuständigen Syndikat des OGBL.

Zwar räumen die Gewerkschaften

ein, dass die Situation für die Stahlproduktion im Großherzogtum durch die Anhäufung von Krisen schwierig sei. „Eine wirkliche Überraschung war es nicht, wir sind dennoch schockiert“, sagt Araujo. Der LCGB warnt in seiner Mitteilung davor, die Covid-Pandemie zum universellen „Sündenbock“ zu machen, der Umstrukturierungen rechtfertigt. Das Management von ArcelorMittal müsse selbst die Verantwortung übernehmen, da die Corona-Krise nicht der einzige Faktor sei, der für diese Verschlechterung der Geschäftssituation verantwortlich ist, so der LCGB. Die Gewerkschaften fordern von dem Unternehmen, alle sozialen Instrumente wie Vorruhestandsmodelle, strukturelle und zyklische Teilzeitarbeit oder Umschulungen einzusetzen, um Entlassungen zu verhindern. Diese Werkzeuge stünden noch aus dem letzten Tripartite-Abkommen PostLux aus dem Jahr 2016 zur Verfügung.

Nächstes Transformationsprojekt

„Wir erleben derzeit einen dunklen Moment in der Stahlgeschichte des Landes. Ich denke vor allem an die Mitarbeiter, die sich in einer schwierigen Situation befinden und mit ihren Familien in Unsicherheit leben“, kommentierte Wirtschaftsminister Franz Fayot. „Ich bestehe darauf, dass das Downsizing auf möglichst soziale Weise erfolgt, wenn nötig unter Rückgriff auf bestehende Instru-

mente im Rahmen der Politik zum Beschäftigungserhalt.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte der Stahlkonzern ein groß angelegtes Transformationsprojekt mit dem Namen „Score“ verabschiedet. Der auf drei bis fünf Jahre angelegte Plan sah Kosteneinsparungen durch Digitalisierung vor, beinhaltete aber auch einen Stellenabbau. Allerdings in geringerem Umfang und ohne die Notwendigkeit von Entlassungen: 260 Mitarbeiter sollten nicht ersetzt werden, wenn sie aus dem Unternehmen ausscheiden. Dieser Plan ist jetzt mit der neuen Ankündigung hinfällig.

Der Stahlkonzern verfügt in Luxemburg über fünf Produktionsstätten an den Standorten Belval, Differdingen, Rodange, Bissen und Dommeldingen. In Kirchberg entsteht zudem eine neue Konzernzentrale. Das Unternehmen beschäftigt aktuell rund 3 500 Mitarbeiter im Großherzogtum; 2009 waren es noch 6 500. Ende 2019 trennte sich der Konzern von seinem Drahtwerk in Düdelingen mit rund 300 Beschäftigten (heute Liberty Steel).

*Wir erleben
einen dunklen
Moment in der
Stahlgeschichte
des Landes.*

Franz Fayot

Stahlsektor in der Krise

Bereits lange vor der Corona-Krise war die europäische Stahlindustrie in keinem guten Zustand. Neben einem Überangebot in der Branche und der Konkurrenz von billigem Stahl aus China, klagte die Branche über hohe Energiekosten und teure Rohmaterialien.

Hinzu kamen die schwächelnde

Nachfrage, nicht zuletzt aus dem Automobilsektor, und die drohende Verschärfung der Klimaziele für den notorisch schmutzigen Sektor. Der Ausbruch der Pandemie traf die besonders zyklusanfällige Branche daher besonders hart. Daher ist ArcelorMittal nicht alleine in der Krise. Der größte deutsche Konkurrent

Thyssen-Krupp verlor im abgelaufenen Quartal so mehr als 330 Millionen Euro. Die Salzgitter AG musste im ersten Quartal einen Verlust vor Steuern von 31,4 Millionen Euro hinnehmen. So rechnen viele Analysten mit einer Konsolidierung der Branche. Thyssen-Krupp soll sogar über den Verkauf seines kompletten Stahlgeschäfts nachdenken. *ThK*

ArcelorMittal versucht Befreiungsschlag

Stahlhersteller trennt sich von US-Geschäft und plant nun Aktienrückkaufprogramm

Von Thomas Klein

Gelingt dem angeschlagenen Stahlkonzern ArcelorMittal der Befreiungsschlag oder verscherbelt er aus Not gerade das Tafelsilber? Diese Frage stellten sich Aktionäre und Analysten gestern, nachdem bekannt geworden war, dass das Unternehmen sich von seinem US-Geschäft trennt. Der Konzern gab den Verkauf seiner Anteile an das amerikanische Unternehmen Cleveland-Cliffs Inc. für etwa 1,4 Milliarden US-Dollar in einer Pressemitteilung bekannt. Etwa ein Drittel der vereinbarten Kaufsumme (etwa 505 Millionen Dollar) erhält der Stahlproduzent in Cash.

Für den Rest der Kaufsumme erwirbt ArcelorMittal Anteile an seinem amerikanischen Konkurrenten. Zusätzlich übernimmt Cleveland-Cliffs gemäß der Übereinkunft Verbindlichkeiten in Form von beispielsweise Rentenansprüchen von ArcelorMittal in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Dollar.

Erhoffte Synergieeffekte

In der Unternehmensmitteilung hebt ArcelorMittal die Vorteile hervor, die der Deal mit sich bringe. Die Verschmelzung des Amerikageschäfts des Luxemburger Stahlherstellers mit dem US-Konkurrenten berge große Synergie- und Einsparpotenziale, zum Beispiel durch eine gemeinsame Verwaltung, im Einkauf von Rohmaterialien und mit einem Effizienzgewinn in der Lieferkette.

Diese angenommenen positiven Effekte bezifferte das Unternehmen auf jährlich 150 Millionen Dollar. Durch die neu erworbenen Anteile werde auch ArcelorMittal von diesen Synergien profitieren, so das Unternehmen. Der amerikanische Arm ArcelorMittals hat etwa 18 000 Mitarbeiter an 25 Standor-

ten und produzierte 2019 etwa 12,9 Millionen Tonnen Stahl bei einem Umsatz von 9,9 Milliarden Dollar.

Trotz des Verkaufs will der weltweit größte Stahlproduzent weiterhin den nordamerikanischen Markt bedienen. Allerdings von seinen Niederlassungen in Kanada, Mexiko und dem verbliebenen US-amerikanischen Werk in Calvert. Erst Mitte August hatte ArcelorMittal verkündet, dass es am Standort Calvert einen neuen Elektrolichtbogenofen mit einer jährlichen Kapazität von 1,5 Millionen Tonnen Stahlplatten errichten werde.

In Nordamerika sei besonders der mexikanische Zweig konkurrenzfähig, da die dortigen Produktionskosten vergleichsweise niedrig seien. Ebenso will ArcelorMittal seine Innovationszentren in den USA beibehalten. Cleveland-Cliffs setzt indes seine Einkaufstour in Nordamerika fort, nachdem das Unternehmen bereits im März den US-Konkurrenten AK Steel für drei Milliarden Dollar geschluckt hatte.

Aktienrückkaufprogramm

Mit dem Geschäft will ArcelorMittal auch die Gunst der Anleger wiedergewinnen. Zum einen habe sich das Risikoprofil der Gruppe mit der Übertragung der Rentenansprüche verbessert, so das Unternehmen.

Zum anderen kündigt der Konzern an, die erzielten 500 Millionen Dollar komplett in ein Aktienrückkaufprogramm zu stecken, was den Wert der Anteile für die bestehenden Aktionäre erhöht. „Diese Transaktion ist eine einzigartige Gelegenheit für ArcelorMittal, einen bedeutenden Wert für die Aktionäre zu erschließen und gleichzeitig das Engagement in der nordamerikanischen Wirt-

schaft (...) aufrechtzuerhalten und an einem stärkeren, besser integrierten US-Geschäft teilzuhaben“, kommentierte Konzernchef Lakshmi Mittal das Geschäft.

Die Börse reagierte sofort positiv auf die Ankündigung: Die Aktien des Stahlproduzenten schossen gestern um etwa acht Prozent nach oben. Die Verluste der letzten Woche konnte der Konzern aber nicht wettmachen, als Sorgen um die konjunkturelle Erholung die Anteile von Stahlherstellern abstürzen ließen.

Krise der Stahlbranche

Wie andere europäische Stahlhersteller auch, durchlebt ArcelorMittal gerade eine tiefe Krise. Zu den strukturellen Problemen der Branche, wie den zu großen Produktionskapazitäten, hohen Ausgaben zur Reduzierung der Emissionen und der Billigkonkurrenz aus Fernost, gesellen sich die konjunkturellen Probleme durch die Corona-Krise. Erst Mitte des Monats hatte der Konzern ein Sparprogramm angekündigt, das in Luxemburg bis zu 570 Arbeitsplätze kosten würde, davon zwei Drittel in der Produktion, der Rest bei der Verwaltung. Allein in den Monaten April bis Juni machte der Betrieb Verluste in Höhe von 559 Millionen US-Dollar. Im Vorjahr stand bereits ein Fehlbetrag von 447 Millionen Dollar zu Buche. Schulden von knapp acht Milliarden Dollar zwingen den Konzern, sich von Vermögenswerten zu trennen.

Bereits im Juni hatte etwa die Financial Times berichtet, ArcelorMittal prüfe, einige seiner Anlagen in Nordamerika zu verkaufen. Dabei ging es aber um einen möglichen Verkauf kanadischer Vermögenswerte.

Die überforderte Industrie

Die neue Stahlkrise und unerfüllbare Vorstellungen

MONT ST. MICHEL

HELMUT WYRWICH

Die Stahlindustrie Europas ist seit 50 Jahren an Krisen gewöhnt. Stahl ist und bleibt ein zyklisches Produkt, abhängig von Industriezweigen wie dem Bau oder dem Automobil. Jetzt aber steht der Industriezweig, der in Europa fast 300.000 Menschen direkt beschäftigt, vor einem Überlebensproblem. Wenn der deutsche Wirtschaftsminister, der Saarländer Peter Altmaier, nach Duisburg in das Ruhrgebiet kommt, wird er vom Betriebsratsvorsitzenden Tekkin Nasikol empfangen. Nasikol steht für 20.000 Stahlwerker des ThyssenKrupp Konzerns. Direkt neben den Installationen des Ruhrkonzerns stehen die des Luxemburger Weltkonzerns ArcelorMittal, der in Deutschland als zweitgrößter Stahlhersteller etwa 8.000 Menschen beschäftigt.

Peter Altmaier weiß, was die Stahlindustrie in Deutschland bedeutet. Er hat den Konkurs der saarländischen Stahlindustrie erlebt und ihre Wiederauferstehung. Wer, wie Altmaier, oder der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Armin Laschet, aus Stahl-Ländern kommt, erlebt seit gut 50 Jahren die Krisen einer zyklischen Industrie, die einerseits zu ungeahntem technischen Produktionsfortschritt geführt haben, andererseits aber eben auch zur Stilllegung von Hochöfen, die überall in Europa als Denkmäler einer industriellen Vergangenheit mit ihrem Niedergang herumstehen. Das ist in Luxemburg nicht anders, wo Hochöfen als Relikt einer glorreichen Stahl-Vergangenheit in Esch sur Alzette neben der Universität stehen. Dort allerdings steht auch mit einem Elektrostahlwerk die Modernität der Stahlindustrie, die allerdings in der laufenden Stahlkrise nicht vor dem Abbau von über 570 Arbeitsplätzen schützt. Stahlproduktion gilt als schmutzige Industrie, die vor allem das Gas ausstößt, das als Feind einer lebenswerten Umwelt definiert worden ist: Kohlenstoffdioxid (CO₂).

Vielfältige Ursachen

Die derzeitige Krise hat mehrfache Ursachen. Die Viruskrise hat in den vergangenen Monaten Basis-Industrien in ganz Europa zum Stillstand gebracht. Die Automobilindustrie produzierte nicht mehr, weil es keine Nachfrage gab. Die Nachfrage befindet sich in einer Phase der Irritation. Selbst wenn die Zukunft nicht mehr den Verbrennermotoren gehört, ist technologisch nicht klar, was die Elektromobilität heutzutage leistet und wohin sie führt. Die Herstellung von Batterien gehört nicht zu den „sauberen“ Herstellungsverfahren, wird aber in der Diskussion um das „saubere“ Auto ausgeblendet. Das „Wasserstoff-Auto“ würde die Langstrecke wieder ermöglichen, ist aber in der Massenher-

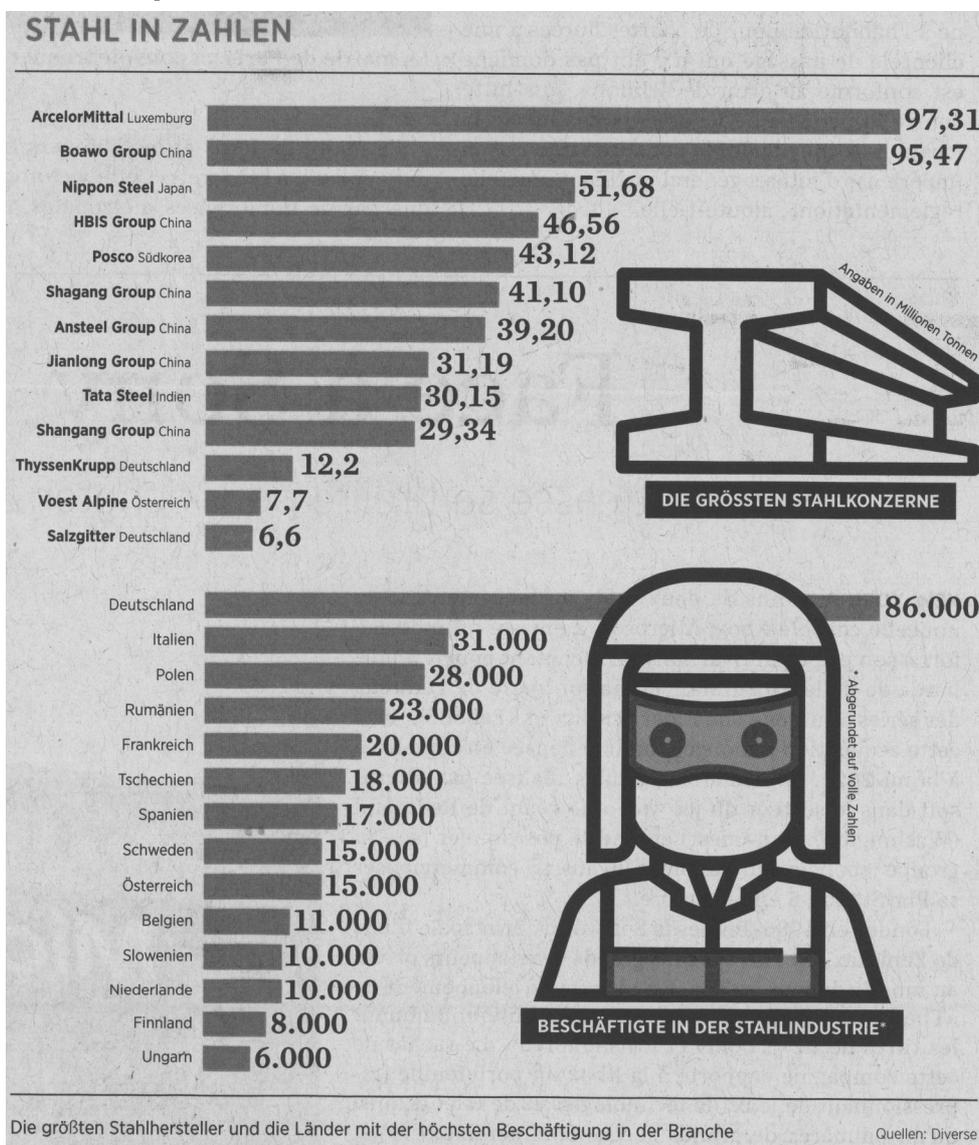
stellung und im günstigen Preis noch nicht vorhanden. Überdies fehlt die Infrastruktur. Bei einer Lebensdauer von zehn Jahren verunsichert die derzeitige Übergangsphase. Nicht anders geht es in der Bauindustrie zu, die nach der Krise noch nicht wieder in ihre frühere Form zurückgefunden hat. Der Auftragsbestand bei ArcelorMittal ist um 15 Prozent zurückgegangen. Das Unternehmen hat quer durch Europa Hochöfen „einschlafen“ lassen. Der Hochofen an sich aber ist ein Problem für die hochwertige Stahlherstellung geworden. In der heutigen Produktionsart wird Stahl in Europa nicht mehr produziert werden können. Denn sowohl die deutsche Bundesregierung als auch die Europäische Kommission verlangen eine Reduzierung von Kohlenstoffdioxid um 50 bis 55 Prozent in längstens 20 Jahren. Hinzu kommen Staubverordnungen, die besonders de Elektrostahlwerke betreffen.

Hinzu kommt die internationale Konkurrenz. Sechs der zehn größten Stahlhersteller in der Welt sind in China beheimatet. Mit den Auflagen der europäischen Stahlhersteller haben chinesische Hersteller nichts zu tun. Ihre Produkte überschwemmen den Weltmarkt. Das Problem: Der Markt nimmt derzeit gerade 1,5 Milliarden Tonnen Stahl auf. Hergestellt werden 2,2 Milliarden. Der europäische Markt leidet unter Importen aus China und Russland, die unter wesentlich laxeren Umweltbestimmungen arbeiten. Betriebsratsvorsitzender Tekkin Nasikol erklärt den beiden Politikern, die zu Besuch bei ThyssenKrupp sind, dass alleine Thyssen um die zehn Milliarden Euro investieren muss, um diese Ziele zu erreichen. Bei dem Weltkonzern ArcelorMittal geht man je nach Zeitraum und anzuwendender Technik von bis zu 250 Milliarden Euro an Investitionen aus.

Neue Verfahren

Was tut die Stahlindustrie, um auch in der Zukunft noch Roheisen schmelzen und Stahl herstellen zu können. In Hamburg, Gent und Dünkirchen werden neue Verfahren erprobt oder alte repariert, etwa indem man versucht, Kohlenstoffdioxid im Boden zu speichern. Ein Verfahren, das in Deutschland verboten, in Frankreich erlaubt ist. Sicher ist, dass die Kohle ausgedient haben wird als Koks und als Kohlenstaub. Die Versuche gehen in Richtung Wasserstoff. Wird Wasserstoff aus Erdgas gewonnen, bleibt ein Rest Kohlenstoffdioxid. „sauber“ wird Wasserstoff, wenn er aus alternativen Energien gewonnen wird. In Hamburg baut ArcelorMittal ein Versuchsstahlwerk, das mit Wasserstoff betrieben werden soll. Wirtschaftsminister Peter Altmaier geht von 30 bis 40 Milliarden notwendiger Investition in den kommenden 20 Jahren aus. Die deutsche Bundesregierung beabsichtigt

derzeit allerdings kein Hilfsprogramm. Gleichzeitig haben alle Hersteller in Deutschland das erste Vierteljahr 2020 mit Verlust abgeschlossen. Zusammenschlüsse, Fusionen, Konzentrationen mit den nachfolgenden Reduzierungen der Produktion scheinen angesichts der ungeheuren Kosten, die auf die Stahlindustrie zukommen, unweigerlich zu sein. In der deutschen Stahlindustrie wird seit langem über eine Fusion der Stahlsparten von ThyssenKrupp und Salzgitter spekuliert. Bisher lehnt Salzgitter eine Fusion zur Bildung der Deutschen Stahl AG ab. ●



Landewyck produziert am neuen Standort

„Kaum ein Tabakunternehmen in Europa hat in den letzten Jahren so viel investiert wie wir“, so der Chef der Holding

Von Marco Meng

Die neue 32 000 Quadratmeter umfassende Fabrikhalle in „Fridhaff“ steht, seit ziemlich genau einem Jahr ist sie in Betrieb: Der Zigarettenhersteller Landewyck bündelt in der Gewerbezone „Zano“ bei Erpeldingen seine Produktion. Die Fertigung in den Werken Ettelbrück und auch größtenteils in Hollerich wurde eingestellt und hierhin verlegt. So können etwa 7 000 jährliche Lastwagenfahrten zwischen den einzelnen Standorten im Land um die Hälfte reduziert werden. In Hollerich wird derzeit noch Rohtabak (Primary) behandelt, während fertige Zigaretten (Secondary) in Erpeldingen hergestellt werden. 200 Beschäftigte zählt das neue Fabrikgebäude jetzt; am Ende werden von den insgesamt rund 750 Mitarbeitern der Gruppe im Land alle 350 Mitarbeiter, die mit der Zigarettenproduktion beschäftigt sind, hier arbeiten, wie Landewyck-Geschäftsführer Jan Vandenneucker erklärt. Der Belgier arbeitet fast sein ganzes Berufsleben in der Zigarettenindustrie, seit fünf Jahren ist er beim Luxemburger Traditionsunternehmen, das 1847 gegründet wurde. Während der Standort Ettelbrück inzwischen komplett stillgelegt wurde, soll das Fabrikgelände in Hollerich zu einem Stadtviertel werden, wo der Firmensitz von Landewyck verbleibt.

Die zur Landewyck-Gruppe gehörende Landimmo Real Estate, die Eigentümerin der 1964 errichteten Fabrik in Ettelbrück ist, erarbeitet nun ein Konzept zur weiteren Nutzung des Objekts für Büro- und Gewerbetätigkeiten aus. Die Details werden mit dem Schöffenrat in Ettelbrück abgestimmt, so Jürgen Primm, der Managing Director der Immobiliengesellschaft von Landewyck ist.

Im Laufe des Jahres 2021 sollen schließlich alle Aktivitäten in der Fertigung nach Erpeldingen verlegt sein. „Das ist sehr komplex“,

meint Vandenneucker. „Wenn man zwei Fabriken an einem anderen Ort zu einer verschmilzt, stellt sich auch die Frage nach den Anlagen und Maschinen. Unsere Maschinen für den Rohtabak zum Beispiel sind einzigartig.“ Das alles zu verlagern, ohne den laufenden Betrieb zu stören, ist die große Herausforderung, die bislang gelungen sei. Jedes Jahr investiert das Familienunternehmen eigenen Angaben nach rund 15 Millionen Euro nur in seine Anlagen, weswegen diese immer auf dem neuesten Stand seien.

Neben der großen neuen Fabrikhalle existiert auch ein reich ausgestattetes Labor, wo die Tabakprodukte den gesetzlichen Anforderungen gemäß permanent analysiert und die Inhaltsstoffe gemessen werden, fast so wie man das aus der Lebensmittelbranche kennt. Daneben dient es dem Unternehmen zur Qualitätssicherung. Das Labor von Landewyck wird auch von kleineren Mitbewerbern genutzt.

Weniger Raucher

In Europa zeigt der Trend seit geraumer Zeit, dass immer weniger Menschen rauchen. „Die Art des Rauchens ändert sich“, so Vandenneucker. Zum Beispiel zeigt die Statistik, dass heute mehr Frauen rauchen als früher. Möglich sei auch, so Vandenneucker, dass der einzelne Zigarettenkonsument weniger Zigaretten am Tag raucht als früher. „Das Volumen ist in Westeuropa leicht rückläufig“, so Vandenneucker.

„Mir wolle bleiwen, wou mir sinn“ Landewycks Hauptmarkt ist Europa, aber das Unternehmen verkauft auch Zigaretten in Asien und Australien. „Sehen wir Rückgänge in bestimmten Märkten, halten wir natürlich Ausschau nach neuen Märkten“, sagt Vandenneucker. So kam das Unternehmen nach Asien, vor allem nach Japan, wo das Ge-

schäft gut laufe. Landewyck ist auch in Osteuropa vertreten und hat in Ungarn eine Fabrik gebaut, in der Filterzigarettenhülsen hergestellt werden. Daneben ist Landewyck in Slowenien, der Slowakei und Rumänien aktiv und hat damit begonnen, auf dem tschechischen Markt Fuß zu fassen.

Wäre es nicht billiger, ganz in Osteuropa zu produzieren? Stattdessen hat das Unternehmen nun diese neue Fabrik mitten in Luxemburg für Gesamtkosten von fast 100 Millionen Euro errichtet. Billiger wären die Arbeitskosten in Osteuropa, gibt Vandenneucker zu, doch die Eigentümerfamilie will in Luxemburg bleiben und versteht die hohen Investitionen in den Standort auch als Bekenntnis zu ihm.

Die Produkte der Heintz-van-Landewyck-Gruppe werden in mehr als 40 Ländern vermarktet. Der Zigarettenhersteller beschäftigt derzeit rund 1.850 Mitarbeiter. Insgesamt produziert das Unternehmen sieben Milliarden Zigaretten jährlich, sieben Milliarden Hülsen und 4.000 Tonnen Roll- und Stopftabak. Vor Jahren waren die Volumina höher. Umsatzzahlen möchte das Familienunternehmen nicht bekanntgeben.

Was die Zukunft des Rauchens betrifft, so ist sich der Landewyck-Chef sicher, dass immer Menschen rauchen werden, seien es nun am Ende zehn oder 20 Prozent der Bevölkerung.

„Ich denke, unsere traditionellen Marken gibt es auch in Zukunft“, sagt Vandenneucker. Aber man analysiere selbstverständlich stets den Markt und das Verbraucherverhalten und beobachte aufmerksam neue Trends. „Ich möchte nicht der Kodak-Chef sein“, sagt der Unternehmenschef in Anspielung auf den berühmten Hersteller von Filmen für Fotoapparate, der den Trend zur Digitalfotografie verschlafen hatte und vom Markt verschwunden ist.

Wenn ein Müller Pasta macht

Moulines de Kleinbettingen erfindet sich neu - Es geht um die Nudel

Von Marlene Brey

Aus der Mühle in Kleinbettingen, im Südwesten Luxemburgs an der belgischen Grenze, kommt seit 1894 Mehl. Jetzt kommen Nudeln hinzu. Im Herbst bringt „Moulines de Kleinbettingen“ Pasta auf den Markt. Bleibt die Frage: Wie kommt eine Mühle auf die Nudel?

Dahinter steckt der Unternehmensegeist von Geschäftsführer Jean Muller (39). Das Timing könnte nicht besser sein: In der Corona-Krise ist das „Kaaf lokal“ laut geworden. Aber tatsächlich macht „D'Klengbettener Millen“ schon seit 20 Jahren das, was nun zum Trend geworden ist: lokal und nachhaltig produzieren.

Jean Mullers Büro ist nur durch eine dünne Wand von seiner Mühle getrennt. Ausgebreitet auf seinem Schreibtisch liegt eine Zeitung, darunter ragt ein Food Magazin aus Deutschland hervor. Muller ist neuen Trends auf der Spur. Von seinem Arbeitsplatz blickt er auf eine Regalwand, die aussieht, als hätte sie schon immer hier gestanden. „Das ist meine Inspiration Wall“, sagt Muller; blaues Hemd, weiße Zähne, gepflegte Hände. Links im Regal steht die neue Pasta, die ab Herbst in Luxemburgs Supermärkten verkauft wird: Tagliatelle, Fussilli, Penne, Spätzle und fünf weitere Sorten. Es sind die Lieblingsformen der Luxemburger, wie Mullers Marktanalysen gezeigt haben.

Jean Muller zieht einen weißen Kittel über, öffnet die Holztür neben seinem Büro, macht einen halben Schritt in das kleine Treppenhaus, öffnet die Tür nebenan und zeigt das Herz des Unternehmens: Die Mühle sieht nicht so aus, wie Kinder sich das vorstellen. Statt einem kleinen Gebäude, an dem sich die Flügel drehen, liegt hier ein Maschinenraum, in dem Getreide zermahlen wird. Es dröhnt und riecht nach Schrot. Die pastelfarbenen Maschinen verraten, aus welcher Zeit sie stammen: Aus den 1970ern. Muller ist der Sohn eines Müllers. Der Nachname kommt nicht von Ungefähr. Die Geschichte des Familienunternehmens geht noch viel weiter zu-

rück. Jean Muller geht in sein Büro, um sie zu erzählen. Hier ist es zu laut.

Die Geschichte bis zur Pasta

„Vor zwei Jahren hat mich jemand angerufen und gesagt: Ich habe ein Buch über Müllerei in Luxemburg und da stehen viele Dinge über Ihre Mühle drin“, Muller nimmt das Buch mit dem hellgrauen Leinwandband. „Unser Stammbaum reicht zurück bis in das Jahr 1704.“ Die Müllerei beginnt damit elf Generation vor ihm. Über die Jahrhunderte hatte seine Familie immer Mühlen an unterschiedlichen Orten. Und jetzt macht ihr Erbe Nudeln. Will er plötzlich alles anders machen? Muller lacht. Er ist seit 2011 im Unternehmen. „Ich habe mir die Zeit gegeben, das Unternehmen wirklich zu verstehen, zu verstehen, wo unsere Stärken sind. Aber eine neue Generation ist auch dafür da, ein Unternehmen weiterzuentwickeln. Ich glaube, dieses Produkt ist die logische Konsequenz von dem, was wir die letzten Jahrzehnte gemacht haben.“ Diese Geschichte des Unternehmens lässt sich entlang von Umbrüchen erzählen.

Denkt Muller in Zeiten von Corona an Krisen, die seine Familie bereits gemeistert hat, denkt er an den Großbrand 1966. Nach dem Zweiten Weltkrieg war endlich alles wieder aufgebaut. „Mein Vater hat mir das immer wieder erzählt. Er war 15 Jahre alt und hatte gerade das Examen bestanden. Beim Abendessen kam der Anruf, dass die Mühle brennt. Das ist etwas, wovon er heute noch träumt.“ Bis zum Feuer ist Futtermittel das Hauptgeschäft der Mühle. Dieser Teil verbrennt und wird nicht wieder aufgebaut. Die Folge der Katastrophe: Die Familie konzentriert sich von nun an auf Mehl. „Hätten wir das nicht getan, würde es uns heute wahrscheinlich nicht mehr geben“, sagt Muller. Geht er die wichtigen Jahreszahlen weiter durch, sieht er, wie jeder Scheidepunkt das Unternehmen zu dem gemacht hat, was es heute ist - und diese Kette führt zur Pasta. 1974 fängt die Familie

an, Grieß zu machen. Aus Weizen macht man Mehl. Aus Hartweizen macht man Hartweizengrieß - es ist der Rohstoff für Pasta. 1999 wird „Produit du Terroir“ gegründet - ein lokales Nachhaltigkeitsprogramm, wie für die Corona-Krise gemacht. Das Neue: Bisher wurde der Großteil des Weizens importiert. Sogar aus den USA. Jetzt wird er in Luxemburg angebaut. Saatgutgenossenschaften, Bauern, Müller und Bäcker entscheiden gemeinsam, was und wie sie anbauen. Es funktioniert. „Wir haben den besten Weizen Europas. Was unglaublich ist für so ein kleines Land“, sagt Muller. „Darum können wir Mehl ohne Zusatzstoffe machen. Heute redet jeder über Nachhaltigkeit, aber damals war das visionär“. Auch bei der Lagerung in der Mühle werden keine Pestizide verwendet. Stattdessen wird Luft durch den Weizen geblasen. Dadurch trocknet er und kühlt ab. Hat Weizen weniger als 15 Prozent Feuchtigkeit und ist kühler als zehn Grad, kann er sich 150 Jahre halten. Inzwischen liefert „Produit du Terroir“ so 18 000 Tonnen Mehl im Jahr. Das ist mehr als die Hälfte des gesamten Weizens, der in Luxemburg zu Brot verarbeitet wird. Seit 2016 experimentiert das Programm mit dem Anbau von Hartweizengrieß - wir erinnern uns, der Rohstoff für Pasta. In den letzten zwei Jahren hat das Programm zweimal 700 Tonnen geerntet. 2020 wurde es so denkbar, nach dem Brot aus Luxemburger Weizen auch Pasta aus Luxemburger Hartweizen auf den Markt zu bringen.

Bauernstaat

„Man muss mal in den Supermarkt gehen und schauen, wo überall Getreide drin ist. Das sind viele Produkte. Aber es gibt fast keine, die mit lokalem Getreide oder gar Luxemburger Getreide gemacht werden. Es gibt keine Luxemburger Haferflocken oder Bier mit lokaler Gerste.“ Für Muller ist die Pasta daher erst der Anfang.

„Das Nation-Branding heute ist viel für den Finanzplatz, für die Banken.“ Luxemburg könnte aber

auch an seine Tradition anknüpfen und wieder für die Landwirtschaft stehen. „Wenn man „Made in Switzerland“ liest, denkt man an Qualität, ob bei Uhren oder Schokolade. Die Belgier haben Fritten und Waffeln. Viele kleine Länder haben ein „Food-Nation-Branding“ fertiggebracht. Luxemburg könnte für hohe Qualität stehen.“

Muller hofft, dass sich 2020 in die Reihe der entscheidenden Jahre der Unternehmensgeschichte einfügt. Es ist das Jahr der Corona-Krise und immer mehr Konsumenten fragen das nach, was Mullers Familie seit Jahren anbietet, aber nie beworben hat. Marktanalysen haben gezeigt: „Die Leute kennen unsere Produkte. Sie sagen: Ich kaufe immer das Goldene. Aber sie kennen nicht mal die Namen. Wir haben nie Marketing gemacht.“ Muller will nun über die Produktion reden, hat eine neue Marke „Le Moulin“ gelauncht, ein Werbespot wird folgen. Aber Muller ist keiner, der nur redet.

Vom Berater zum Müller

Als Jean Muller ein Kind war, ist sein Vater oft spät nach Hause gekommen. „Aber er kam immer glücklich. Für mich war lange klar, dass ich das machen möchte, was er macht“, sagt Muller. Bis zur Uni. Muller hat in der Schweiz Wirtschaft studiert. „Da habe ich gesehen, dass sich alle Leute die Frage stellen, was sie machen wollen und eigentlich keine Antwort darauf haben.“ Muller denkt sich, er sollte sich diese Frage vielleicht auch stellen und verlässt die Fußstapfen seines Vaters. Er geht in die Finanzbranche und berät Familienunternehmen. Nach drei Jahren im Job kommt sein Vater auf ihn zu, denn seine rechte Hand geht in Pension. „Wenn du ins Familienunternehmen kommen willst, dann ist es jetzt“, wiederholt Muller die Worte seines Vaters. Er denkt eine Woche nach und entscheidet sich für den Familienbetrieb. „Ich habe diese Entscheidung keinen einzigen Tag bereut.“

In den Produktionsmeetings versteht er anfangs wenig. Darum entscheidet er sich für eine Lehre als Müller. Inzwischen ist er alleiniger Geschäftsführer. Der Vater ist in Rente gegangen und Muller segelt alleine durch die Corona-Krise. Von den 70 Mitarbeitern war keiner in Kurzarbeit, der Umsatz blieb stabil. Bei den Großkunden brach das Geschäft ein. Dafür stieg die Nachfrage im Einzelhandel. „Wir haben fast 24 Stun-

den am Tag produziert. Einige Mitarbeiter haben 12 Stunden am Tag gearbeitet“, sagt Muller. Neben Klopapier wurde vor allem Mehl gehortet. Die Regale in den Supermärkten waren leer. Irgendwann rief das Ministerium an und fragt, „ob es einen Engpass an Mehl geben wird, wenn wir keinen Weizen aus dem Ausland bekommen. Da konnte ich sagen: Wir haben ein

Lager von 30 000 Tonnen. Fast die gesamte Luxemburger Ernte liegt hier in Kleinbettingen. Bis Ende des Jahres haben wir genug Weizen, egal, was passiert.“

Der Peak bei den Hamsterkäufen ist im März, April, Mai. Dann geht die Nachfrage runter. Aber sie bleibt auf einem erhöhten Niveau. Der Lockdown hat die Menschen verändert, davon ist Muller überzeugt. Essen ist zum Gesellschafts-

thema geworden. So wie es das bei „Produit du Terroir“ schon seit Jahren ist. Muller hatte ein gutes Gespür und ein noch besseres Timing. Man darf gespannt bleiben. Ganz rechts in seiner „Inspirational Wall“ stehen die Produkte, über die er gerade nachdenkt. „Aber darüber sprechen wir dann beim nächste Mal“, sagt er.

*Es gibt fast keine
Produkte aus
Luxemburger
Getreide.*

Sozialplan bei Saint-Paul

80 Mitarbeiter von rund 350 des Medienhauses betroffen

LUXEMBURG Die Mediengruppe Saint-Paul Luxembourg S.A., zu der unter anderem das „Luxemburger Wort“, der „Telecran“ und „contacto“ gehören, hat einen Sozialplan angekündigt. Die Geschäftsführung informierte gestern die Belegschaft von rund 350 Mitarbeitern. Der Sozialplan soll 80 Mitarbeiter betreffen. Alle Bereiche seien betroffen.

Die Geschäftsführung verwies auf das Ausmaß der aktuellen Krise, die völlig unvorhersehbar gewesen sei, sowie die mittleren und langfristigen Perspektiven. Als Ursachen für den Stellenabbau gelten also vor allem die

sinkenden Einnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Seit April ist die Saint-Paul-Gruppe Teil von Mediahuis, einem belgischen Medienunternehmen, das in Belgien, den Niederlanden und Irland tätig ist. Zuvor gehörte das Medienhaus dem Erzbistum Luxemburg. Durch eine kleine Minderheitsbeteiligung seiner Vermögensverwaltungsgesellschaft Lafayette SA an Mediahuis bleibt das Erzbistum Luxemburg dem Verlag mittelbar verbunden. Lafayette bündelt insbesondere den Grundbesitz in Gasperich.

Voraussichtlich am Montag beginnen die Verhandlungen für den

Sozialplan, die zwei Wochen dauern werden. Die Gewerkschaft LCGB sowie die Personaldelegationen der Imprimerie Saint-Paul und der Regie.lu wurden informiert, teilte der LCGB mit. Unklar bleibt laut wort.lu, wie die Sozialpartner mit der juristischen Frage umgehen werden und inwiefern der aktuell geltende Kollektivvertrag Entlassungen zulässt.

Bereits 2012 hatte es bei Saint-Paul Luxemburg einen Sozialplan gegeben. Damals waren knapp 70 Mitarbeiter betroffen. Als Grund galten die Spätwirkungen der Finanzkrise sowie die Marktentwicklung. LJ

Belgische Teufel wüten bei Saint-Paul

Paukenschlag bei Saint-Paul: Das älteste Medienhaus in Luxemburg mit dem *Luxemburger Wort*, *Contacto* und dem *Télécran* im Portfolio kündigt einen Sozialplan an und die Streichung von 80 Posten bei einer Belegschaft von aktuell 350 Arbeitnehmer/innen. Erst vor rund fünf Monaten hatte der belgische Medienkonzern Mediahuis Saint-Paul Luxemburg dem Erzbistum abgekauft. Damals hatten die neuen flämischen Aktionäre sowie Generaldirektor Paul Peckels noch betont, dass es nicht zu einem Sozialplan und Entlassungen kommen würde. In einem

internen Schreiben an die Mitarbeiter/innen heißt es nun jedoch, dass neben der generellen schwierigen Lage in der Medienbranche die Folgen der Coronakrise zu der drastischen Entscheidung geführt haben. Das Unternehmen habe mehrere Millionen Euro an Umsatz eingebüßt und riskiere schwere Verluste in diesem Jahr. Man gehe nicht davon aus, dass sich das Anzeigengeschäft erholen werde. Die Entscheidung wirkt dennoch überraschend, da das Haus in den vergangenen Jahren große Sanierungsanstrengungen unternommen hatte und eigentlich wieder Gewinne einfuhr. Es ist bereits der vierte Sozialplan seit

Anfang des 21. Jahrhunderts bei Saint-Paul, Anfang 2000 lag die Belegschaft noch bei über 1 000 Mitarbeiter/innen. Die Gewerkschaft LCGB zeigte sich entsetzt über die Nachricht. Jeder vierte Kollege würde laut Ankündigung seinen Job verlieren, so Belegschaftsvertreter Guy Pelletier. Bereits im August hatte er sich beim *Land* über fragwürdige Entscheidungen der Direktion sowie eine intransparente Kommunikation beschwert. Paul Peckels wollte die Nachricht auf Nachfrage nicht kommentieren. Die Verhandlungen beginnen am Montag. ps

Luxemburger Wort in der Krise

MEDIEN Der Verlag Saint-Paul entlässt 80 Mitarbeiter

Das Verlagshaus Saint-Paul, das Mutterhaus von *Luxemburger Wort*, *Contacto* und *Télécran*, entlässt 80 seiner 330 Mitarbeiter. Das hat Generaldirektor Paul Peckels dem *Tageblatt* am Donnerstag bestätigt.

Dieser Schritt gehe nicht vom Mehrheitseigner Mediahuis aus, sondern sei eine Entscheidung aus dem Verlag selbst und unter anderem dem Umsatzeinbruch

aus der sanitären Krise geschuldet. Der belgische Konzern Mediahuis hatte den Verlag vor sechs Monaten vom vorherigen Besitzer, dem Erzbistum Luxemburg, erworben.

Laut LCGB-Gewerkschaftssekretärin Céline Conter seien sämtliche Abteilungen von den Stellenkürzungen betroffen. Für die Mitarbeiter sei ein Sozialplan vorgesehen. Die Verhandlungen zwischen den Delegationen der Arbeitnehmer und der Ver-

waltung des Verlags sollen am Montag, dem 21. September, beginnen. Ob bestimmte Veröffentlichungen eingestellt werden, ist zurzeit noch nicht bekannt. Laut einer Meldung des *Luxemburger Wort* in eigener Sache ist überdies nicht klar, ob der aktuell geltende Kollektivvertrag die Entlassungen überhaupt zulässt.

(hat)

Fage zieht den Stecker

Umstrittene Großmolkerei nahe Düdelingen und Bettemburg wird nicht gebaut – Griechischer Konzern zieht Projekt zurück

Von Nadia Di Pillo, Jacques Ganser und Pierre Leyers

Der griechische Joghurt-Produzent Fage gibt sein Projekt für den Bau einer Fabrik im Süden Luxemburgs auf. Das bestätigte das Wirtschaftsministerium am Dienstag in einer Pressemitteilung.

Demnach wird sich Fage nicht in der Industriezone Wolser in der Nähe von Bettemburg und Düdelingen niederlassen. Letzte Verhandlungen mit Behördenvertretern hätten nicht gefruchtet, heißt es.

Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) bedauerte die Entscheidung von Fage in einem Communiqué. Man sei am 17. September darüber informiert worden. Die Verantwortlichen des Konzerns hätten ihre Entscheidung bei einem Treffen am Montag im Ministerium noch einmal bekräftigt. Das Projekt hätte zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft beigetragen, die unter der gegenwärtigen Krise leide, so der Minister. Fayot sprach von einem geplanten Investitionsvolumen in Höhe von 277 Millionen Euro und 300 Arbeitsplätzen. Alles nun passé.

Der Staat werde das Grundstück für den damaligen Kaufpreis zurückkaufen, erklärte der Minister. Fage hatte die Fläche für 30 Millionen Euro erstanden.

Prozeduren zogen sich in die Länge

Fage wollte an dem 15 Hektar großen Standort 80 000 Tonnen Joghurt pro Jahr herstellen. Die Prozeduren zogen sich allerdings seit Bekanntwerden des Projekts im Jahr 2016 in die Länge. Der hohe Wasserverbrauch, der für die Produktion notwendig gewesen wäre, hatte immer wieder Anlass für Kontroversen gegeben. Zuletzt wurden gegen Fage International auch Vorwürfe wegen dubioser Steuerpraktiken laut.

Der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar reagierte gestern mit klaren Worten: „Die Regierung hat in diesem Dossier richtig Mist gebaut.“ Das Ganze werfe nun „ein schlechtes Licht auf den Wirtschaftsstandort Luxemburg“. Darüber hinaus würden sich eine Reihe von Fragen stellen, die sich auf die Firma selbst beziehen. „Nicht später als letzte Woche wurde be-

kannt, dass das Unternehmen dubiose Strukturierungen und fiktive Arbeitsplätze geschaffen hat und dass die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet hat. Dies zeigt, dass es sich bei dieser Firma nicht um die allerseriösesten Investoren handelt.“

Und: „Wenn solche Firmen nach Luxemburg kommen, muss man sich prinzipiell die Frage stellen, ob sie mit der Art und Weise, wie wir in Luxemburg die Wirtschaft entwickeln wollen, vereinbar sind. Das ganze Dossier wurde vom Wirtschaftsministerium nicht anständig untersucht – und das liegt in der Verantwortung des ehemaligen Ministers, der offensichtlich seine Arbeit nicht gemacht hat“, so Laurent Mosar.

Die ADR zeigt sich froh darüber, dass das „unsinnige Dossier endlich vom Tisch ist.“ Fage sei ein gutes Beispiel dafür, wie Wachstum nicht sein sollte. „Weniger nachhaltig kann eigentlich nicht geplant werden“, so die Partei in einer Mitteilung.

Umweltministerin überrascht

Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) kam nicht einmal dazu, in Sachen Genehmigung für das aus Umweltgründen ohnehin mit Argusaugen beobachtete Projekt eine Entscheidung zu treffen.

„Ich nehme die Entscheidung zur Kenntnis, bin aber überrascht über das jetzt doch so schnelle Aus des Projekts. Umso mehr, als die Prozeduren, die seit 2017 laufen, jetzt eigentlich auf der Zielgeraden waren. Im Regelfall werden solche Entscheidungen erst nach Ablauf der Prozeduren getroffen“, erklärt Dieschbourg.

Obwohl die Umweltaspekte mit hohem Trinkwasserverbrauch und Belastung der Alzette mit geklärten Abwässern bei der gesamten Diskussion immer eine Rolle spielten, kann Dieschbourg nicht einschätzen, ob dies letzten Endes zum Rückzug der griechischen Investoren geführt hat.

„Ob es die Umweltfaktoren waren oder andere Gründe weiß ich nicht. Aber sicherlich kamen im Laufe der Zeit immer mehr Faktoren auch anderer Natur zusammen. Aber da müssen sie Fage fragen“, so Dieschbourg.

Was die zukünftige Standort-

politik betrifft, so will die Regierung in zwei Phasen vorgehen. „Kurzfristig wird bei solchen Projekten ein sogenannter Nachhaltigkeitscheck durchgeführt, darüber herrscht in der Regierung Einvernehmen. Wir können dann bereits in einer sehr frühen Phase entscheiden, ob ein Unternehmen klima- und ressourcenschonend arbeitet. In einer zweiten Phase wird dann die Kommodogesetzgebung angepasst, so wie es im Regierungsprogramm steht.“

Die Meldung, dass Fage sein Molkereiprojekt aufgeben wird, sorgt in den betroffenen Gemeinden für unterschiedliche Reaktionen. Die CSV-Déi Gréng Mehrheit in Bettemburg zeigt sich laut Bürgermeister Laurent Zeimet (CSV) erleichtert.

„Die Meldung kam für uns heute etwas überraschend. Wir nehmen dies zur Kenntnis und sind nicht unzufrieden, muss ich sagen. Der Schöffenrat hatte sich klar gegen das Projekt ausgesprochen, auch die Mehrheit im Gemeinderat hatte, mit Ausnahme der LSAP-Räte, die Regierung aufgefordert, das Projekt zu überdenken.“

Zeimet: keine Hauruckmethoden

Laut Zeimet müsse generell über die künftige Standortpolitik nachgedacht werden. „Für den Standort ist es sicherlich keine Werbung, aber da stehen andere in der Verantwortung, die mit Hauruckmethoden versuchten, Projekte durchzusetzen. Das ist meiner Meinung nach nicht mehr zeitgemäß.“

Zudem sollten wir auf nachhaltige Industrien der Kreislaufwirtschaft setzen.

Hier war also vieles weder kohärent noch konsequent. Aber ich hoffe dass wir jetzt die richtigen Lehren aus diesem Projekt ziehen.“

Etwas weniger Begeisterung kommt aus Düdelingen. Laut Bürgermeister Dan Biancalana (LSAP) habe man das Projekt zwar positiv, aber auch stets kritisch begleitet.

Biancalana bedauert Entscheidung

„Wir respektieren diese Entscheidung natürlich, aber wir sollten auch bedenken, dass einem Stand-

ort wie Düdelingen nach dem Verlust der Stahlindustrie eine Reindustrialisierung gelang, dies auch dank der nationalen Industriezone. Dies hat Düdelingen geholfen, in der Krise das Ruder herumzureißen.“

Laut Biancalana müsse Nachhaltigkeit wohl eine Rolle spielen, man müsse aber auch die Arbeitsplätze im Auge behalten. „Industrie schafft immer noch Arbeitsplätze und hat daher auch einen lokalen Impact. Insbesondere in der aktuellen Situation, wo Unterneh-

men wie Guardian Stellen abzubauen, hätte so ein Ausgleich geschaffen werden können.

Josée Lorsché (Déi Gréng), Schöffin in Bettemburg, sieht in der Entscheidung nur Positives. „Ich war stets gegen dieses Projekt, auch wenn es von der Regierung gefördert wurde.

Der enorme Umweltimpakt und letzten Endes die dubiosen Geländeverkäufe und die noch zu klärenden Finanztransaktionen haben diese negative Sicht noch verstärkt. Wir brauchen unbedingt ein

neues Kommodogesetz, welches Nachhaltigkeitskriterien bereits im Vorfeld festlegt.“

● *Industrie schafft
● immer noch
Arbeitsplätze
und hat daher
auch einen lokalen
Impact.*

Dan Biancalana, Bürgermeister

Kommentar

Ein Schuss in den Ofen

Von Pierre Leyers

Ob es wirklich schade ist, dass ein Wasserressourcenfresser wie Fage nicht nach Luxemburg kommt, sei dahingestellt, das Theater rund um Fage aber ist ein Armutszeugnis für den Standort. Kein Wunder, dass bei all den lautstarken Protesten und dem

vergleichsweise lauwarmen Zuspruch der Joghurthersteller die Reißleine zieht – niemand geht gerne dorthin, wo er nicht willkommen ist. Vier Jahre Zank und Prozeduren, alles umsonst. Der Fall Fage erinnert auffällig an die einst von der Händlerlobby verhinderte Ansiedlung des Möbelhauses Ikea, und an die geplatzen Pläne einer

Steinwollfabrik. Fast sieht es so aus, als würden die Projekte des früheren Wirtschaftsministers Etienne Schneider nur im Weltall Erfolg haben, hier auf der Erde, zumindest im Luxemburger Teil davon, sind sie nicht realisierbar. Fehlt nicht mehr viel, und auch Google kommt auf den Gedanken, dass Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen anderswo sinnvoller sind.

Achtung, Durchsage! **Zu wählerisch?**

Bestehende Arbeitsplätze werden abgebaut, die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird verhindert. Lange wird das nicht mehr gut gehen.

Fern Morbachs wöchentliche Kolumne

In vielen Luxemburger Betrieben sind Unternehmensberater mal gern, mal weniger gern gesehene Gäste. Wo auch immer die smarten Beraterinnen und Berater auftauchen, was auch immer sie sich ausdenken – an einer Empfehlung führt kein Weg vorbei: „Consultants“ raten ihren Auftraggebern stets dazu, Prozesse zu beschleunigen. Entscheidungen sollten nicht erst morgen, sondern am besten heute, jetzt und hier, getroffen werden. Als Lohn winkt der am Ende des Tages entscheidende Wettbewerbsvorteil.

Diese Botschaft aus dem kleinen Berater-Einmal-eins scheint noch nicht bis in alle Luxemburger Amtsstuben vorgedrungen zu sein. Vier Jahre dauerte das merkwürdige Hickhack um den Bau einer Joghurt-Fabrik im Raum Bettemburg/Düdelingen. Vor wenigen Tagen gaben die Besitzer der griechischen Molkerei (vermutlich entnervt) auf. In dem früher als Land der kurzen Wege bekannten Großherzogtum hatte man den Investoren das Leben mit bemerkenswerter Ausdauer schwer gemacht. So schwer, dass sich jedem Unternehmensberater auf der Stelle der Magen umdrehen muss.

Man kann damit einverstanden sein, dass diese Joghurt-Fabrik nicht zu Luxemburg passt und dass ein kleines Land auch mal Nein sagen muss. Kein Verständnis sollte man allerdings für das auf der Polit- und der Verwaltungsbühne aufgeführte Trauerspiel haben. Auch wenn sich nach dem Fage-Rückzug Politiker aller Couleur einsichtig-zerknirscht geben und versichern, ein vergleichbares Durcheinander um Genehmigungen und Verfahren dürfe sich nicht wiederholen – sie, die Politiker, haben mit einem wahnsinnigen Ja-Nein-Vielleicht-Aber-Doch-Kurs die Chose verbockt.

Wirtschaftspolitik ist hierzulande zu einem Stiefkind geworden. Ob es nun um Fage, Google, einen neuen Freizeitpark oder gleich den ganzen Finanzplatz geht: Viele Luxemburger haben Gefallen daran gefunden, an den Säulen unseres Wohlstandes zu rütteln, Projekte zu zerreden und ausländische Investoren aus dem Land zu jagen. Die Außenwirkung einer

solchen Luxus-Politik ist fatal. Zur klammheimlichen Freude über den Fage-Rückzug passt auch, dass der von Unternehmen wie Guardian und Arcelor angekündigte Abbau von Hunderten Arbeitsplätzen nur noch am Rande zur Kenntnis genommen wird. Die ominöse Zivilgesellschaft macht es sich zu leicht. Viele Menschen scheinen selbst die einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr zu sehen – oder nicht mehr sehen zu wollen. Dazu gehört die sehr schlichte Erkenntnis, dass jeder Euro erwirtschaftet werden muss, bevor er ausgegeben werden kann.

Viel wurde über die Zukunft und die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Luxemburg nachgedacht. Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit, Kreislaufwirtschaft sind einige beliebte Schlagworte. Mit diesen Gedankenspielen dürfte sich jeder anfreunden können, dem die Zukunft des Großherzogtums am Herzen liegt. Entscheidend ist allerdings – und das hatte der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl präzise erkannt – was hinten rauskommt. Zurzeit kommt in Luxemburg hinten nicht genug heraus. Die Lücken zwischen schönen und sympathischen Ideen auf der einen Seite und dem betriebswirtschaftlichen Nutzen dieser Ideen auf der anderen Seite sind groß.

In eine schwierige Lage haben sich die Grünen gebracht. Für Umweltministerin Carole Dieschbourg ist der Rückzug von Fage unter dem Strich ein politischer Erfolg, für den sie sich nicht nur von Anhängern der Grünen feiern lassen darf. Dennoch sollten Dieschbourg und ihre Regierungskollegen nun Nägel mit Köpfen machen und schleunigst Ersatz liefern für all die Arbeitsplätze, deren Schaffung sie in den vergangenen Jahren verhinderten oder zumindest erschwerten. Das dürfen sehr gerne auch nachhaltige, smarte, ökologisch wertvolle und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sein. Bloß eines sollten die Befürworter einer neuen, besseren Wirtschaftspolitik nicht vergessen: Menschen, die seit Monaten nach einem Job suchen, sind weniger wählerisch als Politiker und Entscheidungsträger aus Verwaltungen und Behörden. Arbeitslosigkeit kann sich sehr nachhaltig auf Menschen auswirken.

Leitartikel

Rosinenpickerei

Von Marc Schlammes

*Statt Planungs-
sicherheit
erwartet die
Betriebe ein
Dschungel an
Prozeduren.*

Für das Öko-Zeugnis Luxemburgs ist der 22. September 2020 ein guter Tag. Die sowieso nicht be- rauschende Bilanz – am 16. Februar hatte Luxemburg die ihm zustehenden Ressourcen bereits verbraucht, Stichwort „Overshoot Day“ – hätte aufgrund des immensen Wasserkonsums der Fage-Fabrik eine zusätzliche Schiefelage erlitten. Folglich ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die Doppelspitze von Déi Gréng, kaum, dass der Verzicht von Fage offiziell war, den Rückzieher fast schon überschwänglich begrüßt.

Doch ist das Aus wirklich zu begrüßen? Weder für das politische noch für das wirtschaftliche Zeugnis Luxemburgs ist der 22. September ein guter Tag. Die letztlich abrupte Absage von Fage liest sich wie die Bankrotterklärung blau-rot-grüner Industrie- und Standortpolitik. In der Theorie klingt es gut, wenn der Grünen-Co-Vorsitzende twittert „Mir schaffen un enger Economie, déi Ressourcë schount, lokal verankert ass an op Kreeslafwirtschaft setzt. Sou kënne mir méi a qualitativ besser Aarbechtsplazen schaffen, mat manner Waasser- a Flächeverbrauch“. Und in der Praxis? Über sieben Jahre und eine Rifkin-Revolution verfügten Liberale, Sozialisten und Grüne bislang, um sich auf gemeinsame Kriterien für den Industriestandort Luxemburg zu verständigen (inklusive Verabschiedung des dazugehö-

renden sektoriellen Leitplans). Doch statt investitionswilligen Firmen Planungssicherheit zu beschern, erwartet diese weiterhin ein Dschungel an Prozeduren, den zu durchforsten sich eher in Jahren denn in Monaten oder gar Wochen rechnet. Nur

zum Vergleich: Deutschland, nicht gerade dafür bekannt, mit administrativem Aufwand zu geizen, macht es möglich, in kürzester Zeit den Bau einer Elektro-Automobil-Fabrik in Brandenburg zu genehmigen.

Nun könnte man gegenüber der Regierung noch Nachsicht walten lassen, wenn die budgetären und ökonomischen Rahmenbedingungen ihr prozedural-ideologisches Schneckentempo verzeihen würden. Dem ist seit Mitte März und der Corona-Krise aber nicht mehr so. Eine Corona-Krise, die bewirkt, dass Betriebe und Branchen, die bereits seit Längerem stürmische See zu bewältigen haben, nun zu kentern drohen, mit einer noch nicht absehbaren Zahl an Opfern. Vor diesem Hintergrund ist der Fage-Verzicht mit rund 200 Arbeitsplätzen, die nicht geschaffen werden, eine Hiobsbotschaft von gleichem Gewicht wie die drohenden Stellenstreichungen bei ArcelorMittal, Guardian, Saint-Paul. Und Stand September 2020 sind nirgendwo 200 „qualitativ besser Aarbechtsplazen“ in Sicht. Mit blau-rot-grüner Rosinenpickerei allein lässt sich der Industriestandort Luxemburg nicht erhalten. Wohl aber mit Vertrauen in die eigenen sozialen und ökologischen Standards sowie mit einer verlässlichen politischen Linie.

Welchen Stellenwert im Übrigen eine starke Industrie hat, offenbart auch die Pandemie. Da erwiesen sich Cargolux und DuPont de Nemours, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, als wichtige Stützen. Gerade mit Blick auf das Fage-Fiasko sind aber Zweifel angebracht, dass beide Unternehmen anno 2020 hierzulande noch willkommen geheißen beziehungsweise gegründet würden ...

EDITORIAL

Selektive Industrie?

**CLAUDE
KARGER**
ist ein Stahlarbeiter-
sohn

Was schlussendlich die genauen Beweggründe dafür waren, dass Fage diese Woche seine Pläne für eine Joghurtfabrik im Industriegebiet zwischen Düdelingen - die Stadt stand dem Vorhaben übrigens mit einem „a priori favorable“ gegenüber - und Bettemburg - dort fand man es maßlos umweltschädlich - und somit ein 100 Millionen-Invest nach vier Jahren Genehmigungsprozeduren aufgab, sei dahin gestellt.

Auf jeden Fall hat die etwas überraschende Entscheidung diese Woche eine Debatte beschleunigt, die nicht erst seit gestern läuft: Die Frage, welche Industrien wir noch in Luxemburg wollen, rückt regelmäßig in den Mittelpunkt, wenn angekündigt wird, dass sich ein Akteur in Luxemburg niederlassen möchte, der ein größeres Grundstück benötigt und möglicherweise auch viele Ressourcen wie Strom und Wasser.

Solche Großverbraucher, die auch noch viel mehr Verkehr verursachen, will man schließlich nicht in der Nachbarschaft haben, nicht wahr? Schnell steht dann der Vorwurf im Raum, es werde geklüngelt, ohnehin sei die Sache schon abgemacht, Einladungen an Gemeinden und Bürger, ihre Einwände vorzubringen, werden lediglich als eine Verzierung an einer Fassade der Demokratie wahrgenommen, zumal wenn Informationen zurück gehalten werden.

Ebendies war von Anfang an der Eindruck im Dossier Fage, nachdem das Wirtschaftsministerium dem Unternehmen bereits 2017 ein 15-Hektar-Grundstück verkauft hatte, ohne dass absehbar war, ob aus der Sache auch was werden würde. Dass ein solches Vorhaben zum Politikum werden würde: absehbar. Zumal wenn man auf

die Geschichte großer Industrieprojekte oder flächenintensiver Vorhaben zurück blickt, die, wie dieses Mal auch, Spannungen innerhalb von Regierungskoalitionen ausgelöst haben. Aber diese werden mit der Zeit vergessen und man erinnert sich erst wieder daran, wenn ein Unternehmen dicht macht, das seit Jahrzehnten zum sogenannten „tissu industriel“ und zur Liste der Großbeschäftigter gehört...

Dann ist das Gejammer - und es musste in letzter Zeit viel gejammert werden - groß, denn das Land verliert dann nicht nur auf einen Schlag viele Jobs, sondern auch

Betriebe, die oft Spitzenforschung betreiben - auch und vor allem bei der Optimierung von Produktionsprozessen und somit ressourcenschonender Herstellungsmethoden - und in ihrer Gruppe sowie im hiesigen „Ökosystem“ der Innovation - ist gleich Wettbewerbsfähigkeit - eine bedeutende Rolle spielen. Dass es oft schwieriger ist, solche Unternehmen, besonders in Krisenzeiten, bei der Stange zu halten als neue anzuziehen, davon kann jeder Wirtschaftsminister übrigens ein Liedchen singen.

Nach dem Fall Fage wird nun allenthalben gefordert, verbindliche und klare Kriterien für die Ansiedlung von Industrien aufzustellen und es wird gelobt, die Kandidaten künftig besser zu prüfen, mehr Kohärenz in den Entscheidungen auf Regierungsebene und mehr Transparenz bei den Projekten gegenüber allen Beteiligten sowieso.

Der Kriterien-Katalog für eine selektive Industriepolitik soll denn auch schnellstens stehen. Das ist auch dringend notwendig. Aber auch dann ist weiterhin viel politisches Fingerspitzengefühl gefragt, um Großprojekte durchzubringen. Vielleicht wird es auch dazu eine neue Anleitung geben.

Das Fiasko der sanften Illusionen

Die raue Wahrheit bleibt, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sich nicht in einem Amazon-Katalog bestellen lässt.

Von Robert Goebbels *

Der Entscheid des griechischen Fage-Konzerns auf den Bau einer Joghurt-Fabrik in der Industriezone Wolser zwischen Bettemburg und Düdelingen zu verzichten, illustriert einmal mehr die total verkorkte Beziehung der Luxemburger zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Industriepolitik.

Nach fast vier Jahren aufgelegtem Gegacker und Herumdoktern um ein Projekt, das jedes normale Land mit Kuschhand aufgenommen hätte, kapitulierten die Griechen vor der von der Umweltministerin organisierten Hinhalte- und Blockade-Taktik.

Anstatt ihren gesetzlichen Pflichten nachzukommen, und im Rahmen der Commodo-Gesetzgebung in Zusammenarbeit mit dem Antragssteller notwendige Auflagen auszuarbeiten, gefiel sich die mit wenig wirtschaftlichem Sachverstand ausgestattete Ministerin als Aktivistin gegen das Molkerei-Projekt. Sekundiert von Vize-Premier Bausch, der verächtlich kundgab, die 200 bis 300 zu schaffenden Arbeitsplätze würden ohnehin nur von „Grenzgängern“ besetzt.

Dass ArcelorMittal bis zu 570 Arbeitsplätze abbauen will, und Guardian deren 200, ist wohl nicht relevant, weil es sich dabei mehrheitlich um die zwar unentbehrlichen, aber ungeliebten „Frontaliers“ handelt?

Der griechische Joghurt-Hersteller wollte vom „Herzen Europas“ aus (wie wir uns manchmal darstellen) seine Märkte in Nord- und Westeuropa bedienen. Immerhin ist es weder ökonomisch noch ökologisch, ein Naturprodukt wie Joghurt aus dem an der Peripherie Europas gelegenen Griechenland heranzuschleppen.

Dass für die Herstellung von Joghurt neben Milch auch viel

Wasser benötigt wird, zeigt die Luxlait-Anlage bei Bissen. Wie Luxlait war Fage gewillt, eine betriebsinterne Kläranlage für die anfallenden Abwässer zu bauen. Nur dass die Fage-Anlage moderner und effizienter geworden wäre als die existierenden kommunalen Kläranlagen, z.B. der Gemeinde Bettemburg.

Frau Dieschbourg und ihre Mitstreiter wurden nicht müde, darauf hinzuweisen, die neue Fabrik benötige so viel Wasser wie eine Gemeinde mit 20 000 Einwohnern. Die „Eaux du Sud“ erklärten zwar, sie hätten keine Lieferprobleme. Zumal Wasser, wenn es recycelt wird, keineswegs definitiv „verbraucht“ wird.

Die Umweltschützer zelebrieren jedes Jahr mit einer Träne im Knopfloch den Tag, an dem angeblich die „Ressourcen“ des Planeten „verbraucht“ seien. Laut unserer Umweltministerin, um das Zelebrieren von Katastrophenmeldungen nie verlegen, konsumiert Luxemburg gar die Ressourcen von nahezu „acht Planeten“.

Für die private Organisation, welche jedes Jahr den „ökologischen Fußabdruck“ der Menschheit misst, ist interessanterweise Wasser „eine biologisch neutrale Umweltgröße“. Das kostbare Nass entspringt dem Wasserkreislauf der Natur, da es nie definitiv konsumiert wird. Im Gegensatz zu den meisten Rohstoffen. Z.B. jenen, die zum Funktionieren von Wind- oder Fotovoltaikanlagen unumgänglich sind.

„Nachhaltige“ intellektuelle Leere

Leider wird der politische Diskurs in Luxemburg und in Europa von undefinierbaren Schlagwörtern dominiert. Die realen Probleme um die Umwelt, die Biodiversität oder die Erderwärmung verleiten quer durch alle politischen Parteien zu einem gebetsmühlenartigen Gebrauch von letztlich inhaltsleeren Adjektiven.

Alles muss „nachhaltig“ sein, wobei nie definiert wird, was das modische Schlagwort konkret bedeutet. Was heißt beispielsweise „sanfter Tourismus“? Nur noch durch die Wälder radeln? Wobei praktisch alle Radtouristen ihre Fahrräder per Auto zu ihrem Feriendomizil schleppen.

Letztlich geht es um unser wirtschaftliches Modell, um Produkte und Dienstleistungen. Deren Herstellung oder Bereitstellung nie umweltneutral sein kann. Jede wirtschaftliche Tätigkeit benötigt Land, Energie, Wasser, Rohstoffe, beinhaltet Austausch und deshalb Transporte. Selbst die Kreislaufwirtschaft.

Was wollen wir? „Diese Frage lässt sich nicht beantworten, indem man das Adjektiv ‚qualitativ‘ an das Wort ‚Wachstum‘ setzt“, befand selbst die grüne Zeitschrift „Woxx“.

In seiner Reaktion gegenüber dem „Wort“ zur Absage von Fage meinte der Bettemburger CSV-Bürgermeister Zeimet, nun müsse eine „nachhaltige Industrie der Kreislaufwirtschaft“ in die Industriezone „Wolser“ kommen.

Wunderbar. Aber kann es nicht etwas präziser sein? Was ist eine „nachhaltige Industrie“? Die Stahlwerke von ArcelorMittal funktionieren hierzulande ausschließlich auf der Basis von recyceltem Schrott. Benötigen dennoch viel Energie, Wasser und vieles mehr.

In Esch funktioniert seit einiger Zeit das „Benu-Village“. Das sich zum Ziel setzt, gebrauchte Gegenstände zu recyceln und einer neuen Nutzung zuzuführen. Die löbliche Absicht, Abfall zu reduzieren und selbst abgelaufene Lebensmittel zu verwerten, verkauft sich ideell gut unter dem Motto „Nachhaltigkeit, Kulturelles, Partizipation, Kohäsives, Lokal-Regional“. Jedenfalls hat die Gemeinde Esch 900 000 Euro Startkapital spendiert, sowie eine weitere Million Euro an Subsidien gewährt. Eine weitere Million Euro steuerte das Umweltministerium bei.

Ob das „Benu“-Dorf dank der 2,9 Millionen bislang einen messbaren Impact auf Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt hatte, ist nicht bekannt. Solange die Subsidien sprudeln, sind alle Träume erlaubt. Das Problem ist nur, dass Staat und Gemeinden von den Einnahmen aus der realen Wirtschaft leben.

Wer benötigt noch Industrie?

In Luxemburg glaubt die Politik offensichtlich daran, das Land könnte besser ohne störende in-

dustrielle Aktivitäten leben. Vor Fage wurde die Firma Knauf, die bei Rodange Steinwolle produzieren wollte, aus dem Ländchen geekelt. Die Steinwolle-Matten werden nunmehr im nahen Frankreich produziert. Wir importieren sie bloß zur ökologischen Abdämmung unserer Häuser.

Auch gegen Google, das bei Bissen ein energie- und wasserfressendes Rechenzentrum anpeilt, wehren sich Lokalpolitiker und Umweltschützer. Dabei „googeln“ praktisch alle Einheimischen. Wird das Rechenzentrum verhindert, werden die elektronischen Wege für den Datenkonsum des Landes eben länger und damit energie-intensiver!

Vor fast elf Jahren vereinten die damaligen Abgeordneten Kox und Turmes ihren Gehirnschmalz, um im Tageblatt vom 30. November 2009 für „Zu-

kunftsinvestitionen“ in die nationale Wirtschaft zu plädieren. Es ging darin viel Rede von „grünen Technologien“, von einem „Technologiepark für erneuerbare Energien“, einem „Gründerzentrum für die Entwicklung von Elektroautos“ und ähnlichen „Zukunftstechnologien“. Die Grünen sind seit über sieben Jahre in der Regierung, die Herren Kox und Turmes sind Minister. Keiner der angestrebten Technologieparks oder Gründerzentren ist realisiert.

Die raue Wahrheit bleibt, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sich nicht in einem Amazon-Katalog bestellen lässt. Alle europäischen Länder konkurrieren um Investoren, die meistens Ausländer sind. Im Endeffekt nimmt jeder Wirtschaftsminister die Investoren, die er bekommen kann. Was nicht heißt, dass er alles nehmen muss. In meinen Jahren als

Wirtschaftsminister habe ich die Einpflanzung eines großen Chemie-Werks und einer Papierfabrik aus offensichtlichen Gründen abgelehnt.

Unser Land wirbt in der Welt mit dem Slogan „Let's make it happen“. Doch wenn es, siehe Knauf, siehe Fage, siehe vorher IKEA, zum guten Abschluss kommen soll, dann bleibt nur ein „Happening“: Vergängliche Aktionskunst ohne Nachhaltigkeit!

Man kann Pierre Leyers nur beipflichten, wenn er in einem Kommentar zum Fage-Rückzug schreibt, das „Theater rund um Fage“ sei „ein Armutszeugnis für den Standort Luxemburg“. Ausländische Investoren werden es sich zwei Mal überlegen, ehe sie es riskieren, ihr Geld in Luxemburg anzulegen.

* Der Autor war unter anderem Wirtschafts- und Transportminister und LSAP-Abgeordneter im Europäischen Parlament. .



Die Griechen kapitulierte vor der von der Umweltministerin organisierten Hinhalte- und Blockade-Taktik.

Foto: LW-Archiv

Stromhunger will gestillt werden

Neue Hochspannungsanbindung an Deutschland soll die nationale Versorgung sichern

Von Jacques Ganser

Luxemburg. Die geplante neue Stromleitung im Alzettetal hatte bereits in den Gemeinden Steinsel und Lorentzweiler für Unruhe gesorgt (das LW berichtete), gestern stellten die Verantwortlichen des nationalen Netzbetreibers Creos das Projekt im Detail vor. Es geht dabei um eine neue 380-Kilovolt-Anbindung an Deutschland, dies aus Gründen der Versorgungssicherheit.

Die Hochspannungsleitung soll vom deutschen Aach über Trier bis nach Heisdorf errichtet werden. Das dortige Umspannwerk will Creos zurückbauen und auf der Anhöhe bei Bofferdingen in direkter Nähe zur A 7 neu errichten. Ab Heisdorf soll die neue Leitung parallel zur Autobahnbrücke der A 7 das Alzettetal queren, zum Steinseleer Plateau hochsteigen und dort Richtung Bartringen verlaufen. Durch das Nutzen der bereits bestehenden Straßenquerung des Tals soll der optische Impact minimal bleiben. „Die Durchquerung des Tals, die Bebauung des Steinseleer Plateaus und das neue Umspannwerk nahe der A 7 sind für die Gemeinden sensible Punkte“, sagte Creos-Generaldirektor Marc Reiffers unumwunden.

Noch nichts entschieden

„Aber bisher sind das alles nur Striche auf der Karte und nichts ist entschieden“, so Reiffers. „Die jetzt beginnende Umweltimpactstudie wird zeigen, welche Lösung am Ende zurückbehalten werden kann. Wir werden auf jeden Fall in jeder Phase des Projektes transparent informieren.“

Den Creos-Verantwortlichen schwebt ein Baubeginn um 2023

vor, bis 2026 könnte die neue Leitung stehen. Die betroffenen Gemeinden wurden bereits informiert, auch die zuständige parlamentarische Kommission wurde am Mittwoch gebrieft. Kritik kam nach Bekanntwerden der Pläne sowohl aus Steinsel als auch aus Lorentzweiler. Der Mouvement écologique hatte gefordert, dass Creos seine gesamte Energiestrategie offenlegen sollte. Insgesamt sollen auf beiden Abschnitten 170 neue Masten mit einer Höhe von bis zu 60 Metern errichtet werden. Da neue Hochspannungsleitungen seit 1994 nicht mehr über bewohntes Gelände führen dürfen, wird die Trassenführung zur Herausforderung. Mit dem Neubau der Leitung geht allerdings auch ein deutlicher Rückbau einher: So wird die alte 220-Kilovolt-Hochspannungsleitung zwischen Trier und Heisdorf komplett abgebaut, die alte Trasse wird für den Neubau genutzt. Zudem wird die Leitung von Junglinster nach Potaschbiert komplett unterirdisch verlegt, das Gleiche gilt für die Leitung von Kirchberg nach Findel entlang der A 1.

Weniger Masten als bisher

Da auch die Umspannungsanlage in Heisdorf abgebaut wird, werden dort ebenfalls Leitungen, die bisher über Wohnhäuser führten, verschwinden. Laut Reiffers würde das komplette Alzettetal zwischen den Gemeinden Walferdingen und Steinsel künftig komplett frei von den heute bestehenden Hochspannungsleitungen sein. Insgesamt werden mehr Strommasten verschwinden als neue errichtet werden.

Ein Teil der bestehenden Lei-

tungen wird zudem unterirdisch verlegt. Laut Reiffers sei dies aber nicht überall möglich: „Der Kostenpunkt steigt um den Faktor fünf bis sieben. Zudem müssen für das unterirdische Verlegen rund 45 Meter breite Trassen freigelegt werden. Der Umweltimpact ist also nicht unbedingt geringer als bei den Freileitungen.“

Strom im Mix immer wichtiger

Laut den Creos-Verantwortlichen geht das aktuelle Netz zum Großteil auf die 1960er- bis 1980er-Jahre zurück. Seitdem hat sich der nationale Stromverbrauch aber mehr als verzehnfacht. Die beiden einzigen Zulieferleitungen, über die Luxemburg aus Deutschland mit Strom versorgt wird, sind zeitweilig an der Belastungsgrenze, sodass bis 2030 Engpässe entstehen könnten. Die Probleme entstehen vor allem, wenn die Eigenproduktion zum Beispiel bei ruhigem Winterwetter ohne Sonne und Wind sehr niedrig ist, die Nachfrage aber hoch. Zeitweise erreicht das Importvolumen dann bis zu 90 Prozent der maximalen Kapazität. „Weil die neue 380-Kilovolt-Leitung mehr Kapazität und weniger Verlust hat, stellen sich diese Probleme dann so nicht mehr“, erklärt Reiffers.

Zudem werde der Stromanteil im nationalen Energiemix immer wichtiger. Die demografische Entwicklung, die Digitalisierung und die Dekarbonisierung hätten daran ihren Anteil. Zudem sei eine hohe Versorgungsqualität, wie sie bisher bereits bestand, auch ein wichtiges Argument für Luxemburg als Industriestandort.

► www.creos.net/380

Auch Daten brauchen Strom

170 neue Masten werden für das neue Projekt errichtet werden, insgesamt 225 Masten werden hingegen verschwinden. 50 Kilometer neue Leitungen stehen 75,4 Kilometer gegenüber, die entweder ganz verschwinden oder unterirdisch verlegt werden. Für Creos bedeutet dies Investitionen in Höhe von fast 160 Millionen Euro. Und zugleich ein Argu-

ment, dass man die Umwelt mit dem Bau der Leitung nicht zusätzlich belasten würde. Creos argumentiert vor allem mit der sehr stark angewachsenen Nachfrage, bedingt durch Bevölkerungszuwachs, Wirtschaftswachstum und das Umsteigen von fossilen Energielieferanten auf alternative Quellen. Zugleich muss Creos auch im europäischen Verbundnetz

ein flexibler und zuverlässiger Partner sein. Doch auch die Digitalisierung hat enormen Energiehunger: Die Verantwortlichen von Creos haben zwar erklärt, dass der Bau der neuen Leitung auch ohne Google-Datenzentrum notwendig geworden sei. In den verschiedenen Zukunftsszenarien, die intern durchgespielt wurden, wurde das geplante Datenzentrum und dessen hoher Stromverbrauch aber ausdrücklich mit einbezogen.

Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Unternehmen bleibt hoch

WIRTSCHAFT 2.825 Anträge für Oktober wurden vom „Comité de conjoncture“ bewilligt

Christian Muller

In der Covid-Krise wurde die Kurzarbeit zu dem wichtigsten Instrument, um die wirtschaftlichen Folgen zu mildern. Auch für den Monat Oktober haben in Luxemburg wieder fast 3.000 Unternehmen einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Das Instrument hat geholfen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen. Einen Rückgang bei den Einkommen hat es jedoch nicht verhindert. Obwohl der Lockdown bereits Monate zurückliegt, sind die Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiterhin deutlich zu spüren. Insgesamt 2.849 Unternehmen haben für nächsten Monat Kurzarbeit beantragt – 2.825 Anträge wurden bewilligt. Das teilte das „Comité de conjoncture“ diese Woche in einer Pressemeldung mit. Noch bis zum 31. Dezember gelten Sonderbestimmungen aufgrund der Covid-19-Krise. Im Oktober bleiben 23.122 Arbeitnehmer (berechnet in Vollzeitarbeitsplätzen) in Kurzarbeit.

Höhepunkt im April

Einen Antrag für Kurzarbeit im September hatten noch mehr Firmen gestellt. Insgesamt lagen dem „Comité de conjoncture“ damals 3.085 Anträge vor. 3.010 von ihnen wurden bewilligt. Jedoch waren urlaubsbedingt deutlich weniger Beschäftigte betroffen, und zwar 15.690. Die für August bewilligten Anträge betrafen 3.678 Unternehmen und 25.213 Arbeitnehmer. Für Juli waren es 3.678 Betriebe und 25.524 Beschäftigte. Seit Mai ist die Zahl der betroffenen Unternehmen stetig rückläufig.

Verglichen mit den Monaten des Stillstands März und April

hat sich die Lage somit wieder deutlich verbessert. Insgesamt 11.481 Unternehmen griffen auf dem bisherigen Höhepunkt der Krise, im April, auf diese Maßnahme zurück. 135.506 Personen waren damals betroffen. Im März waren es 133.294 Arbeitnehmer. Zum Vergleich: Insgesamt zählt Luxemburg 447.084 Angestellte.

Im Vergleich zu „normalen“ Monaten ist die Krise nach wie vor deutlich in den Zahlen zu erkennen. Zu Jahresbeginn (Januar und Februar) hatten gerade mal 26 bzw. 27 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet. Rund 2.500 Menschen (berechnet in Vollzeitarbeitsplätzen) waren damals betroffen.

Mit der Kurzarbeit wird der Krisen-Schock abgefedert. Firmen können ihre Beschäftigten, mit ihrem Fachwissen, kostengünstig halten – um in besseren Zeiten schnell wieder durchstarten zu können. Viele Arbeitnehmer wurden durch das Instrument davor bewahrt, ihren Job zu verlieren. Stateg schätzt, dass die Arbeitslosenquote in diesem Jahr ohne Kurzarbeit bis auf acht Prozent gestiegen wäre. Tatsächlich lag ihr bisheriger Höhepunkt in diesem Jahr bei sieben Prozent.

Statistisch gesehen hat die Kurzarbeit zu einem Rückgang der Löhne und Gehälter beigetragen, ist dem Bericht „Projections macroéconomiques à moyen terme“, den Stateg diese Woche veröffentlicht hat, zu entnehmen. Auf minus sechs Prozent beziffert das statistische Institut den Rückgang der Löhne in einer ersten Schätzung – deutlich heftiger als nach der Finanzkrise von vor zehn Jahren. Zu dem Rückgang beigetragen habe hauptsächlich, dass die Lohnsumme auf dem Höhepunkt der Krise in fast einem Drittel der Unternehmen durch Sozialleistungen ersetzt worden war,

schreibt Stateg. Kurzarbeitergeld wird nicht zum Lohn gerechnet.

Hauptgrund für die negative Lohnentwicklung ist demnach die verkürzte Arbeitszeit. Doch auch andere Faktoren, wie z.B. Reduzierung von Boni und Gratifikationen, die Verringerung der Überstunden und die Tatsache, dass die Vergütungen der Kurzarbeit auf das 2,5-fache des sozialen Minimums begrenzt wurden, hätten eine Rolle gespielt.

Gehälter gehen zurück

Weil jedoch Sozialleistungen an die Stelle der Löhne traten, sei der Rückgang des verfügbaren Einkommens pro Einwohner weniger stark ausgefallen als bei den Durchschnittslöhnen. Stateg schätzt den Rückgang auf 2,5 Prozent. Das zeigt die stabilisierende Bedeutung des Kurzarbeitergeldes. Die Statistiker gehen davon aus, dass sich mit der wirtschaftlichen Erholung auch die Lage bei den Einkommen wieder aufhellen wird.

Gleichzeitig schätzt das statistische Institut jedoch, dass sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Luxemburg zeitlich weiter streuen wird. Im Gegensatz zu beispielsweise den USA: Dort sank die Arbeitslosigkeit im Juli zwar auf 10,2 Prozent, nachdem sie zuvor heftigst, von 4,4 Prozent im März auf 14,7 Prozent im April, in die Höhe gesprungen war.

Vor allem die verzögerten Auswirkungen der Rezession (etwa Konkurse) werden hierzulande dazu führen, dass die Arbeitslosenquote auch im kommenden Jahr steigt, schreibt das statistische Institut. Es wird geschätzt, dass in den „gefährdeten“ Sektoren noch etwa 7.500 Personen ihre Arbeit verlieren könnten. Dass nicht mit einem stärkeren

Anstieg der Arbeitslosenquote gerechnet wird, erklärt das Institut mit einem dynamischeren wirtschaftlichen Umfeld im Jahr 2021 und somit besseren Chancen, wieder einen neuen Job zu finden. Statec erwartet ein Beschäftigungswachstum von etwa zwei Prozent.

Masken, hergestellt in Luxemburg

Bis zu maximal 90 Stück pro Minute kann die Maschine in Gasperich produzieren

Von Diana Hoffmann

Luxemburg. Wer nicht gerade Chirurg ist, kennt ein solches Schleusensystem möglicherweise nur aus der Bank. Eine Tür öffnet sich erst, wenn eine andere geschlossen ist. Genauso ist es aber auch auf dem Weg zu einem momentan doch sehr wertvollen Gut – zu der ersten Maschine Luxemburgs, die zertifizierte Hygienemasken herstellt.

Die kleine Fabrik, die durch Santé Services betrieben wird, befindet sich innerhalb eines etwa 600 Quadratmeter großen Containers – im gleichen Gebäude wie die Druckerei Saint-Paul des Luxemburger Wort. Gestern Nachmittag hatten sich Premierminister Xavier Bettel und Mittelstandsminister Lex Delles (beide DP) dort eingefunden, um sich das neue Projekt, welches von der Regierung bezuschusst wurde, anzuschauen.

Innerhalb des Containers, bei dem es sich eigentlich um eine umgebaute Halle für Agrarmaschinen handelt, befindet sich die Maskenmaschine. Um den Hygieneanforderungen gerecht zu werden, herrscht im Inneren eine konstante Temperatur von 20 Grad und Unterdruck, damit keine Partikel in den Raum dringen können.

Im Sekundentakt spuckt die doch recht große Maschine Masken aus, nachdem automatisch alle dafür notwendigen Materialien zusammengefügt wurden. Nur ver-

packt werden die Hygienemasken noch per Hand. „Alle verwendeten Materialien stammen aus Europa“, sagt Michel Schuetz, Direktor von Santé Services der Hôpitaux Robert Schuman. „Mit Ausnahme des Gummiband. Das kommt aus Asien.“

Momentan werden 28 Masken pro Minute produziert. Das entspricht in etwa 20 000 am Tag. Jedoch kann die Kapazität auf bis zu 90 pro Minute erhöht werden. Damit ist dann der Maskenbedarf für ganz Luxemburg und die Großregion gedeckt. Bislang werden die Masken aber überwiegend in den Krankenhäusern der Hôpitaux Robert Schuman genutzt. Doch die Idee ist, dass jeder davon profitieren kann und die Masken auch im Handel verkauft werden. Der Preis wird dabei nicht wesentlich höher sein, als der von Masken aus Asien, jedoch wird die Qualität garantiert sein.

Ein langer Weg

Doch bis es so weit war, und die ersten Hygienemasken produziert wurden, verging einige Zeit. Am 1. April war die Maschine gekauft worden, im Mai wurde sie in mehreren Blöcken geliefert und musste zunächst aufgebaut werden. Dabei konnten aufgrund von Corona keine Experten aus dem Ausland Hilfe leisten. „Wir haben versucht mit Übersetzungsprogrammen auf dem Handy die chinesische Ge-

brauchsanweisung zu verstehen“, berichtet Michel Schuetz. Anschließend musste sichergestellt werden, dass die Maschine den Normen von Luxcontrol entspricht. So wurde schließlich langsam aus einer chinesischen eine luxemburgische Maschine, mit allen nötigen Sicherheitsvorkehrungen.

Im August war dann die Zertifizierung für die Masken gesichert. Doch die Pläne von Santé Services endeten nicht mit diesem Projekt. „Die Regierung hatte uns für unser Projekt eine Subvention von 200 000 Euro zugesprochen“, erklärt Michel Schuetz. Es wurde beschlossen das Geld in eine weitere Maschine zu investieren. Eine mit der auch Masken mit einer höheren Filterwirkung (FFP2) hergestellt werden können. Momentan wird auf die Zertifizierung dieser Masken gewartet. In drei bis vier Wochen sollen sie dann in Serienproduktion gehen können.

Durch die Bestrebungen der Hôpitaux Robert Schuman eine eigene Maskenproduktion hierzulande aufzubauen, soll verhindert werden, dass Luxemburg im Falle einer erneuten sanitären Krise wieder von anderen Ländern, wie etwa China, abhängig sein wird. Zeitweise hatte während der Covid-Krise die Sorge bestanden, dass Luxemburg die Masken ausgeben können und die Regierung war zudem Opfer von Produktfälschungen geworden.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Stabiler Ausblick

RATING Luxemburg abermals mit AAA bewertet – trotz Corona-Krise

Tom Haas

Luxemburg erhält von den Rating-Agenturen Fitch und DBRS Morningstar abermals das AAA-Rating mit stabilem Ausblick. Das hat das Finanzministerium am Samstagmorgen mitgeteilt. Das Großherzogtum verfüge über „die notwendigen Kapazitäten, um die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie zu bewältigen“.

Die beiden Rating-Agenturen heben die günstige Ausgangslage Luxemburgs hervor, die durch einen erheblichen Handlungsspielraum gekennzeichnet sei. Durch ihre „umsichtige Finanzpolitik“ sei die Regierung in der Lage gewesen, „schnell zu reagieren und großzügige Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft zu ergreifen“. Diese würden sich allerdings in nicht unerheblichem Maße in den öffentlichen Finanzen nieder-

schlagen.

Die Rating-Agenturen sind der Ansicht, dass die Rezession in Luxemburg erheblich sein wird, aber dass sie weniger schwerwiegend sein sollte als der Durchschnitt der Eurozone. Sie gehen davon aus, dass die hiesige Wirtschaft sich bereits 2021 wieder erholen wird und das Niveau vor der Krise erreichen soll.

Auch S&P bestätigt Bestnote "AAA" für Luxemburg

Wirtschaft (<https://wort.lu/de/business>) 12.09.2020

(jt) - Die US-Ratingagentur S&P bewertet die Bonität des Großherzogtums weiter mit der Bestnote „AAA“. Der Ausblick für die Bewertung sei stabil. Das teilt die Regierung am Samstagmorgen mit.

Begründet wird das „Triple A“ unter anderem mit der Wirksamkeit der wirtschaftspolitischen Corona-Maßnahmen. Luxemburgs Staatsfinanzen seien gewappnet, um die negativen Auswirkungen der Krise aufzufangen, so S&P. Es werde damit gerechnet, dass das Wirtschaftswachstum ab dem dritten Quartal 2020 wieder anziehen werde. Es gebe Anzeichen dafür, dass die wirtschaftliche Erholung im Land bereits in vollem Gang

Nachhaltige 1,5 Milliarden für den Staatshaushalt

ÖFFENTLICHE SCHULDEN Neue Anleihe am Finanzmarkt platziert

Christian Muller

Zum dritten Mal innerhalb von weniger als zwölf Monaten hat Luxemburg den Finanzmarkt angezapft, um sich frisches Geld für den Staatshaushalt zu besorgen. Diesmal erstmals mit einer nachhaltigen Staatsanleihe. Investoren waren erneut bereit, negative Zinsen zu zahlen.

Nur wenige Tage nachdem die Regierung Rahmenbedingungen für nachhaltige Anleihen angekündigt hatte, hat sie am Montag erklärt, die europaweit erste nachhaltige Staatsanleihe erfolgreich platziert zu haben. Insgesamt 1,5 Milliarden Euro hat das Finanzministerium eingesammelt. Die Anleihen haben eine Laufzeit von zwölf Jahren und einen negativen Zinssatz von -0,123 Prozent.

„Der enorme Erfolg dieser ersten Emission einer nachhaltigen Staatsanleihe eines europäischen Staates beweist, dass Luxemburg einen glaubwürdigen und seriösen Rahmen für eine nachhaltige Finanzierung geschaffen hat, und unterstreicht das Potenzial dieser neuen Kategorie von Staatsschulden, bei der Luxemburg Vorreiter ist“, wird Finanzminister Pierre Gramegna (DP) in der Mitteilung zitiert.

Mit der Ausgabe einer nachhaltigen Anleihe möchte die Regierung dieses Segment am Finanzplatz Luxemburg, der sich bereits mit grünen Anleihen hervorgetan hat, unterstützen. Die Anleihe wird an der Luxemburger Börse notiert werden, an der ersten Plattform, die aus-

schließlich grünen, sozialen oder nachhaltigen Finanzinstrumenten gewidmet ist.

Die 1,5 Milliarden Euro, die mit dieser Staatsanleihe eingesammelt wurden, müssen ausschließlich zur Finanzierung oder Refinanzierung förderfähiger Ausgaben (z.B. Bau umweltfreundlicher Gebäude, Energiewende, Entwicklung eines kohlenstoffarmen Verkehrs, Umweltschutz, Wasser- und Abwassermanagement, Klimafinanzierung, Forschung, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung und soziale Eingliederung sowie Schaffung von erschwinglichem Wohnraum und von neuen Arbeitsplätzen) verwendet werden. Welche Projekte genau mit den neuen Geldern finanziert werden, schreibt die Regierung nicht.

Solide Staatsfinanzen lohnern sich

Insgesamt handelt es sich bereits um das dritte Mal, dass Luxemburg neue Schulden aufnimmt – und von den Investoren dafür bezahlt wird. Hintergrund ist das Vertrauen der Geldgeber in Luxemburgs Kreditwürdigkeit, dessen öffentliche Finanzen mit der Bestnote „AAA“ bewertet werden.

Das erste Mal, dass der Luxemburger Staat neue Schulden machte und dafür bezahlt wurde, war im November 2019. Damals wurden insgesamt 1,7 Milliarden Euro frisches Geld an den Märkten eingesammelt. Das Dar-

lehen hat einen Zinssatz von -0,247 Prozent und eine Laufzeit von sieben Jahren. Das Geld soll unter anderem genutzt werden, um einen Kredit über zwei Milliarden, der im März 2020 fällig wurde, zurückzuzahlen, schrieb das Ministerium damals. Für diesen musste der Staat jährlich noch satte 3,375 Prozent Zinsen zahlen.

Das zweite Mal in der Geschichte, dass Luxemburg Schulden zu negativen Zinsen aufnahm, war Mitte April dieses Jahres. Das Darlehen von 2,5 Milliarden Euro „zur Bewältigung des Covid-19“ besteht aus zwei Tranchen mit einem durchschnittlichen Zinssatz von -0,035 Prozent, so das Ministerium damals. Die erste Tranche mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro und eine Laufzeit von fünf Jahren; die zweite ein Volumen von einer Milliarde Euro und eine Laufzeit von zehn Jahren.

Seit der Finanzkrise von 2008 sind die Schulden Luxemburgs beständig am Steigen. Vor der Corona-Krise belief sich die Luxemburger Staatsschuld auf 12,4 Milliarden Euro. Das waren etwa 20 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung. Am 30. Juni 2020 belief sich die Staatsverschuldung auf rund 15 Milliarden Euro, 25,4 Prozent des BIP. Die Regierung hat sich vorgenommen, die Marke von 30 Prozent nicht zu überschreiten. Die mittlerweile in Europa auf Eis liegenden Stabilitätskriterien sehen eine maximale Verschuldung von 60 Prozent des BIP vor.

Die Zeichen stehen auf Grün

Mit der Ausgabe der ersten Anleihe nach Nachhaltigkeitskriterien unterstreicht Luxemburg seine Vorreiterrolle

Von Adam Maliszewski

Luxemburg kommt den hohen Anforderungen als moderner Finanzplatz und Markt für innovative Finanzierungen nach. Mit der Ausgabe der ersten Anleihe nach den sogenannten SDG-Richtlinien, den „Sustainable Development Goals“, hat das Großherzogtum seine Vorreiterrolle bei nachhaltigen Geldanlagen erneut unter Beweis gestellt. Das Schatzamt hat unmittelbar nach der Festlegung des Gesetzeswerks für Nachhaltigkeit erfolgreich 1,5 Milliarden Euro an zwölfjährigen Anleihen platzieren können – mit herausragendem Erfolg.

Dabei beliefen sich das große Interesse am hiesigen Finanzplatz und aus dem europäischen Ausland sowie die Nachfrage aus Übersee auf das Achtfache der angebotenen Summe. So war die fulminante Aufnahme bei Investoren für die allerersten Bonds nach den neuen Richtlinien gesichert, ja fast euphorisch. Das formierte Bankenkonsortium mit Beteiligung der Société Générale und der teilnehmenden Instituten BCEE, BGL BNP Paribas, BIL sowie Deutsche Bank hatte die Papiere den Investoren angeboten. Obwohl bei der zwölfjährigen Laufzeit nur ein Kupon von null ausgeschrieben wurde und der Preis für die Erstkäufer bei 101,488 Prozent lag, erklärt sich die gute Nachfrage allein schon wegen des Innovationseffekts.

Allgemein herrscht bei Anleihen europäischer Kernländer ein Gefüge mit Minuszinsen vor. Die Institutionellen verstärken die Suche nach nachhaltigen Anlagen. Erstkäufer, die beim Preis von 101,488 zugeschlagen konnten, dürfen sich schon jetzt über Zwischengewinne freuen. Am Dienstag handelt das Papier bei 103,17, und damit deutlich höher. Bei diesem Preis ergibt sich für den Neueinsteiger eine Rendite von – 0,26 Prozent. Für die

Erstkäufer hatte sie noch bei – 0,123 Prozent gelegen.

Solider Boden für Zukunft

Den neuen Gesetzesrahmen für die SDG hat Luxemburg zu Monatsanfang geschaffen. Es umfasst die Prinzipien der Nachhaltigkeit und der sozialen Wirtschaft, ein absolutes Novum auf dem europäischen Kapitalmarkt. Gleichzeitig entspricht seine Ausgestaltung auch den Europäischen „Green Bonds Standards“ (EU GBS). Die wichtige Komponente der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung floss in das Gesetz mit ein.

Dank der reibungslosen Platzierung können nun eineinhalb Milliarden Euro in Nachhaltigkeit im Bereich der energieeffizienten Bauwirtschaft, Förderung von bestimmten Projekten zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte und weitere Aspekte der Klimaziele 2030 beziehungsweise 2050 verwendet werden. Von immenser Bedeutung wird dabei unter Fachleuten auch die Bestätigung des „AAA“-Ratings für Luxemburger Anleihen gesehen.

Das Finanzministerium lobte „das innovative Rahmenwerk, das den höchsten Marktstandards entspricht“. Mit dem Gesetz habe man die weltweit erste Grundlage geschaffen, die die neuen Empfehlungen der europäischen Taxonomie für grüne Finanzierung vollständig erfülle. Das stellt eine enorm wichtige Innovation dar, verbunden mit der Chance, den Finanzplatz Luxemburg zukünftig auf hohem Niveau konkurrenzfähig halten zu können.

Die Luxemburger Börse hatte bereits 2016 eine Plattform für nachhaltige Anleihen, die „Luxemburg Green Exchange“ (LGX), gegründet. Mittlerweile werden an der LGX rund 800 Schuldverschreibungen im Volumen von mehr als 300 Milliarden Euro ge-

handelt. Als besonderer Rahmen gelten hier die Bestimmungen der „Green Bond Principles“ der ICMA. Diesen Vorgaben müssen sich Emittenten unterwerfen, streben sie eine Börsennotierung an der LGX an. Luxemburg hat mit der Ausgabe der eigenen nachhaltigen Schuldverschreibung die Rolle als Kompetenzzentrum untermauert.

Trend geht weiter

Bei der Anlagepolitik nach SDG-Vorgaben ist eine angemessene Rendite bei gleichzeitiger Beachtung wirtschaftlicher, politischer Risiken sowie ethischer, sozialer und ökologischer Kriterien bei der Disposition der Gelder unabdingbar. Mittel, die nach dem SDG-Rahmen aufgenommen wurden, dürfen entsprechend nur für diese Zwecke ausgegeben werden.

Tatsächlich ist bei den Staaten und Schuldnern aus dem privatwirtschaftlichen Bankensektor, die in der Vergangenheit gemäß der Green Bond-Regeln Anleihen begeben haben, beim Handel im Sekundärmarkt kaum ein Unterschied zu den Renditen zu klassischen Bonds des gleichen Emittenten feststellbar. Mit der zwölfjährigen Anleihe und ihrer guten Aufnahme hat Luxemburg einen Meilenstein gesetzt und sich so für zukünftige Transaktionen eine hervorragende Position verschafft.

● *Luxemburg hat mit der Ausgabe der eigenen nachhaltigen Schuldverschreibung die Rolle als Kompetenzzentrum untermauert.*

Luxemburg zählt zu den besseren Schülern

STAATSFINANZEN Mehrwertsteuerlücke

Christian Müller

Fast 200 Millionen Euro mehr hätte Luxemburg im Jahr 2018 an Mehrwertsteuer einnehmen können, schätzt die EU-Kommission. Doch damit zählt das Großherzogtum zu den guten Schülern der Europäischen Union.

Den EU-Ländern sind im Jahr 2018 insgesamt 140 Milliarden Euro an Einnahmen aus der Mehrwertsteuer entgangen. Das geht aus einer Schätzung hervor, die die Europäische Kommission vergangene Woche veröffentlicht hatte. Die sogenannte Mehrwertsteuerlücke – oder die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen in den EU-Mitgliedstaaten und den tatsächlich eingezogenen Einnahmen – ist damit immer noch extrem groß, schreibt die EU-Kommission.

Wie bereits 2017 verzeichnete Rumänien auch 2018 die höchste nationale Mehrwertsteuerlücke: Hier fehlten in dem Jahr 33,8 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen. Es folgten Griechenland (30,1 Prozent) und Litauen (25,9 Prozent). Am kleinsten waren die Lücken in Schweden (0,7 Prozent), Kroatien (3,5 Prozent) und Finnland (3,6 Prozent). Die höchsten Mehrwertsteuerlücke in absoluten Zahlen wurden in Italien (35,4 Milliarden Euro) verzeichnet.

Am deutlichsten verbessert hatten sich 2018 Ungarn (-5,1 Prozentpunkte), Lettland (-4,4 Prozentpunkte) und Polen (-4,3 Prozentpunkte). Die höchsten Anstiege (Verschlechterung) verzeichnete Luxemburg (+2,5 Prozentpunkte), gefolgt von geringfügigen Steigerungen in Li-

tauen (+0,8 Prozentpunkte) und Österreich (+0,5 Prozentpunkte).

Insgesamt steht Luxemburg jedoch gut da: Die Mehrwertsteuerlücke lag 2018 hierzulande bei 5,1 Prozent (oder 199 Millionen Euro) – deutlich besser als der europäische Durchschnitt von 11 Prozent. 2016 sah die Quote des Großherzogtums mit 314 Millionen (8,4 Prozent) noch viel schlechter aus. In den Jahren 2014, 2015 und 2017 war sie mit unter 3,6 Prozent jedoch noch besser.

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Obwohl sich europaweit die Zahlen in den Jahren 2017 und 2018, verglichen mit den Vorjahren, ganz leicht (erst um 2,9 Milliarden, dann um eine Milliarde Euro) verbessert haben, rechnen die Experten der Kommission spätestens 2020 wieder mit einer Trendumkehr. Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft wird dann mit einem potenziellen Verlust von 164 Milliarden Euro gerechnet.

Die beträchtliche Mehrwertsteuerlücke für 2018 in Verbindung mit Prognosen für 2020 mit den erwarteten Auswirkungen der Pandemie macht erneut deutlich, dass eine umfassende Reform der Mehrwertsteuervorschriften der EU erforderlich ist, um dem Mehrwertsteuerbetrug ein Ende zu setzen, schreibt die EU-Kommission. Zudem müsse die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärkt wer-

den, um die Mehrwertsteuererhebung zu fördern und gleichzeitig gesetzestreue Unternehmen zu schützen.

„Eine faire Besteuerung ist das Sprungbrett, das unsere Wirtschaft bei der Überwindung der Krise unterstützen wird“, sagt Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft. „Wir müssen ehrlichen Bürgern und Unternehmen das Leben erleichtern, wenn es darum geht, ihre Steuern zu zahlen, und Betrügern und Steuerkødern das Leben erschweren.“ Gerade jetzt könnten sich die EU-Länder solche Verluste schlicht und einfach nicht leisten. „Deshalb müssen wir mehr tun, um den Mehrwertsteuerbetrug mit neuer Entschlossenheit zu bekämpfen und gleichzeitig die Verfahren zu vereinfachen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern.“

Dass sich die EU-Kommission besonders für die Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten interessiert, liegt unter anderem daran, dass diese eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinschaft darstellen. Mittels eines jährlichen Berichts über die Mehrwertsteuerlücke wird daher die Wirksamkeit der Durchsetzungs- und Einhaltungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer in den einzelnen Mitgliedstaaten gemessen. Er liefert eine Schätzung der voraussichtlichen Mindereinnahmen infolge von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung sowie aufgrund von Insolvenz, Zahlungsunfähigkeit und Fehlberechnungen.

Belastungsprobe für Banken

Durststrecke für Unternehmen: Wegen der Corona-Krise wird so mancher Kredit platzen

Von Marco Meng

Die Corona-Krise schlägt auch auf die Banken durch. In welcher Hefigkeit, das weiß noch niemand. Viele Unternehmen wurden hart vom Konjunkturabsturz getroffen. Das reicht von der großen Luxair bis zum kleinen Bistro. Dem historischen Konjunkturunbruch folgte bislang nur eine zaghafte Erholung und wahrscheinlich ab Ende des Jahres eine Insolvenzwelle. So mancher Kredit, den Banken vergeben haben, dürfte nicht zurückgezahlt werden.

Wie groß die Einbußen durch Ausfälle bei Unternehmenskrediten für die Kreditinstitute sein werden, kann kaum grob geschätzt werden. „Die Krise wird Spuren im Luxemburger Finanzplatz hinterlassen“, ist sich der Chef der Deutschen Bank Luxembourg, Frank Krings, sicher. Seine Bank hat im Land wohl das größte Darlehensortfolio. Kunden sind hier grenzübergreifend agierende Großunternehmen. Andere Banken haben kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler als Kunden, die gleichzeitig mit dem Auslaufen der Kreditmoratorien von der Sécurité Sociale aufgerufen werden, den baldigen Zahlungstermin für Sozialbeiträge nicht zu vergessen. Doch viele Kreditnehmer haben heute deutlich geringere Einnahmen als zu normalen Zeiten. „Wir hoffen auf eine V-Kurv, also eine schnelle Erholung, sobald ein Impfstoff verfügbar ist“, so sagt es Tom Baumert, Director Entrepreneurship bei der Handelskammer.

Rückzahlungspausen laufen aus

Eine entscheidende Hilfe für Luxemburger Unternehmen war gleich zu Beginn der Krise ein Kreditmoratorium, das heißt, die freiwillige vorübergehende Stundung der Rückzahlung von Kreditraten der Banken BCEE, BIL, BGL BNP Paribas, Raiffeisen, Banque de Luxembourg, ING und Bank of China. „Wir sehen jetzt schon eine wesentliche Reduzierung der gewährten Moratorien aufgrund abgelaufener und nicht erneuerter Moratorien beziehungsweise einer Wiederaufnahme der Rückzahlungen bei Bankkunden“, erklärt auf Nachfrage eine Sprecherin des Bankenverbandes ABBL.

Im Einklang mit einschlägigen Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), so heißt es, sollte eine Moratoriumsdauer von sechs Monaten ausreichen, um den kurzfristigen Liquiditätsproblemen Rechnung zu tragen, die sich direkt aus den nach der COVID-19-Pandemie ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen ergeben. Der Bankenverband weiter: „Sowohl die Bankkunden als auch die Banken selbst müssen sich an die neue Normalität anpassen.“

Die Anwendung kurzfristiger Moratorien und ihre positiven Auswirkungen auf die Liquidität sollten nicht dazu führen, dass mögliche Solvabilitätsprobleme verschleiert werden.

Die Aussetzung der Rückzahlung eines laufenden Bankkredites für sechs Monate beantragten bislang mehr als 18 000 Unternehmen. Fast alle erhielten einen positiven Bescheid. Damit verzichten die Banken vorübergehend auf die Einnahmen von knapp vier Milliarden Euro. Ende März hatte die Regierung etliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft gestartet; darunter nicht rückzahlbare Direkthilfen wie auch Staatsgarantien für neue Kredite. Für eine Kreditsumme von bis zu 2,5 Milliarden Euro wollte der Staat garantieren. Insgesamt wurden nach Angaben der Finanzaufsichtsbehörde CSSF bis Ende August 277 mit staatlicher Garantie unterlegte Hilfskredite über 136,7 Millionen Euro an Luxemburger Unternehmen vergeben. Der Staat trägt 85 Prozent des Kreditrisikos dieser Darlehen. Einzelhandel sowie das Gastronomie- und Hotelgewerbe seien die Branchen, die am meisten von diesen Angeboten Gebrauch gemacht hätten, so Finanzminister Pierre Gramegna im Juni in der Finanz- und Haushaltskommission des Parlaments.

2021 offenbart sich das Ausmaß

Mit welcher Quote an Kreditausfällen bei den Hilfskrediten gerechnet wird, dazu meint das Finanzministerium: „Da die teilnehmenden Banken 15 Prozent des Risikos tragen, kann man davon ausgehen, dass die Risikoanalyse gründlich durchgeführt wurde und es nur wenige ausfallgefährdete Kredite geben wird.“ Zugleich ver-

weist das Ministerium darauf, dass Banken Kreditausfälle leichter wegstecken könnten, da sie im Vergleich zur Finanzkrise 2008 heute bessere Liquiditätspuffer haben. „Diese Krise zeigt noch einmal deutlich, dass ein gesundes Bankensystem wichtig für die Wirtschaft eines Landes ist.“ Luxemburg habe durch seinen internationalen Finanz- und Bankenplatz einen wichtigen Vorteil.

Überbrückungskredite ohne Staatsgarantie an Unternehmen vergaben die Banken von April bis Ende August 578 im Volumen von 88,6 Millionen Euro. Welches Volumen dieser Kredite wegen der Krise ausfallgefährdet sind, möchten die einzelnen Banken nicht verraten. „Es ist noch zu früh, eine solche Einschätzung zu machen“, so der Bankenverband. Die letzte Frist, eine sechsmonatige Rückzahlungspause anzufordern, ist Ende September. Ende März 2021 wird sich also die tatsächliche wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen zeigen.

Die Handelskammer bietet ein eigenes Mittel mit der „mutualité de cautionnement“ an, indem sie selbst als Bürge für ein Unternehmensdarlehen auftritt. Vor allem kleineren Unternehmen kann so ein Kredit bis 250 000 Euro garantiert werden. „Unser Garantiefonds, bei dem wir für 50 Prozent der Kreditsumme garantieren, ist ein effektives Mittel, Unternehmen zu helfen“, sagt Baumert. Auch sonst solvente Unternehmen wären durch die aktuelle Krise in Finanzschwäche geraten.

Von den 476 Anträgen von Unternehmen – elf Mal mehr als in einem normalen Jahr – erhielten bereits 419 für einen Gesamtbetrag von 16 Millionen Euro eine Zustimmung. Die Quote der Kredite, die ausfallgefährdet sind, schätzt Baumert auf fünf Prozent. Bei anhaltender Wirtschaftsflaute auf zehn Prozent.

Die staatliche Investitionsbank SNCI springt mit der „Anti-Krisen-Sonderfinanzierung“ ebenfalls ein und hilft Betrieben in finanziellen Schwierigkeiten mit einem Paket von 400 Millionen Euro – ohne dass es an einen definierten Verwendungszweck gebunden ist. Also kurzfristige Finanzierungshilfen, die die Firmen bis zum 31. De-

zember 2020 dort einsetzen, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird. Hier tragen die teilnehmenden Banken ein Risiko von 40 Prozent.

Bislang hatte der hiesige Finanzplatz europaweit mit die geringste Quote an Kreditausfällen. Auf der anderen Seite hadern nicht nur in Europa, sondern auch im Großherzogtum die Banken mit ihrer sinkenden Rentabilität. Zusätzliche Kreditausfälle treffen da doppelt.

2019 hatte Luxemburgs Banken eine Gesamtsumme von 665 Milliarden Euro an Krediten ausgelie-

hen, 30 Milliarden Euro davon an Luxemburger Unternehmen. Nicht zu vergessen dabei: die Zeit historisch niedriger Zinsen wurde von vielen genutzt; sich zu verschulden war billig wie nie. Davon sind nicht nur Unternehmen betroffen, sondern auch private Kreditnehmer. Wegen der hohen Immobilienpreise ist der Verschuldungsgrad der privaten Haushalte in Luxemburg sehr hoch und lag 2018 bei 174 Prozent des gesamten verfügbaren Bruttoeinkommens. „Luxemburgs Banken waren gut aufgestellt für die Krise“, wie ABBL-

Präsident Guy Hoffmann anlässlich der Jahresbilanz des Verbands im Juli sagte. „Aber das heißt nicht, dass die Krise ewig dauern darf.“

● Sowohl die
● Bankkunden als
auch die Banken
selbst müssen sich
an die neue Normalität anpassen.

Bankenverband ABBL

„Eher Marathonlauf als Sprint“

Nicht zuletzt die Corona-Krise treibt die Digitalisierung in Luxemburgs Banken an

Von Thomas Klein

Bisher kann die Corona-Pandemie den Banken im Großherzogtum noch nicht viel anhaben. „Natürlich ist es noch zu früh, um das endgültig beurteilen zu können, aber bisher sind die Auswirkungen der Krise auf den luxemburgischen Bankensektor eher gering“, sagt Roxane Haas, als Partner bei der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) für die Bankenbranche zuständig. „Es könnte natürlich sein, dass sich die Krise der Realwirtschaft auf die Qualität der vergebenen Kredite auswirkt, aber auf der Basis der verfügbaren Zahlen und der Gespräche mit Kunden gehen wir davon aus, dass es in Luxemburg – vor allem verglichen mit anderen Ländern – nicht viele Kreditausfälle geben wird.“

Die Corona-Krise traf auf eine Branche, die ohnehin so stark im Wandel war, wie seit Jahrzehnten nicht. Auf der einen Seite belasteten die dauerhaft niedrigen Zinsen die Bilanzen der Banken im Großherzogtum, auf der anderen Seite verlagerten 2019 viele internationale Institute im Hinblick auf den Brexit viele Aktivitäten nach Luxemburg, was in manchen Fällen zu einem kräftigen Anstieg der Bilanzsummen führte. Den stärksten langfristigen Effekt auf die Arbeitsweise der Branche dürfte aber die fortschreitende Digitalisierung haben. Eine Entwicklung, die durch die Covid-Epidemie und die Auswirkungen des Lockdowns noch verstärkt wurde. In der diesjährigen Ausgabe des PwC-Bankenreports legt die Unternehmensberatung daher den Schwerpunkt auf die Innovationstätigkeiten der Banken.

Neue Funktionen

„Die meisten Neuerungen in den IT-Systemen der Banken hat es im vergangenen Jahr im Front Office, also zum Kunden hin, gegeben“, sagt Björn Ebert, ebenfalls Partner bei PwC und einer der Autoren der Studie. Ein Schwerpunkt war es hier, mehr aus den Bankapps herauszuholen und diese kundenfreundlicher zu gestalten. „In der Kommunikation mit den Kunden

sind in letzter Zeit enorme Fortschritte erzielt worden. Nicht zuletzt im Lockdown hat sich gezeigt, dass die perfekte App eigentlich die ist, die den Gang zur Filiale komplett überflüssig macht“, sagt Jörg Ackermann, Partner bei der Unternehmensberatung.

Die neue Generation von Apps geht dabei über die klassischen Bankfunktionen wie Überweisungen oder das Abfragen des Kontostandes hinaus und bietet zusätzliche Dienstleistungen, an denen die Bank dann wiederum verdient. Ein Beispiel ist die „Nomi“-Anwendung der Royal Bank of Canada, die dem Kunden basierend auf aktuellen Kontobewegungen ein monatliches Budget für bestimmte Konsumausgaben wie Restaurantbesuche vorschlägt.

Andere Banken ermöglichen mit ihren Apps, dass ihre Kunden auch die Konten bei anderen Finanzhäusern integrieren. „Für den Kunden hat das den Vorteil, dass er mit einer Anwendung den Überblick behält. Die Bank wiederum erhält Einblick in die übrigen Aktivitäten des Kunden“, erklärt Ackermann.

Trotz aller Investitionen in Technologie ist es aber nicht so, dass sich die Banken innerhalb weniger Jahre von einem Nachzügler zu einem Vorreiter in Sachen Digitalisierung gemausert haben. „Die Banken erfinden sich nicht komplett neu, sondern bringen eher mit solchen Innovationen ihre Geschäftspraktiken in klar abgegrenzten Teilbereichen auf den neuesten Stand“, so Ackermann. In anderen Bereichen, vor allem bei klassischen Back-Office-Aktivitäten wie Rechnungslegung kämpfen die Institute nach wie vor mit teilweise veralteten „Legacy“-Systemen. „Die Banken machen langsame Fortschritte auch im Hinblick auf ihre gesamte IT-Architektur, aber es ist eher ein Halbmarathon als ein Sprint“, sagt Ackermann.

Einsatz von Künstlicher Intelligenz

Aber angesichts des Kostendrucks wenden Finanzinstitute zunehmend auch Hochtechnologielösungen wie Künstliche Intelligenz (KI) an, um Kosten zu sparen und Pro-

zesse effizienter zu machen. „Vor allem wenn es um die Analyse von großen Datenmengen geht, wird Künstliche Intelligenz heute schon produktiv eingesetzt“, sagt Roxane Haas.

So suchen solche Systeme aus einem Wust unstrukturierter Daten aus internen Quellen und aus dem Internet relevante Daten zusammen, um die Kreditwürdigkeit eines Kunden zu bestimmen. Der Prozess wird auf diese Weise deutlich schneller und auch billiger, so Haas. Ebenso nehmen intelligente Algorithmen ihren menschlichen Kollegen heute viel Arbeit ab, wenn es um Betrugserkennung oder das „Onboarding“ neuer Kunden geht. In der Zukunft werden KI-Systeme den Banken zunehmend dabei helfen, den enormen „Datenschatz“ zu heben, auf dem die Finanzhäuser sitzen.

In der direkten Kommunikation mit dem Kunden findet die neue Technologie zwar langsamer Einzug, aber die Entwicklung der nächsten Jahre ist auch hier absehbar. „Es ist denkbar, dass Kunden bald nicht mehr merken, dass sie mit Chatbots in Kontakt stehen, die von KI gesteuert werden“, sagt Ackermann.

Auch im Bereich der Geschäftskunden geht die Entwicklung dahin, dass die Banken die Fülle an Finanzinformationen über ihre Kunden dazu nutzen, diesen zusätzliche Angebote zu machen. „Gerade kleinere und mittelständische Unternehmen sind in den Bereichen wie Rechnungswesen oder dem Management von Gehaltsabrechnungen dünner aufgestellt als Großunternehmen. Da die Banken Einblicke in die Transaktionsdaten der Firmen haben, können sie so Zusatzangebote machen“, sagt Ebert. So können Banken sich als eine Art Outsourcing-Partner anbieten und solche Tätigkeiten für den Kunden übernehmen oder den Kapitalfluss der Unternehmen für sie managen. „Die mittelständischen Unternehmen können so Geld sparen. Die Banken binden sie als Kunden enger an sich und bringen gleichzeitig die eigenen Finanzprodukte an den Mann“, so Ebert.

Luxemburger Bankensektor in Zahlen

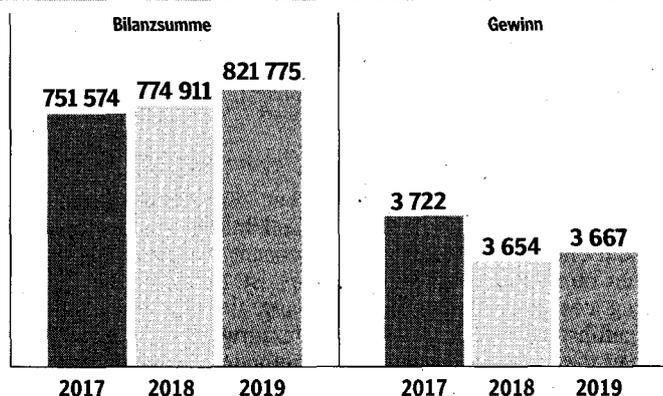
Laut dem PwC-Report „Banking in Luxembourg“ waren Ende 2019 127 Banken in Luxemburg aktiv. Das bedeutet einen Rückgang von acht Instituten im Vergleich zum Vorjahr. Nicht zuletzt durch Verlagerungen von Aktivitäten aufgrund des Brexit stiegen die summierten Bilanzsummen kräftig von rund 775 000 Millionen Euro 2017 auf etwa 822 000

Millionen Euro 2018 – ein Anstieg von etwa sechs Prozent. Die Gewinne bewegten sich mit einem Plus von 0,3 Prozent hingegen ungefähr auf dem Niveau vom Vorjahr und deutlich unter den Ergebnissen von 2017. Das ist unter anderem mit hohen Investitionsausgaben in die IT-Systeme und Einmalkosten in Verbindung mit der Verlagerung

von Personal aus Großbritannien nach Luxemburg zu erklären. Die Kreditrisikokosten sanken hingegen deutlich um 38,1 Prozent zum Vorjahr. 80 Prozent der Banken wiesen ein positives Ergebnis auf. In der Summe blieb die Zahl der Beschäftigten in der Branche mit 26 337 (2018: 26 317) ungefähr gleich. Knapp 40 Prozent der Institute bau-

ten Mitarbeiter ab, was von den 48,6 Prozent der Banken mit zusätzlichem Personal ausgeglichen wurde. Bei den Kreditinstituten ausländischer Herkunft machten deutsche Banken mit 18,1 Prozent wieder den Löwenanteil aus, gefolgt von französischen und chinesischen Finanzhäusern mit jeweils elf Prozent. *ThK*

Geschäftszahlen der Banken in Luxemburg (in Millionen Euro)



Quelle: PwC

Datenbank für Sustainable Bonds

Luxemburger Börse macht nachhaltige Papiere vergleichbar

kjo Luxembourg – Die Luxemburger Börse hat über die zu ihr gehörende grüne Börse (Luxembourg Green Exchange, LGX) eine neue Datenbank für grüne und nachhaltige Anleihen (Green & Sustainable Bonds) gestartet. Dabei handelt es sich um den LGX DataHub, eine zentralisierte Datenbank mit strukturierter Daten zu einer Vielzahl nachhaltiger Wertpapiere.

Detaillierte Informationen

Emittenten nachhaltiger Wertpapiere legen eine Vielzahl von Nachhaltigkeitsdatenpunkten offen. Diese Datenpunkte werden in verschiedenen und häufig inkompatiblen Formaten zur Verfügung gestellt und die Daten werden auf mehrere Quellen verteilt. Das Identifizieren, Extrahieren und Strukturieren dieser Daten ist zeitaufwendig und ressourcenintensiv. Dies lieferte nach Angaben der Börse den Impuls für den neuen Daten-Hub.

Die Datenbank sammelt Informationen zu Green-, Social- und Sustainability-Wertpapieren. Sie enthält detaillierte Informationen vor und nach der Emission der entsprechen-

den Wertpapiere, die Marktteilnehmer benötigen, um nachhaltige Anlagestrategien zu entwickeln, ihre Berichtspflichten zu erfüllen und neue Vorschriften einzuhalten. Die Daten vor der Emission decken die von den Emittenten eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Verwendung der Erlöse aus der Anleihe, der Projektauswahl sowie der Verwaltung der Erlöse und der Berichterstattung ab.

Die Daten nach der Emission geben hingegen Auskunft darüber, wie der Erlös der Anleihen investiert wird, und geben Aufschluss über die ökologischen und sozialen Vorteile dieser Anlagen. Der LGX DataHub enthält auch Datenpunkte, die den Beitrag einer Investition zu den Zielen der Vereinten Nationen (UN) für nachhaltige Entwicklung veranschaulichen, beispielsweise eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

„Vermögensverwalter und Investoren benötigen strukturierte, zuverlässige und vollständige Datensätze, um ihre nachhaltigen Anlageportfolios aufzubauen. Mit dem LGX DataHub haben wir die Daten identifiziert und gesammelt, die Marktteilnehmer für ihre Analyse- und Berichts-

zwecke benötigen. Wir stellen diese Daten unseren Nutzern in strukturierter und recherchierbarer Form zur Verfügung“, sagt Julie Becker, stellvertretende CEO der Luxemburger Börse. Mit dem Angebot der neuen Datenbank können Vermögensverwalter und Investoren nun auf eine Vielzahl von Datenpunkten zu nachhaltigen Wertpapieren und den zugrunde liegenden Vermögenswerten zugreifen. Mit der Datenbank können sie auch die relevanten Informationen extrahieren und die Auswirkungen verschiedener nachhaltiger Investitionen auf einfache Weise vergleichen.

Führende Plattform

Seit der Gründung im Jahr 2016 ist die LGX die führende Plattform für die Notierung nachhaltiger Wertpapiere und der Referenzort für staatliche und Unternehmensemissionen. Europas erste nachhaltige Staatsanleihe mit Triple-A-Rating, die Anfang dieses Monats vom Großherzogtum Luxemburg emittiert wurde, ist ebenfalls an der LGX gelistet. Die Plattform zählt derzeit 800 Wertpapiere mit einem Gesamtvolumen von mehr als 300 Mrd. Euro.

Luxembourg

MARKTPLATZ

Green-Bond-Welle

VON KAI JOHANNSEN

In einer Krise von Gewinnern oder Profiteuren der Krise zu sprechen, ist immer schwierig, da dies schnell zu Missverständnissen führt. Dies gilt natürlich umso mehr, wenn die Krise mit Leid, Schmerz, gesundheitlichen Beeinträchtigungen und gar dem Verlust von Menschenleben einhergeht. Wer möchte davon profitieren oder als Nutznießer bezeichnet werden? Und wenn die Covid-19-Krise am Kapitalmarkt etwas Positives hinterlassen hat, dann wohl, dass das Segment von Green und Sustainable Finance durch diese Krise und ihre wirtschaftliche Entwicklung, die ihr Spiegelbild in Teilen am Kapitalmarkt findet, einen Schub bekommen hat. Insofern lässt sich sagen, dass eine ohnehin positive Entwicklung durch die Krise begünstigt wurde.

Im Rampenlicht

Während der gesamten Monate der Krise – und das ist in Europa nun mehr als ein halbes Jahr – haben die grünen und nachhaltigen Anlageprodukte – zumeist sind es ja Bonds – nicht nur eine ansprechende Performance im Vergleich zu ihren nichtgrünen bzw. nichtnachhaltigen Pendanten gezeigt, sie haben auch eine enorme Emissionsbelebung erfahren. Es wurden ohnehin schon viele

grüne, soziale und nachhaltige Anleihen in Europa und anderswo emittiert, aber die Covid-19-Krise hat das Thema so richtig ins Rampenlicht gerückt. Das ist insbesondere daran ablesbar, dass es viele Debütemissionen in der Krise gab. Das belegt unzweifelhaft, dass viele Emittenten, die das Thema Green & Sustainable Finance vielleicht bisher noch nicht auf Radar hatten oder es bislang hintangestellt hatten, sich gerade in der Krise dazu entschieden, in diesem Bereich aktiv zu werden. Die Krise hat demzufolge nicht dazu geführt, dass das Thema auf die lange Bank geschoben wurde, wie es zuvor oft in Krisen zu beobachten war, wenn Emittenten sagten, dass an einem (Kapitalmarkt-)Projekt zwar festgehalten wird, aber erst mal auf eine Marktberuhigung gewartet wird. Die Covid-19-Krise beschleunigte den Boom mit grünen und nachhaltigen Anleihen.

So gehen Experten in diesem Jahr davon aus, dass der Vorjahresrekord entsprechender Bondemissionen geknackt wird. Der Markt befindet sich hier auf gutem Weg (vgl. Grafik). Gerade in diesem Monat kamen viele Bondemissionen an den Markt. Darunter waren sehr viele prominente Namen, die grüne, soziale oder nachhaltige Anleihen emittierten, und es gehörten auch viele Erstlingswerke dazu. Es verging fast kein Tag, an dem nicht im Bereich von Green und Sustainable emittiert wurde,

und wenn es mal wirklich keine Emission gab, dann wurde zumindest eine Bondemission angekündigt. Folgende Namen gaben sich am Green-& Sustainable-Bond-Markt die Klinke in die Hand: Daimler, Schiphol, Allied Irish Bank (AIB), Großherzogtum Luxemburg, Deutschland/Bund, Cades, Weltbank, Mexiko, Landwirtschaftliche Rentenbank, VW, Beijing Enterprises, Sato, Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), Chanel – um nur ein paar Adressen zu nennen.

Die Resonanz der Investoren, d. h. die Ordervolumina, die für solche Emissionen hereinkamen, spricht Bände: Regelmäßig sind Green, Social und Sustainable Bonds mehrfach überzeichnet. Es gab Rekordorderbücher in Rekordzeiten – so etwa beim Erstlingswerk des Bundes. Für den zehnjährigen grünen Bund-Zwilling wurde in nicht einmal 2,5 Stunden ein Orderbuch von sage und schreibe mehr als 33 Mrd. Euro generiert. Und auch Green Bonds von Unternehmen wie etwa VW konnten sich nicht über einen Nachfragemangel beschweren.

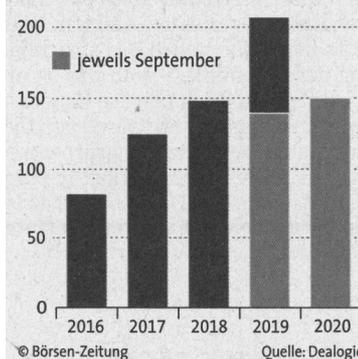
Das macht Lust auf mehr. Die Green-Bond-Welle, die im September zur Riesenwelle wurde, dürfte auch im vierten Quartal anhalten. Alles andere wäre eine faustdicke Überraschung. Schub bekommt das Segment auch durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB will Green Bonds als Sicherheit für geldpolitische Kreditgeschäfte akzeptie-

ren. Sollten diese Papiere die übrigen Zulässigkeitskriterien für Bondkäufe erfüllen, könnten sie auch im Rahmen des Krisenprogramms PEPP und des APP-Programms gekauft werden. Die neuen Regeln sollen ab Anfang 2021 gelten. Laut EZB müssen die Kupons dieser Papiere mit Zielen verknüpft sein, die sich auf Umweltvorgaben der EU oder Nachhaltigkeitsziele der UN beziehen. Das wird so mancher Investor gern hören und dann bei diesen Green und Sustainable Bonds noch beherzter zugreifen, weiß er doch, dass er die Papiere auch noch anderweitig als EZB-Collateral nutzen kann. Die EZB-Unterstützung ist schön, auch wenn das Segment auch ohne eine solche Schützenhilfe ausgekommen wäre. Es zeigt zudem, dass sich auch die EZB Green & Sustainable Finance einen großen Schritt genähert hat. Das ist erfreulich.

(Börsen-Zeitung, 26.9.2020)

Auf Rekordkurs

Globale Green-Bond-Emissionen in Mrd. Dollar



SERIE FINANZPLÄTZE UND IHRE ZUKUNFT (24): IM GESPRÄCH MIT ROBERT SCHARFE UND NICOLAS MACKEL

„Wir sind wie eine spezialisierte Werkstatt“

Der CEO der Luxemburger Börse und der Chef der Finanzplatzinitiative sehen Potenzial bei der Finanzierung des Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Am Finanzplatz Luxemburg schreibt man die Zukunftsthemen Green und Sustainable Finance groß. Durch die Covid-19-Krise hat der Stellenwert von Nachhaltigkeit für die gesamte Wirtschaft noch zugenommen. Der Platz will beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft eine zentrale Rolle einnehmen.

Von Kai Johannsen, Luxemburg

Börsen-Zeitung, 26.9.2020

In Green und Sustainable Finance sieht der Finanzplatz des Großherzogtums Luxemburg seine Rolle für die Zukunft. „Financing a Sustainable Future – das ist die klare Zukunftsdevise für den Finanzmarkt und für die Börse. Dies ist auch ein erklärtes Ziel unserer Ambitions 2025, die das Land ausgegeben hat“, halten Robert Scharfe, CEO der Luxembourg Stock Exchange (LUXSE), zu der auch die grüne Börse gehört (Luxembourg Green Exchange), und Nicolas Mackel, CEO der Finanzplatzinitiative Luxembourg for Finance (LFF), im Gespräch mit der Börsen-Zeitung fest. „Die Rolle eines Finanzmarktes besteht bekanntlich darin, die Realwirtschaft zu finanzieren, und diese Wirtschaft wird eine nachhaltige sein“, ist sich Scharfe sicher. Die Covid-19-Krise, die an den Finanzmärkten kräftige Spuren hinterlässt, zeigt klare Auswirkungen auf den Trend zu mehr Sustainability.

Es sei aber nicht nur die Covid-19-Krise, die das Thema Nachhaltigkeit nun sehr weit oben auf der Agenda platziert. Covid-19 habe die Thematik und den Stellenwert von Sustainability anschaulicher gemacht, das gelte auch für den Durchschnittsbürger. „Die Zukunft gehört der Nachhaltigkeit, und Sustainability ist praktisch überall in den Überlegungen der Wirtschaft und der Wirtschaftssubjekte angekommen. Das, was heute eben noch nicht nachhaltig ausgestaltet ist – und das ist am Finanzmarkt doch noch so einiges –, wird in den nächsten Jahren von diesen neuen Ausgestaltungsprozessen hin zu mehr Nachhaltigkeit geprägt sein“, so Mackel. Die Covid-19-Krise ist für die beiden Experten ein klarer Beschleuniger dieses Prozesses.

„Es geht ja nicht darum, mal irgendein grünes Projekt zu identifizieren, es dann mit einem grünen Bond zu finanzieren und diesen Green Bond dann an einer grünen Börse listen zu lassen. Damit retten wir keinen Planeten und beseitigen auch nicht den Kli-

mawandel oder alle Umweltprobleme“, sagt Scharfe.

Institutionelle Anleger müssten künftig vielmehr zeigen, was sie in Sachen Nachhaltigkeit in ihren Portfolios alles unternehmen, und sich dann auch vom Markt benoten lassen, ob das gut und auch genug ist. Und das nehme dann letzten Endes der Endanleger vor, der zum einen zwar weiterhin eine Rendite wolle, aber eben auch entscheide, wie und wo sein Geld angelegt werden soll. Das eröffne für die Gesamtheit der Marktteilnehmer und damit auch für Finanzinstitutionen enorme Zukunftsperspektiven. „Und schlussendlich geht es ja auch um die Unternehmen, die die Gelder aus nachhaltigen Finanzmarktprodukten wie Green und Sustainable Bonds zur Verfügung gestellt bekommen. Sie müssen den Anlegern mit ihrer eigenen Nachhaltigkeitsausrichtung demonstrieren, dass sie es mit dem Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft ernst meinen“, so Mackel.

Jeder Kapitalmarktteilnehmer müsse sich in den nächsten Jahren ein nachhaltiges Profil zulegen. Das betreffe bei Unternehmen sehr viele Bereiche wie Lieferketten, Produktionsprozesse, Arbeitsweisen etc. „Denn genau dazu werden der Konsument und der Investor, ob privat oder institutionell Fragen stellen“, so der LFF-Chef weiter.

Längst keine Nische mehr

Nachhaltigkeit hat für Scharfe die Nische längst verlassen und ist im allgegenwärtigen Denken angekommen: „Da der Finanzmarkt gerade beim Thema Sustainability sehr eng mit der Realwirtschaft verzahnt ist, wird in der Realwirtschaft künftig all das keine Chance mehr haben, was eben nicht nachhaltig ist.“ Interessant sei die Frage, wie positioniere sich die Realwirtschaft für die Nachhaltigkeitsentwicklungen und den Übergang. Für diesen Bereich der Transition Finance sieht Scharfe sehr großes Potenzial.

Mit der Covid-19-Krise habe aber nicht nur das Thema Sustainability und Sustainable Finance an Bedeutung gewonnen, sondern auch das Thema Digitalisierung. „Das hat eine klare Beschleunigung erfahren“, so Mackel. Wie an anderen Finanzplätzen auch sei das „remote working“ auch in Luxemburg sprunghaft nach oben gegangen und das sei insgesamt gut gemeistert worden. „Mit Blick auf die Belegschaft waren wir bei der Börse nach drei Tagen zu 98 % im

Homeoffice. Das ist eine wichtige Erfahrung gewesen. Zu verdanken haben wir diesen Erfolg unzweifelhaft unserer Cloud-Initiative. Das hat die Prozesse vereinfacht“, sagt Scharfe.

Nach der Krise ist für Scharfe und Mackel aber immer auch vor der Krise – wie auch immer diese dann heiße. „Wir müssen uns die Frage stellen, wie unsere Arbeitsmethoden in Zukunft aussehen werden“, so Mackel. „Die Kommunikation und Kontaktaufnahme zu Personen wird künftig anders aussehen als in der Vergangenheit, gleichgültig, ob wir nun in sechs oder erst in zwölf Monaten wieder ‚normaler‘ arbeiten werden als heute“, ist sich Scharfe sicher. Man realisiere durch die Krise, dass die digitale Transformation schneller vonstattengehen müsse, als man bisher gedacht habe. Das betreffe aber nicht nur die Börse und andere Finanzinstitutionen, sondern auch die Aufsichtsbehörden, die stärker auf eine digitalisierte Welt umschalten müssten.

In der Realwirtschaft sehe man in Teilen einen neu entstehenden Trend zur Regionalisierung. Einzelne Institutionen, Unternehmen, aber auch Länder wollten autonomer werden und ihre Abhängigkeit von Dritten reduzieren. „An den Kapitalmärkten sehen wir künftig aber weiterhin den gegenläufigen Trend, d. h. hin zu mehr Globalisierung“, sagt Scharfe. Seiner Meinung nach wird China in diesem Trend künftig eine wichtigere Rolle an den Kapitalmärkten spielen als heute. Dafür hat sich das Großherzogtum in den vergangenen Jahren positioniert. „China ist für unseren Platz eine Erfolgsstory“, so Mackel. Die führenden chinesischen Banken seien mit Niederlassungen in Luxemburg vertreten. „Und bei den Kapitalvolumina, die via Fonds in China investiert würden, ist unser Platz bereits jetzt weltweit führend“, führt er aus.

Die Bedeutung Chinas für den Finanzplatz zeige sich auch bei den Listings von Bonds chinesischer Adressen an der Luxemburger Börse. Chinas Bondmarkt sei heute bereits der zweitgrößte Bondmarkt der Welt nach dem US-Staatsanleihemarkt. Investoren käme das schon allein unter Anlage-, und Diversifikationsaspekten zugute.

Das 750 Mrd. Euro schwere Programm der EU zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in Europa biete für Europa natürlich auch die Chance für eine entsprechende Positionierung an den internationalen Anleihemärkten. Der

Luxembourg

Finanzplatz Luxembourg hat sich laut Mackel seit jeher darauf konzentriert, Brücken zwischen Investoren und Projekten zu schlagen. Und das werde durch die aktuelle Krise nun noch intensiviert. „Wenn wir es schaffen, aus der Kapitalmarktunion nun auch etwas Positives zu formen, dann kann die aktuelle Krise, aber auch der Brexit sogar einen positiven Effekt auf Europas Binnenmarkt haben. Europa ist immer durch Krisen gewachsen, die Chance dazu haben wir auch jetzt“, sagt der LFF-Chef. Wie sehr internationale Banken, Assetmanager oder Versicherer das Ökosystem am Finanzplatz Luxembourg schätzen, sei infolge des Brexit in den vergangenen Jahren deutlich geworden. So hätten etwa 70 Institutionen in diesem Zusammenhang Luxembourg als Standort für ihr EU-Geschäft gewählt. „Offensichtlich macht es ja Sinn, am Finanzplatz Luxembourg zu sein“, so Mackel.

Ein klares Betätigungsfeld für Finanzplätze sieht Scharfe auch im Themenbereich Innovation und Technologie, zum Beispiel bei künstlicher Intelligenz und Daten. „Der Zusammenhang liegt auf der Hand, wird derzeit aber noch zu wenig genutzt. Der Bereich Daten wird in den nächsten Jahren stark wachsen“, so Scharfe. Man werde bei den anstehenden Entwicklungen einen enormen Datenbedarf haben. Dabei gehe es um die Auswertung und die Bereitstellung von Daten an Investoren. An diesem Punkt setze bereits die Luxemburger Universität mit einem Research-Institut an, an dem sich rund 200 Spezialisten mit innovativen Fragestellungen auseinandersetzen würden, um sich auf die Welt von morgen vorzubereiten.

Aber nicht alle Bereiche, die man

heute am Finanzplatz Luxembourg kennt, werden ihre Rolle künftig genauso ausführen wie heute. „Viele Jahre war Luxembourg das Back Office für Fonds & Co. Diese Rolle wird künftig kleiner werden. Wir werden uns höher auf der Wertschöpfungskette positionieren müssen“, sagt Mackel. Diese Prozesse in den Bereichen des Back Office würden zunehmen digitalisiert und nicht mehr händisch ausgeführt. Außerdem hätten sich hier auch in den vergangenen Jahren andere Plätze unter Kostengesichtspunkten entsprechend positioniert.

Sorge bereitet dem Finanzplatz die Frage, wie sich der „Access to Talent“ künftig gestalte. „Die Beschaffung von Talenten für die Finanzindustrie ist sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht größer geworden. Es ist wirklich eine Herausforderung geworden, in ausreichender Anzahl hochqualifizierte Leute zu finden“, so Mackel. Der Zugang zu gut ausgebildeten kompetenten Personen sei denn auch eine Initiative, die im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung niedergeschrieben sei.

Scharfe will auch die bestehende Belegschaft in dieser Hinsicht miteinnehmen: „Wir müssen unseren Mitarbeitern die Möglichkeit geben, ihre Kompetenzen zu erweitern, und wir müssen zum Umdenken auf die digitale Welt motivieren und ihnen zeigen, welches Potenzial diese neue Digitalwelt für sie beinhaltet. Dabei handelt es sich um eine Einstellungssache. Arbeitgeber müssen diesen mentalen Prozess mitgestalten und vielen Arbeitnehmern auch Ängste und Sorgen abnehmen.“ Denn es gebe künftig kaum noch Jobs, die wenig Qualifikationen erforderten.

Komplementäre Rolle

Der Luxemburger Finanzplatz will sich gegenüber anderen europäischen Finanzplätzen nicht abgrenzen, sondern sieht sich zu Frankfurt, Paris und anderen Zentren in einer komplementären Funktion. Andere europäische Plätze seien oft sehr auf den Heimatmarkt fokussiert, was angesichts der jeweiligen Größe der Wirtschaft gerechtfertigt sei. „Unsere Multi-Jurisdiktionen-Expertise ist aber der entscheidende Aspekt, mit dem wir bei Akteuren anderer Plätze punkten können“, so Mackel. Man halte in Luxembourg keine bessere, sondern eine andere Expertise vor. Diese helfe anderen zu wachsen.

„Wir sind wie eine spezialisierte Werkstatt, in der man seine erforderlichen Arbeiten verrichten kann, und zwar so, wie es woanders eben nicht möglich ist. Viele Assetmanager, aber auch Fintechs, Versicherer etc. haben das erkannt. Die Verlagerungen nach Luxembourg sind ja ein Beweis dafür“, sagt er. Ein klarer Vorteil sei dabei auch die Mehrsprachigkeit am Luxemburger Platz. „Wir sehen uns bei der Börse permanent den Bedarf der Märkte und ihrer Akteure an und loten aus, wie wir für sie einen Mehrwert liefern können. Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreude kombiniert mit Know-how sind die Aspekte, die wir brauchen, um erfolgreich neue Wege gehen zu können“, ergänzt Scharfe.

Zuletzt erschienen:

- ▶ Herausfordererbörsen attackieren Nyse und Nasdaq (24. September)
- ▶ Corona versöhnt die Schweizer mit ihren (Groß-)Banken (19. September)



Versicherer verdoppeln den Gewinn

Erfolgreiches Jahr 2019: Die Prämieinnahmen der Branche steigen um 31 Prozent

Von Nadia Di Pillo

Für die luxemburgischen Versicherer war 2019 ein „erfolgreiches Jahr“. Die Prämieinnahmen stiegen um 31,2 Prozent, die Bilanzsumme aller Gesellschaften um 25,4 Prozent – von 240 995 Millionen Euro auf 302 252 Millionen Euro – und das Ergebnis nach Steuern verdoppelte sich im Vergleich zu 2018 auf 1295 Millionen Euro.

„Alle Branchen haben 2019 zugelegt“, sagt Claude Wirion, Vorsitzender des Commissariat aux Assurances (CAA). Im Nichtlebensversicherungsbereich konnte sogar eine Verdreifachung der Prämien erzielt werden – von 4,5 auf 12,6 Milliarden Euro. Die Branche überschreitet somit zum ersten Mal die Grenze von 50 Milliarden Euro (50 872).

Wie Claude Wirion gestern mitteilte, wird 2019 als Jahr in die Geschichte eingehen, in dem „die Internationalisierung des luxemburgischen Versicherungsmarktes vollendet wurde“. Nach der Rückversicherungsbranche Mitte der 1980er Jahre und der Lebensversicherung Anfang der 1990er Jahre war es 2019 die Nichtlebensversicherungsbranche, die eine nach außen gerichtete Richtung einschlug. „Rund 90 Prozent der Prämien in diesem Bereich werden derzeit international abgeschlossen“, so Wirion. Und: „Sowohl in der Lebens- als auch in der Nichtlebensversicherung sehen wir ein Verhältnis von eins zu zehn zwischen dem inländischen und dem internationalen Markt“.

Claude Wirion weist auf die Tatsache hin, dass die Versicherungsgesellschaften, die sich im Vorfeld des Brexit in Luxemburg niedergelassen haben, hauptsächlich im Nichtlebensversicherungsbereich tätig sind. Viele Unternehmen haben ihren europäischen Hauptsitz in Luxemburg eingerichtet, ihre EU-Niederlassungen fließen nun in die Luxemburger Statistik ein.

Luxemburg behauptet sich international

Im Jahr 2019 stiegen die Prämieinnahmen um 31,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil daran haben die Lebensversicherer auf dem internationalen Markt mit 48,9 Prozent, gefolgt von der Nichtlebensversicherung im Ausland mit 22,7 Prozent. Die Rückversicherung auf dem internationalen Markt stellt 21,1 Prozent der Prämieinnahmen dar.

International steht der Luxemburger Standort gut da: Die Versicherungsbranche ist nach Prämieinnahmen im Lebensversicherungsbereich der achtgrößte in Europa und Nummer 19 auf der Welt; -im Nichtlebensversicherungsbereich Nummer 9 in Europa und auf Platz 20 global – das entspricht einer Verbesserung um 24 Plätze. Insgesamt stieg die Beschäftigung zwischen Ende 2018 und 2019 von 7 959 Arbeitsstellen auf 12 693.

Der Tornado in den Ortschaften Pétingen und Niederkerschen im vergangenen Jahr hat sich

nicht negativ auf die gesamte Rentabilität der Schadenversicherung in Luxemburg ausgewirkt. Diese bewegt sich noch immer auf hohem Niveau dank Automobilsektor. Die Auswirkungen des Tornados auf das Versicherungsgeschäft belaufen sich allerdings auf „mehrere Millionen Euro“, eine genaue Zahl kann das Commissariat aux Assurances aber nicht nennen.

In der Lebensversicherung wird das Geschäftsjahr 2019 als „ausgezeichnet“ bewertet. „Alle Aktivitäten legen bei den Einnahmen zu“, stellt Yves Baustert, Mitglied der Geschäftsleitung, fest. Auch im Nullzinsumfeld bieten die Versicherer weiterhin traditionelle Produkte mit Zinssätzen an. Die neuen Verträge bieten allerdings einen Satz von null Prozent brutto an. „Nur das Anfangskapital ist garantiert“, so Baustert.

Rückgang im ersten Semester 2020

Angesichts der Corona-Krise sieht das Geschäftsjahr 2020 weniger günstig aus: Während das Geschäft in der Nichtlebensversicherung aufrechterhalten bleibt, verzeichnet die Lebensversicherung im ersten Semester einen Rückgang von 33,78 Prozent. Dennoch bewegen sich die Solvabilitätsquoten „auf einem komfortablen Niveau und sind am Ende der ersten Hälfte des Jahres 2020 auf ein Niveau zurückgekehrt, das nahe an dem von Ende 2019 liegt“.



Erste Adresse auf Kirchberg

50 Jahre in Luxemburg: Die Deutsche Bank

Von Marco Meng

Gleich zwei Jubiläen feiert Deutschlands größtes Geldinstitut: Das Mutterhaus wird 150, die Tochtergesellschaft in Luxemburg 50 Jahre alt.

Hundert Jahre nach der Gründung der Deutschen Bank am 10. März in Berlin durch „Allerhöchsten Erlass Sr. Majestät des Königs von Preußen“ und auf Initiative des Privatbankiers Adelbert Delbrück und des Politikers und Währungsfachmanns Ludwig Bamberger war Luxemburg 1970 das erste Land, in dem die Deutsche Bank nach dem Zweiten Weltkrieg eine Auslandstochter gründete. Insgesamt zählte das Land damals keine 40 Geldinstitute.

Dass der deutsche Bankkonzern von Beginn an ein international ausgerichtetes Institut sein sollte, zeigt übrigens schon der Name, den die Gründer ihr gaben: Deutsche Bank – ein Jahr noch vor der Gründung des Deutschen Reiches. Diese internationale Ausrichtung war auch der Grund dafür, ins Großherzogtum zu kommen: die Bank auf dem wachsenden Markt nicht der Konkurrenz zu überlassen, wie beispielsweise der Dresdner Bank, die schon drei Jahre zuvor in Luxemburg eine Tochtergesellschaft gegründet hatte. Luxemburg wurde damals zur globalen Drehscheibe für den Euromarkt.

Von der Rue Strasbourg zum Kirchberg

Ekkehard Storck, der langjährige erste Chef der Deutschen Bank in Luxemburg, hat nicht nur wesentlich zum Gedeihen des Finanzplatzes und des Euromarkts beigetragen, sondern mit „Globale Drehscheibe Euromarkt“ auch ein Standardwerk dazu verfasst.

Zuerst hatte die „Compagnie Financière de la Deutsche Bank“ genannte Bank mit elf Mitarbeitern ihren Sitz in der Rue de Strasbourg nahe dem hauptstädtischen Hauptbahnhof, zog dann 1977 – mit nun 50 Mitarbeitern war der Platz knapp geworden – in ein Bürohochhaus am Boulevard Royal und von dort, nach der Umfirmierung

in „Deutsche Bank Luxembourg SA“ und dem Einstieg ins Privatkundengeschäft, als erste Bank in das damals neue Hauptstadtviertel Kirchberg, das bis dahin nur EU-Behörden beherbergte.

Dort bezog sie 1991 das seit 1989 vom berühmten Kirchenbauer Gottfried Böhm errichtete Gebäude, das heute nicht nur wegen seiner Architektur, sondern auch wegen seiner Akustik geschätzt ist. Es heißt, es biete nach der Philharmonie den zweitbesten Raumklang im Großherzogtum, was die Bank auch jährlich für ihr Neujahrskonzert, das dieses Jahr pandemiebedingt ausfallen wird, nutzt. Als Teilnehmer der Private Art Kirchberg öffnet die Bank alle zwei Jahre der interessierten Öffentlichkeit ihre Türen, um ihre Kunstsammlung und spezielle Ausstellungen zu zeigen.

Die Immobilie selbst hat der Mutterkonzern vor Jahren an den US-Finanzinvestor Blackstone verkauft. Rund 50 Millionen Euro soll der Bau damals gekostet haben. Über den Verkaufspreis des quadratischen Baukörpers mit seiner offenen Bürolandschaft und der auffälligen Glaskuppel am Boulevard Konrad Adenauer wurde Still-schweigen vereinbart. Durch ihren Umzug Anfang der 1990er Jahre hatte die Deutsche Bank großen Anteil daran, auf Kirchberg ein Finanzzentrum zu schaffen.

Nur vier Geschäftsführer in einem halben Jahrhundert

Ekkehard Storck, geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Bank Luxembourg, hat die Geschicke der Luxemburger Deutsche-Bank-Tochter seit ihrer Gründung im Jahre 1970 geleitet.

Im Juni 1998, nach 28 Jahren, wurde Ernst Wilhelm Contzen sein Nachfolger als Chef der Deutschen Bank Luxembourg; der Rheinländer wurde auch – als erster Nicht-Luxemburger – Präsident der Luxemburger Bankenvereinigung ABBL, die er während seiner zweimaligen Amtszeit von 2010 bis 2014 mitprägte. Nach Contzens Renteneintritt über-

nahm Boris Liedtke, der allerdings nur zwei Jahre blieb. Dann wurde Frank Krings im April 2016 Chief Country Officer der Deutschen Bank Luxembourg. Contzen selbst blieb als Rentner nach seinem Karriereende bei der Deutschen Bank nicht nur im Großherzogtum, sondern ist mittlerweile auch Luxemburger Staatsbürger.

Im Laufe der Zeit vergrößerte sich die Deutsche Bank Luxembourg durch Übernahmen, wie zum Beispiel von Bankers Trust; andere Zukäufe, wie den der Bank Sal. Oppenheim stieß sie unterdessen wieder ab. Von Randbereichen wie Versicherungen trennte sich die Deutsche Bank Luxembourg ebenfalls wieder, während die Deutsche Postbank in Munsbach ins Unternehmen integriert wurde.

Auch zur positiven Entwicklung der kollektiven Vermögensverwaltung mit Investmentfonds, die seit Mitte der 1980er Jahre zu einem Pfeiler des Finanzplatzes Luxemburg wurde, trug die Deutsche Bank Luxembourg im Laufe ihrer Geschichte bei. Die zur Deutschen Bank gehörende DWS zählt zu den weltweit größten Vermögensverwaltern und hat in Luxemburg mehr als tausend Fonds. Intern, innerhalb des Deutsche-Bank-Konzerns, hat die Deutsche Bank Luxembourg zuletzt zwar ihren Anteil am Fondsgeschäft „Deutsche Asset Management“ (seit 2019 „DWS Investment S.A.“) übertragen, deren Geschäftssitz allerdings nach wie vor Luxemburg ist und die unverändert zum Deutsche-Bank-Konzern gehört. So kommt es, dass der Bankkonzern in Luxemburg insgesamt 570 Mitarbeiter beschäftigt; die Deutsche Bank Luxembourg selbst zählt rund 300 Mitarbeiter aus 22 Nationen, etwa 75 Prozent davon sind Grenzgänger.

2010 stiftete die Deutsche Bank der 2003 gegründeten Luxembourg School of Finance an der Universität Luxemburg einen Lehrstuhl für „Finanzen“, der Forschungsfragen im Bereich Banking and Finance mit Anwendungen für den Bankenplatz Luxemburg behandeln sollte. Er hatte allerdings nur von 2012 bis 2016 Bestand.

Laut Geschäftsführer Krings, der inzwischen auch zum Verantwortlichen der Deutsche-Bank-Gruppe für Westeuropa ernannt wurde einschließlich Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Schweiz, fokussiert sich das Institut wieder auf seine Hauptstand-

beine Investmentbanking, Unternehmensfinanzierungen – Kredite im dreistelligen Bereich sind die Regel – sowie Vermögensverwaltung von mehr als zweitausend vermögenden Privatkunden in der EU und ausgewählte Märkte. Ende 2019 hatte die Deutsche Bank Luxemburg Darlehen über 12,3 Milliarden Euro vergeben, darunter Lombard-Darlehen und Hypothekendarlehen an Privatkunden sowie Kredite an Unternehmen und institutionelle Kunden.

*Wichtiger Standort
innerhalb des Konzerns*

Der Bankkonzern bündelt in Luxemburg das Wealth Management innerhalb der Europäischen Union, wobei auch das AAA-Rating Luxemburgs wichtig ist. „Steuern sind kein Grund mehr für Kunden, nach Luxemburg zu kommen“, sagt Krings. Das Argument

„Bankgeheimnis“, mit dem viele Auslandsbanken seit den 1980er Jahren aktiv Geld nach Luxemburg holten – die Deutsche Bank in Luxemburg war 1987 ins Privatkundengeschäft eingestiegen –, ist seit 2015 passé. Manche andere Tochtergesellschaft von einst zahlreich am Luxemburger Finanzplatz vertretenen deutschen Kreditinstituten wurde seitdem deswegen abgewickelt.

Die Deutsche Bank Luxembourg verbuchte für das Jahr 2019 einen Überschuss von 88 Millionen Euro. Bei einem Eigenkapital von rund sechs Milliarden Euro belief sich die Bilanzsumme des Luxemburger Hauses zum 31. Dezember 2019 auf 30 Milliarden Euro. Damit ist sie die größte Auslandsbank in Luxemburg.

Auf einen Blick

1970 ging die Deutsche Bank in Luxemburg an den Start mit zu-

erst elf Mitarbeitern. 1991 war sie die erste Bank, die auf den Kirchberg zog, wo sie heute rund 300 Mitarbeiter zählt. Mit einer Bilanzsumme von 30 Milliarden Euro ist sie die größte Auslandsbank in Luxemburg.

In seiner 50-jährigen Luxemburger Geschichte hatte das Bankhaus eine auffallende Besonderheit, nämlich nur vier Chefs:

1970-1998 Ekkehard Storck
(28 Jahre)

1998-2013 Ernst Wilhelm Contzen
(16 Jahre)

2014-2016 Boris Liedtke
(zwei Jahre)

2016 bis heute Frank Krings, der gleichzeitig auch Verantwortlicher der Deutsche Bank-Gruppe für Westeuropa einschließlich Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Schweiz ist.

„Gestaltungsspielraum klug nutzen“

Der Vorstandsvorsitzende Frank Krings über Standortvorteile Luxemburgs – heute und morgen

**Interview: Pierre Leyers
und Marco Meng**

Die Deutsche Bank in Luxemburg ist mit dem Finanzplatz groß geworden. Oder ist es andersherum? Die Geschichte der größten Auslandsbank am Platz spiegelt sich im Aufstieg Luxemburgs zu einem großen internationalen Finanzzentrum. Wie geht die Deutsche Bank Luxembourg S.A. heute mit ihrem 50-jährigen Erbe um? Wo will sie in fünf, in zehn Jahren sein? Ein Gespräch mit Frank Krings (48), ihrem Vorstandsvorsitzenden.

Frank Krings, die Deutsche Bank feiert 50 Jahre Bestehen am Finanzplatz. Was bedeutet es für Sie, als Generaldirektor, diese doch schon etwas geschichtsträchtige Institution zu führen?

Diese Institution auf Zeit anvertraut zu bekommen, ist gleichermaßen Privileg und Ansporn. In den vergangenen fünf Jahrzehnten haben Diskontinuitäten, Verwerfungen und Krisen das internationale Umfeld, in dem unsere Bank seit der Gründung agiert, wiederholt maßgeblich und nachhaltig beeinflusst. Ob die Ölpreiskrise in den 1970er-Jahren, die Verschuldung in Entwicklungs- und Schwellenländern in den 1980er-Jahren, der Fall des Eisernen Vorhangs, die deutsche Wiedervereinigung, oder die Weltfinanzkrise am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends. Und jetzt, im Jubiläumsjahr, befinden wir uns inmitten einer weltweiten Gesundheitskrise mit absehbar tiefgreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. In solchen Situationen und Phasen an Bord und Teil der Lösung zu sein, motiviert und verpflichtet.

Im Vorwort zu dem Buch, das Ihre Bank aus Anlass des Jubiläums herausgibt, bezeichnen Sie die aktuelle Gesundheitskrise als „epochal“. Was bedeutet Corona für

Sie als Manager dieser Bank?

Anfang März, in unserer letzten Mitarbeiterversammlung, sagte ich zum Schluss: „Es wird sehr lange dauern, bis wir uns in dieser Form hier persönlich wiedersehen“. Der Satz hat damals für Raunen im Team gesorgt.

Sehen Sie eine Rückkehr zur Normalität? Wenn ja, für wann?

Auch ich werde keinen festen Zeitpunkt nennen können. Wenn es eine medizinische Lösung gibt, dann können wir zu einer relativen Normalität zurückkehren. Ich glaube aber nicht, dass dies der „Statut quo ante“ sein wird. Wir werden in den unterschiedlichsten Bereichen, vom Zusammenleben über Homeoffice bis zur Finanzmarktstabilität langfristige Veränderungen sehen.

Sie sind seit Neuestem innerhalb der Deutsche Bank-Gruppe verantwortlich für Westeuropa: Bei so viel Zuständigkeit riskieren Sie vielleicht, das kleine Luxemburg aus dem Blickfeld verlieren?

Ganz im Gegenteil! Wir haben in den vergangenen viereinhalb Jahren unser Geschäftsmodell und das Profil Luxemburgs bei Kunden, am Markt und innerhalb des Konzerns entschieden geschärft und zukunftsgerichtet weiterentwickelt. „Made in Luxemburg“ ist heute ein gefragter Exportartikel. Dies gilt für die Unternehmensfinanzierung, die Konsortialführerschaft, das Wealth Management, das Fondsgeschäft, und es gilt auch für die Führungskräfte. Insofern umfasst die Region Westeuropa neben Luxemburg mit Belgien, Frankreich und der Schweiz alle Länder, in denen die Deutsche Bank aktiv ist, und in denen Französisch nicht immer die ausschließliche, aber doch eine sehr wichtige Sprache ist. Die Rolle des vielsprachigen Luxemburgs in Westeuropa und der ganzen EU ist und bleibt mithin eine zentrale.

Der Standort Luxemburg ist international ausgerichtet, aber hat die Deutsche Bank Luxemburg auch Kunden und Geschäft in Luxemburg selbst?

Ja, und dies in allen drei Säulen unseres Geschäftsmodells, d.h. der Corporate Bank, der Investment Bank und der International Private Bank, jeweils mit Fokus auf eher großvolumiges Geschäft. Filialgestütztes Bankgeschäft für Privat- und Geschäftskunden treiben wir in Luxemburg dagegen nicht, insofern verbinden uns mit den in diesem Bereich führenden hiesigen Häusern häufig langjährige vertrauensvolle und konfliktfreie Geschäftsbeziehungen auf institutioneller Ebene.

Gefährdet die Coronakrise den Finanzplatz Luxemburg und damit auch das Luxemburger AAA-Rating?

Die derzeitige Covid-19-Krise ist und wird eine Belastungsprobe für öffentliche Haushalte weltweit sowie eine Kraftanstrengung für das Banksystem mit Blick auf dessen Fähigkeit, in und nach der Krise den wirtschaftlichen Entwicklungspfad von Unternehmen, Selbstständigen, privaten Haushalten und öffentlichen Stellen wirksam zu unterstützen. Eine Situation wie in der internationalen Finanzkrise am Ende des letzten Jahrzehnts sehe ich gleichwohl nicht. Um es vereinfachend gleichwohl plastisch auszudrücken: Die massive kurzfristige Verknappung von Liquidität im Weltfinanzsystem in 2008/2009 entsprach einem Herzinfarkt; ein solcher bietet in der Regel kaum Reaktionszeit und endet mitunter unmittelbar fatal. Langfristige Belastungen der Kapitalbasis des Finanzsystems dagegen entsprechen anderen Krankheitsbildern, diese sind für Kapitaleigner schmerzhaft, für das Umfeld belastend, mitunter langwierig, bleiben aber in vielen Fällen heilbar. Allein die Kur mag nicht

jedem schmecken, und oftmals geht es nicht ohne die Unterstützung Dritter. Für Luxemburg insgesamt bleibe ich zuversichtlich. Die haushalts- und gesellschaftspolitische Ausgangslage gibt dem Großherzogtum entscheidenden Gestaltungsspielraum. Diesen gilt es klug zu nutzen.

Sie sind Mitglied im Vorstand der ABBL: Was muss der Finanzplatz Luxemburg tun, um auch noch in zehn Jahren relevant zu sein?

Standortvorteile von früher sind passé. Es gab Unterschiede in bankaufsichtsrechtlichen Regelwerken, Unterschiede in der Fiskalität, bei den Mindestreserven – all dies ist aus unserer Sicht vollständig in den Hintergrund getreten. Die heutigen Standortvorteile Luxemburgs sind Reagibilität und Schnelligkeit im Antwortverhalten. In Europa – ja, der ganzen Welt – kennen die aufsichtsrechtlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen nur eine Richtung, die der internationalen Angleichung. Geschwindigkeit ist daher ein wichtiges Differenzierungsmerkmal. Angleichung heißt ja nicht, dass es keine gesetzlichen Novellen mehr geben wird. Diese Gelegenheiten gilt es zu nutzen. Jedes Land der EU hätte Anfang der 1980er-Jahre das, was heute die UciTs sind, machen können. Die Spielregeln waren die gleichen für alle. Luxemburg war einfach schneller und flexibler als andere. Offenheit für Veränderungen, und das hervorragende Triple-A-Rating – das sind die Eigenschaften, die Luxemburg sich bewahren muss, jetzt und in zehn Jahren.

● „Made in
● Luxemburg“ ist
heute ein gefragter
Exportartikel.

Luxemburg auf der Überholspur

RANKING Wettbewerb der Finanzzentren

Christian Müller

Der Luxemburger Finanzplatz darf aufatmen. Nachdem er im Ranking der internationalen Finanzplätze letztes Jahr auf den 30. Platz weltweit (und auf den 6. in Europa) abgerutscht war, zeigt im aktuellen „Global Financial Centres Index“ (GFCI) der Pfeil wieder deutlich nach oben.

„Luxemburgs Finanzplatz auf Platz eins in der Europäischen Union“, freute sich Luxembourg for Finance (LFF) Ende letzter Woche in einer Pressemitteilung. Die führende Position Luxemburgs innerhalb der EU spiegelt die Stabilität und die Kompetenz des internationalen Finanzzentrums wider, insbesondere in Krisenzeiten, so die Agentur.

Nachdem sich der Finanzplatz bereits in der letzten Ausgabe des GFCI im März dieses Jahres verbessert hatte, hat er im September-Ranking noch einmal deutlich zugelegt. Um insgesamt sechs Plätze konnte sich das Großherzogtum verbessern. Es gilt nun als der 12. wichtigste Finanzplatz weltweit. In Europa liegen wieder nur London und Zürich vor Luxemburg.

In der Eurozone ist das Land erneut auf Platz eins, wie bereits Anfang 2017. Edinburgh (13), Genf (14), Frankfurt (16) und Paris (18) hat Luxemburg wieder hinter sich gelassen. „Das Land hat Stärke gezeigt“, schreibt LFF. „Mehr als 60 Finanzinstitute haben das Großherzogtum als ihr Post-Brexit-Tor zum EU-Binnenmarkt ausgewählt.“ Die irische Hauptstadt Dublin, die im Sektor der Investmentfonds als Wettbewerber Luxemburgs zählt, schafft es weltweit nur auf Platz 34, hinter Amsterdam (22).

Im März 2007, als das Ranking erstmals erstellt wurde, belegte das Großherzogtum Platz 26 in der Welt. Andere europäische Finanzzentren wie Frankfurt und Paris lagen damals mit dem 6. bzw. 11. Platz weltweit klar vor Luxemburg. Ihre Spitzenpositionen mussten sie jedoch nach und nach vornehmlich an asiatische Großstädte abgeben. Ganz vorne mit dabei sind heute Städte wie Schanghai (3), Tokio (4), Hongkong (5), Singapur (6), Peking (7) und Schenzhen (9).

Ein wichtiges Marketing-Instrument

Der „Global Financial Centres Index“ ist ein wichtiges Marketing-Instrument für Finanzstandorte. Untersucht werden Aspekte wie Geschäftsumfeld, Entwicklung des Finanzsektors, Infrastruktur, Fachwissen der Mitarbeiter, Ruf des Platzes und einige „generelle Faktoren“. Hinzu kommen die Ergebnisse einer Online-Umfrage. Erstellt wird das Ranking von Z/Yen Partners mit dem China Development Institute. Zweimal im Jahr wird eine neue Ausgabe veröffentlicht.

Im aktuellen Ranking des GFCI hat Luxemburg im weltweiten Vergleich nicht nur Plätze wettgemacht, sondern auch noch vier zusätzliche Bewertungspunkte (bei insgesamt 719 Punkten) erhalten. Jedoch haben Luxemburgs Wettbewerber nur eine Handvoll Punkte weniger, das Rennen verspricht somit auch in Zukunft eng zu bleiben. Die Nummer eins des Rankings, New York, hat 770 Punkte.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Harmonisch in der Krise

Tripartite der Luftfahrtbranche: Minister Bausch gibt Beschäftigungsgarantie als Ziel vor

Von Thomas Klein

Die Stimmung war nach der gestrigen Tripartite-Sitzung der Luftfahrtindustrie trotz der Krisensituation erstaunlich positiv, fast harmonisch. Dazu trug sicherlich das Machtwort von Mobilitätsminister François Bausch bei, der im Namen der Regierung - der luxemburgische Staat ist Mehrheitsaktionär bei Cargolux und Luxair - eine Beschäftigungsgarantie als Ziel der Verhandlungen ausgab. Es müsse eine Lösung gefunden werden, bei der keiner der Angestellten arbeitslos würde.

Am Donnerstagmorgen hatte die zweite Sitzung des Sozialdialogs nach dem letzten Treffen Mitte Juli stattgefunden. Dieser war nötig geworden durch die massive Krise, in die das Corona-Virus die Luftfahrtbranche gestoßen hatte. „Wie ich beim letzten Treffen schon gesagt habe: Es geht der Luxair schlecht. Heute geht es uns nicht besser und vor allem nicht so gut, wie wir gehofft hatten“, sagte Gilles Feith, Chef der Luxair, in der Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung. „Die zweite Welle und das ‚Blacklisting‘ Luxemburgs haben Luxair zehntausende Passagiere gekostet und 20 Millionen Euro Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr.“

Unsichere Zukunft

Die Luxair gehe durch eine

schlimme Krise; die Covid-Pandemie habe strukturelle Probleme bei dem Unternehmen noch verstärkt, sagte Patrick Dury, Nationalpräsident des LCGB. „Es weiß heute noch niemand, wie die Luftfahrtbranche sich durch die Krise verändern wird und wie sich das auf die Luxair auswirkt“, so der Gewerkschaftsführer. Man sei sich einig, dass die Branche im kommenden Jahr noch längst nicht über den Berg sei, sondern noch in den nächsten zwei bis drei Jahren mit massiven Problemen konfrontiert sei, sagte Michelle Cloos, OGBL-Zentralsekretärin für den Bereich Zivile Luftfahrt. Auch Minister Bausch rechnet damit, dass die Branche frühestens 2023 wieder zur Normalität zurückfindet.

Neben der Luxair nahmen auch der CEO von Cargolux, Richard Forson, und der Chef des Flughafenbetreibers Luxairport, René Steinhaus, an den Gesprächen teil. Im Vergleich mit der Luxair kommen die anderen beiden Unternehmen bisher relativ gut durch die Krise.

Verhaltener Optimismus

Das Frachtgeschäft von Cargolux entwickelte sich sogar gut, weil aktuell weniger Waren von Passagierfliegern mittransportiert werden. Dennoch warnte Forson vor übertriebenem Optimismus. Es sei

gut möglich, dass eine gesamtwirtschaftliche Krise und geringerer Konsum mittelfristig auch das Luftfrachtaufkommen senke. „Cargolux ist bereit, ein Teil der Lösung für den luxemburgischen Luftfahrtsektor zu sein, aber nicht auf Kosten der Tragfähigkeit des Unternehmens“, so Forson.

Ähnlich vorsichtig beurteilt auch René Steinhaus die Situation bei Luxairport. „Seit wir uns das letzte Mal getroffen haben, haben alle in der Industrie ihre Voraussetzungen korrigiert, auch wir. Wir haben einen stabilen Betrieb, allerdings auf einem sehr geringen Niveau“, so der Flughafenchef.

Bis zur nächsten Tripartite-Sitzung am 7. Oktober soll nun ein Gesamtpaket geschnürt werden, das die Zukunftsfähigkeit des ganzen Luftfahrtsektors im Großherzogtum sichern soll, so Minister Bausch. Dazu sollen auch Beamte des Mobilitäts-, des Arbeits- und des Finanzministeriums an einer entsprechenden Arbeitsgruppe teilnehmen. Das Ziel müsse sein, die zur Verfügung stehenden sozialen Instrumente wie Vorruhestandsmodelle zu nutzen und die notwendigen Kostensenkungsmaßnahmen „auf luxemburgische Art und Weise“ sozial abzufedern, so Minister Bausch.

Bis spätestens Mitte Oktober will der Minister im Rahmen der Tripartite eine Lösung gefunden

haben, mit der auch die privaten Anteilseigner der beteiligten Unternehmen leben können und die über 2021 hinaus langfristig tragfähig sei. An konkreten Maßnahmen schlugen die Gewerkschaften zum Beispiel vor, dass es einen bedarfsgerechten „Austausch“ von Mitarbeitern zwischen den beteiligten Unternehmen geben könnte. Da Cargolux eine ungünstige Alterspyramide bei den Mitarbeitern aufweise, könnten die älteren Piloten dort in Ruhestand gehen und nach entsprechender Weiterbildung durch Luxair-Piloten ersetzt werden.

Insgesamt lobten alle Beteiligten die konstruktive Atmosphäre, in der die Gespräche stattfanden. Er sei morgens eher pessimistisch in die Sitzung reingegangen, sei aber jetzt überzeugt, dass es gelinge, die Wirtschaftsaktivitäten der Unternehmen zu sichern, ohne dass es zu Arbeitsplatzverlusten kommt, so Dury.

Es weiß heute noch niemand, wie die Luftfahrtbranche sich verändern wird.

Patrick Dury

Streit in der Luftfahrt entschärft

Die Beteiligten der gestrigen Tripartite-Sitzung geben sich optimistisch

Luxemburg. Dass die Covid-Pandemie die Luftfahrt in eine tiefe Krise gestürzt hat, ist kein Geheimnis. Airlines werden daher auch hierzulande nicht um tief greifende Maßnahmen herumkommen. Daher wurde schon Mitte Juli eine

Tripartite-Sitzung einberufen, um diesen Prozess möglichst sozialverträglich zu gestalten. Gestern trafen sich Vertreter der Regierung, der Unternehmen und der Gewerkschaften zum zweiten Mal in diesem Rahmen. Alle Beteiligten betonten die positive und kons-

truktive Atmosphäre der Gespräche und gaben sich optimistisch, bis spätestens Mitte Oktober zu einer Lösung zu kommen, mit der alle Seiten leben können. Mobilitätsminister François Bausch sagte auf einer Pressekonferenz nach der Sitzung, man wolle die Maß-

nahmen, „auf Luxemburger Art und Weise“ sozialverträglich abfedern. Als Ergebnis der Tripartite-Verhandlungen soll eine Beschäftigungsgarantie stehen. Die nächste Sitzung im Rahmen des Sozialdialogs soll am 7. Oktober stattfinden. Bis dahin wird in einer Arbeitsgruppe weiter daran gearbeitet, die heimische Luftfahrtindustrie zukunftsfähig zu machen. *ThK*

Keine Entlassungen bei Luxair

TRIPARTITE LUFTFAHRT „Cellule de reclassement“ und Plan bis 2023

Robert Schneider

Die gute Nachricht vorweg: Bei Luxair wird es in den nächsten Jahren keine Corona-bedingten Entlassungen geben. Hierauf wurde sich im Rahmen der sektoriellen Tripartite für den Bereich Luftfahrt geeinigt. Eine Arbeitsgruppe, die am Dienstag ihre Arbeit aufnehmen wird und ebenfalls aus Vertretern von Regierung, Luxair und Gewerkschaften zusammengesetzt ist, soll einen Plan für die gesamte Branche entwickeln, der bis zum Jahr 2023 und darüber hinaus zur Absicherung des Sektors beitragen soll.

Nach der Tripartite-Sitzung vom Donnerstag herrschte eine einigermaßen entspannte und zuversichtliche Stimmung unter den Teilnehmern; noch am Morgen vor der Sitzung hatte dies anders ausgesehen als mehrere hundert Mitarbeiter der Luxair auf der place de l'Europe vor dem Transportministerium protestierten. Bis dahin hatte ein Plan der Luxair-Direktion vorgelegen, der eine ganze Reihe von sozialen Einschnitten für die Beschäftigten vorsah, u.a. das Einfrieren der Löhne und das Aussetzen des sog. „13. Monats“ während der drei kommenden Jahre, das Wegfallen diverser Prämien, die Abschaffung von Pausen usw., usf. Die Vorschläge der Gewerkschaften zur Nutzung zahlreicher bestehender legaler Möglichkeiten zur Abfederung der sozialen Auswirkungen der Krise in der Passagierluftfahrt seien von der Direktion des Unternehmens nicht berücksichtigt worden, so der Vorwurf der Demonstranten.

Während der Verhandlungs-

runde allerdings wurden all diese Möglichkeiten in Betracht gezogen und so konnte nicht nur Transportminister François Bausch vermeiden, dass Entlassungen bei Luxair vom Tisch seien und dass die sozialen Auswirkungen abgedeckt würden, auch die Gewerkschaftsvertreter Patrick Dury (LCGB) und Michelle Cloos (OGBL) äußerten eine gewisse Zuversicht und begrüßten die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die dem Unternehmen Perspektiven auch nach 2023 bieten soll.

Gesamtpaket inklusive neuer Investitionen

Wie Bausch erläuterte, sollen also nun alle Instrumente genutzt werden, die dem Sozialabbau entgegenwirken können und den Abbau von Personalüberschüssen begleiten werden; Maßnahmen, die während der sektoriellen Tripartite-Sitzung auch von Finanzminister Gramagna und Arbeitsminister Kersch gutgeheißen wurden. Hierzu gehören die Schaffung einer „Cellule de reclassement“, Vorruhestandsmöglichkeiten, das zeitweilige Ausleihen von Personal an andere Unternehmen (so könnten Luxair-Piloten und -Mechaniker nach entsprechender Weiterbildung etwa für Cargolux arbeiten), die Nutzung der Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit usw.

François Bausch verwies nach der Sitzung auch darauf, dass die Luftfahrt nach den zu erwartenden schwierigen Jahren 2020, '21, '22 und '23 ab 2024 eine andere sein werde als im Vor-Corona-Jahr 2019. Es seien z.B. weniger internationale Kon-

ferenzen zu erwarten, die jetzt gemachten Erfahrungen mit Video-Treffen würden sich wohl nachhaltig negativ auf die Geschäftszahlen von Fluggesellschaften auswirken. So müssten in dem angestrebten Gesamtpaket auch Investitionen vorgesehen werden, die der Luxair Perspektiven auch nach 2024 bieten würden.

Neue Gebäude, neue Flugzeuge

Wie Luxair-Direktor Gilles Feith erklärte, würden diese Investitionen Gebäude, Infrastruktur und nicht zuletzt auch neue Flugzeuge betreffen. Es gehe der Luxair schlecht, so der neue Mann an der Spitze der Fluggesellschaft, das Schlimmste habe allerdings verhindert werden können. Dank einer neuen kommerziellen Strategie sei im Sommer kein weiteres Geld verloren worden. Die jetzt festgelegte Vorgehensweise sei die bestmögliche, so der CEO.

Eine nächste Tripartite-Runde wird am 7. Oktober über die Bühne gehen, bis dahin soll die Arbeitsgruppe konkrete Vorschläge vorgelegt haben.

Für Cargolux war 2020 übrigens ein gutes Jahr, dieses außerordentliche Hoch werde aber in den kommenden Jahren kaum wiederholt werden können, da es zwar auch mit der Krise, diesmal aber unter anderen Vorzeichen zu tun hatte. Die wirtschaftliche Lage bei LuxAirport ist stabil, dies aber auf niedrigem Niveau. Es wird wohl mehrere Jahre dauern, bis die Rekordwachstumswerte der vergangenen Jahre wieder erreicht werden können.

Was lange währt, wird endlich eröffnet

Nationalstraße 10 zwischen Dasburg-Pont und Marnach nach 17 Monaten wieder für den Verkehr freigegeben

Marnach. Sie hatte viele Jahre lang den schmeichelhaften Ruf, die marrodeste Straße des Landes zu sein. Doch nun präsentiert sich die ehemalige Holperpiste zwischen Marnach und Dasburg-Pont in bestem Zustand und wird den Ansprüchen einer Nationalstraße wieder voll gerecht.

Nach 17 Monaten konnte die nicht einfache Baustelle, die insgesamt vier Millionen Euro verschlang, nun abgeschlossen werden. Vor wenigen Tagen wurde die 4,22 Kilometer lange kurvenreiche Strecke denn auch wieder für den Verkehr freigegeben.

Mehr als zehnjährige Planungen und Studien

Nach mehr als zehnjährigen Planungen, Studien und Variantenprüfungen, des Versprechens, Verschiebens und Vertröstens war die heiß ersehnte Sanierung der Straße Anfang April 2019 endlich in Angriff genommen worden. Die vielen Einheimischen, aber auch Pendler aus dem deutschen Grenzgebiet mussten sich fortan andere Wege zu ihrem Ziel suchen, andere Wege, die in vielen Fällen weite Umwege waren.

Dass die Sanierung des N 10-Teilstücks überhaupt 2019 ins Rol-

len kam, ist vielleicht auch einer verärgerten Facebook-Nutzerin zu verdanken, die ein Jahr zuvor wohl bei Minister François Bausch (Déi Gréng) die Erkenntnis reifen ließ, dass der lange schwelende Konflikt zwischen Straßensicherheits- und Naturschutzinteressen nun ein für alle Mal gelöst werden müsse, um auf der N 10 endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

Allerdings führte auch der Umstand, dass man bei der Erneuerung der Straße ein hierzulande noch neuartiges Kalt-Recycling-Verfahren zum Einsatz brachte, bei dem die beschädigten Belagschichten bis zum Unterbau ausgefräst, durch Bindemittelzugabe neu gebunden, verdichtet und wieder eingebaut werden, zu Verzögerungen bei den Planungen. Ebenfalls in die Länge gezogen wurde die Vorbereitung durch eine Reihe Auflagen, die für eine Natura-2000-Zone gelten, in der die Strecke liegt. Nun aber sind die zahllosen Schlaglöcher gänzlich verschwunden, die Holperpiste von einst ist einer sechs Meter breiten Fahrbahn mit angemessener Kurvengestaltung gewichen, und auf dem gesamten Teilstück durch den

nagesystem rundum erneuert.

Da die Strecke wegen der vielen Kurven auch bei Motorradfahrern sehr beliebt ist, wurde eine spezielle Sicherheitsmarkierung aufgetragen, so wie bereits auf der N 25 und dem CR 342. Diese hilft ihnen, die Kurven besser zu berechnen und so die Gefahr eines Zusammenstoßes mit entgegenkommenden Fahrzeugen zu minimieren.

Feinschliffarbeiten zogen sich über Monate hin

Zu Beginn des Jahres schienen die Arbeiten bereits abgeschlossen, auf der Strecke waren keine Arbeitsmaschinen mehr im Einsatz, was denn auch den einen oder anderen dazu verleitet, die aufgestellten Straßensperrschilde zu ignorieren. Allerdings blieben zu dem Zeitpunkt noch abschnittsweise die Leitplanken zu installieren, und auch bei der Errichtung einer Stützmauer oder der Auftragung der Straßenmarkierung stand der letzte Feinschliff noch aus.

Letztendlich hat dann auch noch der coronabedingte Baustopp die Eröffnung der Straße hinausgezögert.

NiM



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Wie ein Formel-1-Wagen

Luxemburg nimmt im neuen europäischen Netzwerk von Superrechnern eine zentrale Stellung ein

Von Thomas Klein

Der Kern aller Forschung ist: Ausprobieren. Man stellt Hypothesen auf und entwirft entsprechende Experimente, um diese zu testen und notfalls zu verwerfen. Jedes forschende Unternehmen weiß, wie teuer das sein kann. Je nach Forschungsgebiet benötigt man Laborausstattung, Personal und in der Regel viel Zeit. Besonders teuer sind aber Fehlschläge. Firmen, die Jahre oder manchmal Jahrzehnte in die Entwicklung eines neuen Medikaments gesteckt haben, stellen plötzlich fest, dass es nicht so wirkt, wie sie es erwartet haben. Um solche Sackgassen zu vermeiden und die Kosten zu senken, versuchen daher Unternehmen zunehmend, die Forschungsarbeit aus den Laboren in Computermodelle zu übertragen. Realistische digitale Modelle können oft Hunderte Laborstunden ersetzen. Die Voraussetzung dafür ist vor allem bei komplexen Modellen, dass die Unternehmen Zugang zu Hochleistungsrechnern haben.

Da diese in der Anschaffung viele Millionen und im Betrieb oft Hunderttausende Euro kosten, leistet sich aber kaum eine Firma einen eigenen Hochleistungsrechner. In Luxemburg ist Goodyear, das einen Großrechner unterhält, um neue Reifen vom Prototypen bis zur Marktreife zu entwickeln, in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Ansonsten richteten sich Unternehmen in Luxemburg, die Bedarf an Hochleistungsrechnern (High-Performance Computing, HPC) hatten, bisher vor allem an die Universität.

Europäische Aufholjagd

Nachdem man in Europa im Bereich HPC lange den USA und China hinterherhinkte, will die EU hier aufrüsten. Im Zentrum der Bemühungen steht die Initiative „EuroHPC“, die das Ziel verfolgt, ein europaweites Netzwerk von Supercomputern aufzubauen. Dabei wird nicht gekleckert. EuroHPC ist für die erste Phase 2019-2020 mit einem Budget von 1,1 Milliarden Euro ausgestattet. Das Ziel ist, bis Anfang 2021 acht weltweit konkurrenzfähige Supercomputer in Betrieb zu nehmen, davon drei im „Pre-Exascale“-Bereich, die in der Sekunde „Hundert Millionen Milliarden“ Rechenoperationen ausführen können und damit aktuell unter den Top 5 der weltweiten Superrechner landen würden, so eine Sprecherin von EuroHPC.

Luxemburg hat zu den Initiatoren der Initiative gehört und wird auch das

Hauptquartier von EuroHPC beherbergen. Derzeit arbeiten schon acht Mitarbeiter in der Zentrale der Initiative in Cloche d'Or. Es soll zusätzliches Personal rekrutiert werden, einschließlich eines Direktors, der im Laufe des Herbstes nominiert werden soll.

Das Luxemburger Flaggschiff in der Initiative soll MeluXina heißen. Der luxemburgische Großrechner soll im ersten Quartal 2021 ans Netz gehen, sagt Roger Lampach, der zusammen mit Pascal Bouvry, einem HPC-Experten der Uni Luxemburg, die Geschicke von MeluXina leiten wird. Damit sei man im Zeitplan, wenngleich die Coronapandemie die Planung behindert habe. „Wir mussten ab einem bestimmten Zeitpunkt alle Gespräche mit den Lieferanten der Hardware über Videokonferenz führen, das hat es nicht einfacher gemacht“, so Lampach. Hinzu kamen epidemiebedingte Lieferengpässe bei manchen Bauteilen. Dennoch soll MeluXina bereits ab Frühling kommenden Jahres kommerziell tätig sein und Rechenleistung an Unternehmen und Forschungseinrichtungen verkaufen.

MeluXina gehört zu den fünf Rechnern im EuroHPC-Netzwerk im Petascale-Bereich, also eine Million Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde. Lampach hofft, dass das zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme reicht, um in die Top 30 der weltweit schnellsten Maschinen einzuziehen. Da sich die Technik rasend schnell weiterentwickelt, sind die Rechner in der Regel nach fünf Jahren veraltet und neue Investitionen sind notwendig. Ein modularer Aufbau soll es daher möglich machen, einzelne Komponenten bei Bedarf auszutauschen, wenngleich das „nicht so einfach ist, wie man vielleicht denkt. Jedes System ist im Prinzip ein Prototyp“, schränkt Lampach ein.

Darüber hinaus habe man bei der Zusammenstellung des Systems darauf geachtet, dass möglichst viele Anwendungen darauf laufen können. „Es gibt an bestimmten Forschungsinstituten Maschinen, auf denen Sie zum Beispiel nur Klimasimulationen laufen lassen. Für so spezialisierte Maschinen haben wir in Luxemburg keine Verwendung, dafür ist der Markt zu klein. MeluXina ist als universelle Maschine ausgelegt und in den Anwendungsmöglichkeiten sehr vielseitig.“

Aufbau eines Kompetenzzentrums

MeluXina wird betrieben von LuxPro-

vide, einer Tochtergesellschaft von LuxConnect, deren Chef Roger Lampach ebenfalls ist. Mit dem neuen Superrechner will das Unternehmen den Kunden nicht nur die reine Rechenleistung anbieten, sondern eine umfassende Dienstleistung inklusive der Begleitung der HPC-Projekte. „Hochleistungsrechner sind ein bisschen wie Formel-1-Wagen. Die Geschwindigkeit nützt mir nichts, wenn ich nicht weiß, wie ich damit umgehen soll“, sagt Lampach. Unternehmen, die ein HPC-Projekt starten wollen, können daher nicht nur Schulungen besuchen. Derzeit wird vielmehr ein Kompetenzzentrum aufgebaut, das den Kunden helfen soll, ihr Forschungsproblem in das richtige mathematische oder physikalische Modell zu übersetzen, das dann von dem Rechner bearbeitet werden kann.

Dazu stellt LuxProvide gerade nicht nur Programmierer ein, sondern auch Physiker und Ingenieure aus bestimmten Branchen wie dem Automobilsektor. „Wenn wir den Kunden helfen wollen, müssen wir ihre Probleme verstehen können“, so Lampach. So sollen in diesem Jahr 20 Spezialisten eingestellt werden, aber je nach Erfolg könnte das Kompetenzzentrum auf bis zu 50 Mitarbeiter anwachsen, schätzt Lampach.

Auch wenn die EU die Anschubfinanzierung geleistet hat und der luxemburgische Staat Anteilseigner ist, handelt es sich bei LuxProvide um ein kommerzielles Unternehmen. „Wir müssen auch Brüssel zeigen, dass sich das finanziell trägt. Daher zahlen die Kunden für die Nutzung der Infrastruktur“, so Lampach. MeluXina richtet sich daher nicht nur an Unternehmen aus Luxemburg, sondern aus der gesamten Großregion. Da der Luxemburger Rechner in das EuroHPC-Netzwerk eingebettet ist, muss ein Drittel der Rechenkapazitäten von MeluXina für EuroHPC-Projekte reserviert werden. Umgekehrt können die Luxemburger aber auch andere Supercomputer anzapfen und sich dort Rechenleistung leihen.

Bei allem Optimismus werden die nächsten Jahre zeigen müssen, ob die Wirtschaft das Angebot annimmt und es in der Region genügend Nachfrage nach Hochleistungsrechnern gibt. „Wir hoffen natürlich alle, dass das eine Erfolgsgeschichte wird, aber ich sehe uns auf einem guten Weg“, schließt Lampach.

Der Supercomputer kommt

ICT Kaufvertrag für „Meluxina“ wurde unterzeichnet

Yves Greis

Luxemburg macht Fortschritte bei der Anschaffung seines Supercomputers „Meluxina“. Im Juni 2019 hatte der damalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider die Anschaffung des Superrechners im Rahmen eines europäischen Projektes angekündigt. Gestern Morgen nun konnten Premier Xavier Bettel und Wirtschaftsminister Franz Fayot einen Meilenstein bei dem Projekt präsentieren – am Montag ist der Kaufvertrag für den 30,4 Millionen Euro teuren Rechner unterschrieben worden.

Die Maschine wird dazu in der Lage sein, 10.000.000.000.000.000 Rechnungen in einer Sekunde durchzuführen (zehn Petaflops). Die Einweihung des Computers wird voraussichtlich im nächsten Frühling stattfinden. Sein neues Zuhause wird der Rechner im Datenzentrum in Bissen finden. Wie Xavier Bettel betonte, handelt es sich bei dem Datenzentrum um eine besonders „grüne“ Einrichtung, die mit regenerativer Energie unterhalten wird.

Datenzentren haben immer einen hohen Energieverbrauch. Insbesondere, da die Rechner Hitze entwickeln und unbedingt gekühlt werden müssen, um funktionieren zu können. Der Standort Bissen hat allerdings einen entscheidenden Vorteil. Dort, auf Roost, befindet sich das Kraftwerk der Firma Kiowatt. Dort werden Pellets hergestellt, aber auch Energie. In einem riesigen Ofen wird altes Holz verfeuert. Tonnenweise altes Holz, etwa Fensterrahmen von abgerissenen Häusern, landet dort. Die Maschinerie produziert sowohl Strom wie auch Wärme. Paradoerweise wird die Wärme genutzt, um das Datenzentrum gleich gegenüber zu kühlen. Bissen wird als „ökologisch“ und als „das erste grüne Datenzentrum der Welt“ vermarktet.

Getauft wurde der Rechner auf den Namen „Meluxina“. Ganz ohne Nation Branding kommt in Luxemburg auch ein Hochleistungsrechner nicht aus. Der Rechner soll in Zukunft der Forschung und der Industrie zur Verfügung stehen. Auf ihm lassen sich zum Beispiel Simulationen von neuen Materialien durchführen. Geht alles nach Plan der Verantwortlichen, dann wird

der Rechner vor allem von der Privatwirtschaft genutzt werden und nur zu einem kleineren Teil von der öffentlichen Forschung. Vor allem kleine und mittlere Betriebe, Start-ups und Betriebe aus dem Bereich der E-Gesundheit sollen im Mittelpunkt stehen.

Zunehmender Rechenbedarf

Der Bedarf an Rechenkapazität nimmt weltweit zu. Das Forschungsgebiet der Künstlichen Intelligenz erlebt derzeit eine Renaissance, weil die heutige Rechenkapazität reicht, um die Ideen aus den 1970er-Jahren umzusetzen und zu testen. Personalisierte Medizin erfordert Rechenleistung. Selbstfahrende Autos brauchen Rechenleistung. Auch Wirtschaftssimulationen brauchen Rechenleistung.

Der Rechner ist nur einer von acht Hochleistungsrechnern, die in Europa entstehen werden: Portugal, Tschechien, Bulgarien, Slowenien werden ebenfalls Supercomputer erhalten. Die drei „Biester“ unter den Supercomputern werden in Spanien, Italien und Finnland ihr Zuhause finden. Diese drei Computer werden als Pre-Exa-Scale-Supercomputer bezeichnet und können mindestens zehnmals so viele Rechnungen in der Sekunde durchführen wie Meluxina.

Meluxina ist jedoch der erste, für den ein Kaufvertrag unterschrieben worden ist. Die Hochleistungscomputer sind Teil der Anstrengungen, Europa in diesem Bereich auf die Landkarte zu setzen. Bislang hinkt der Kontinent hinter Amerika und Asien her. An der Initiative beteiligen sich die Länder der Europäischen Union (Malta hat lediglich eine Beobachterrolle) sowie Island, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Schweden und die Türkei. Großbritannien ist nicht beteiligt.

Den Zuschlag für den Bau von Meluxina erhalten hat das französische Hightech-Unternehmen Atos mit Sitz in Bezons. Der Multi beliefert mit seiner Hightech private und öffentliche Institutionen aus so diversen Feldern

wie der Chemieindustrie, der Bildung und der Rüstungsbranche.

Europasitz in Luxemburg

Auch die Verwaltung aller Supercomputer in Europa wurde in Luxemburg angesiedelt. Das gemeinsame Unternehmen EuroHPC wird von der Europäischen Kommission und den 32 beteiligten Ländern kofinanziert. Die einzelnen Länder, in denen ein Computer installiert wird, können in einem gewissen Rahmen bestimmen, wie mit den Kapazitäten verfahren wird. Anders Jensen, der frischgebackene Direktor von EuroHPC, sagte gestern, die Unterschrift von Kaufverträgen für weitere zur Initiative gehörende Superrechner stehe unmittelbar bevor.

Auf luxemburgischer Seite ist in der Praxis das Unternehmen LuxProvide S.A. verantwortlich. Dabei handelt es sich um eine hundertprozentige Tochter des Datenzentrumsbetreibers LuxConnect. LuxConnect wiederum ist ein Privatunternehmen, das zu 100 Prozent dem Staat gehört.

Luxemburg habe den Zuschlag für einen der Rechner erhalten, weil das Land mit seiner Bewerbung zeigen konnte, dass es über die nötigen Kapazitäten an Rechenzentren verfüge, so Jensen. Auch die ökologischen Aspekte seien dafür ausschlaggebend gewesen, dass Luxemburg den Zuschlag erhalten habe.

Keinen Franken ohne den Supercomputer

Auf ihren Lorbeeren ausruhen können sich die Verantwortlichen allerdings nicht. Sie schätzen, dass die Lebenszeit des Computers lediglich fünf bis sechs Jahre beträgt. Bis dahin soll sich die Investition gelohnt haben. Kunden, die sich bereits verpflichtet haben, gibt es derzeit noch nicht. Dafür aber – glaubt man den Verantwortlichen – eine Reihe von Interessenbekundungen.

Es sei gelungen, ein europäisches Projekt nach Luxemburg zu bringen, das noch dazu zu einem Drittel aus europäischen Geldern finanziert wird und

der Luxemburger Wirtschaft hilft, sich weiterzuentwickeln, sagte Xavier Bettel. Der Premier verbarg nicht, dass es bei dem Projekt auch um die Interessen der Privatwirtschaft und die staatliche Wirtschaftspolitik geht. Zur Frage, ob sich der Computer rechnet, sagte der Premier: „Ich kann nicht versprechen,

dass wir in den nächsten sechs Monaten fantastische Zahlen schreiben werden. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir Gefahr gelaufen wären, dass einige Betriebe keinen Franken mehr in die Forschung in Luxemburg investiert hätten, wenn wir es nicht getan hätten.“



EuroHPC-Direktor Anders Jensen, Wirtschaftsminister Franz Fayot und Premier Xavier Bettel (v.l.n.r.) stellen Luxemburgs Superrechner für das Frühjahr 2021 in Aussicht

Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Motor der digitalen Wirtschaft

Luxemburg unterzeichnet den Vertrag für die Anschaffung des neuen Superrechners MeluXina

Von Thomas Klein

„Wenn Daten der Treibstoff der zukünftigen Wirtschaft sind und Computer der Motor, dann haben wir heute einen großen Schritt getan“, sagte Wirtschaftsminister Franz Fayot gestern auf einer Pressekonferenz zum neuen Luxemburger Supercomputer MeluXina, der im Frühling 2021 ans Netz gehen soll. Vorgestern unterzeichneten Vertreter der Regierung und der Betreibergesellschaft MeluXinas, Luxprovide, einen Vertrag mit dem französischen IT-Dienstleister Atos, der die Hardware für den Großrechner liefern soll. Damit kann jetzt angefangen werden, den derzeit noch leeren Serverraum in Bissen zu befüllen, der bald MeluXina beherbergen soll. In das Projekt fließt ein anfängliches Investment von insgesamt 30,4 Millionen Euro. Dafür soll der Supercomputer mit einer Rechenleistung von 10 Petaflops, was 10 000 000 000 000 000 Rechenoperationen in der Sekunde entspricht, zu den 30 schnellsten Rechnern der Welt gehören.

Meilenstein der Digitalisierungsstrategie

Premierminister Xavier Bettel betonte auf der Pressekonferenz, dass mit dem Bau des Großrechners ein Meilenstein der Luxemburger Digitalisierungsstrategie

erreicht sei. „Das ist wichtig für die Forschung, wichtig für die Industrie“, so Bettel.

Dass die Hochleistungsrechner als so entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung angesehen werden, liegt daran, dass sich die Art und Weise, wie in Unternehmen und Universitäten geforscht wird, gerade fundamental ändert. Teilweise treten heute schon komplexe digitale Modellierungen und Anwendungen künstlicher Intelligenz an die Stelle von Laborarbeit und „Trial and Error“. Gerade teure und risikoreiche Forschung wie die Entwicklung neuer Medikamente wird zunehmend am Rechner betrieben. Daher betont Fayot auch, dass die Rechenkapazitäten MeluXinas zu zwei Dritteln Unternehmen und Start-Ups aus Luxemburg zur Verfügung stehen soll.

Die Tatsache, dass der Großrechner sich nicht in erster Linie an reine Forschungseinrichtungen richtet, sondern an die Industrie, setze MeluXina von anderen Supercomputer-Projekten ab, so der Wirtschaftsminister. Daher ist es auch kein Zufall, dass der Rechner in Bissen in Nähe zum Automotive Campus errichtet wird. Gerade im Automobilsektor werden digitale Simulationen an Bedeutung gewinnen, wie das Beispiel

Goodyear zeigt, das heute bereits einen eigenen Großrechner betreibt. Damit auch Unternehmen, die über keine Vorerfahrungen mit Großrechnern verfügen, das System nutzen können, baut Luxconnect zusammen mit MeluXina ein sogenanntes Kompetenzzentrum auf. Dort sollen Mathematiker und Physiker den Betrieben dabei helfen, ihre Forschungsprobleme in entsprechende digitale Modelle zu „übersetzen“, die MeluXina dann berechnen kann.

Die Unternehmen sollen sowohl für diese Dienstleistung als auch für die gemietete Rechnerzeit bezahlen. Auf diese Weise soll sich Luxconnect als kommerzielles Unternehmen irgendwann selbst tragen können. Roger Lampach, der zusammen mit Pascal Bouvry, einem Experte der Uni Luxemburg für Hochleistungsrechner, die Geschicke von MeluXina leiten wird, schätzt, dass die Technik des Luxemburger Großrechners in fünf Jahren veraltet sein wird. Bis dahin soll das Unternehmen genug Gewinne erwirtschaften, um die dann notwendigen Investitionen auch ohne weitere Finanzspritze des Staates zu stemmen. Luxconnect will zunächst 20 Mitarbeiter einstellen und hat gerade Personalberater beauftragt, nach den richtigen Profilen zu suchen.

Private Forschung in Luxemburg ankurbeln

Tatsächlich könnte der Zugang zu einem Großrechner ein wichtiger Schritt sein, um endlich mehr private Forschung nach Luxemburg zu holen. Denn während sich die Luxemburger Forschungslandschaft inzwischen im internationalen Vergleich sehen lassen kann (Platz 5 im diesjährigen European Innovation Scoreboard), betreiben die Unternehmen hierzulande wenig Forschung.

MeluXina ist Teil von EuroHPC, einer großangelegten Initiative der EU mit dem Ziel, ein europaweites Netzwerk von Supercomputern aufzubauen. Entsprechend kommt ein Teil der Finanzierung für MeluXina aus dem 1,1 Milliarden Euro schweren Topf, der EuroHPC zum Aufbau des Netzwerkes zur Verfügung steht. Neben dem Luxemburger Rechner sollen in den kommenden Jahren sieben weltweit konkurrenzfähige Supercomputer in Betrieb gehen, davon drei im „Pre-Exascale“-Bereich, die in der Sekunde „Hundert Millionen Milliarden“ Rechenoperationen ausführen können. Der Luxemburger Supercomputer stellt ein Drittel seiner Rechenleistung EuroHPC-Projekten zur Verfügung, kann aber dafür auch Kapazitäten von anderen Standorten „leihen“.

EuroHPC-Hauptsitz in Luxemburg

Wenn MeluXina im ersten Quartal 2021 den Betrieb aufnimmt, ist es die erste Maschine in dem neuen europäischen Netzwerk von Großrechnern, das in den nächsten Jahren entstehen soll. Dieses Netzwerk soll von der Initiative EuroHPC aufgebaut und weiterentwickelt werden. Auch hier

spielt Luxemburg eine zentrale Rolle, ist doch das europäische Hauptquartier der Initiative in Cloche d'Or angesiedelt. Seit letzter Woche hat EuroHPC mit dem Dänen Anders Dam Jensen auch erstmals einen eigenen Direktor. Für Jensen ist Luxemburg kein Neuland: Von 2001 bis 2003 war

er der Chef der IT von Cargolux. 2010 gründete er Innovative Software, einen IT-Anbieter für die Logistik und Luftfahrtbranche in Hesperingen. Zuletzt war er für das Management der Informations- und Kommunikationstechnologie der Nato zuständig. „Ich freue mich, nach Luxemburg zurückzukommen und EuroHPC in dieser spannenden Start-Up-Phase zu übernehmen“, sagte er auf der Presse-

konferenz zu MeluXina, seinem ersten öffentlichen Auftritt als Chef der Initiative. Bisher war EuroHPC in der Verantwortung der Generaldirektion Kommunikationsnetze der EU-Kommission. Mit der Einstellung des neuen Direktors wird EuroHPC nun erstmals in die Eigenständigkeit entlassen. *ThK*

Technologies / Société de l'information - Luxembourg

Luxemburg im Netz der Superrechner

Luxemburg. Jahrelang hinkte Europa im Bereich der Hochleistungscomputer hinter China und den USA her. Das soll sich mit der neuen Initiative „EuroHPC“ ändern, die ihren Hauptsitz in Luxemburg hat. In diesem Rahmen soll ein europäisches Netzwerk von Super-

rechnern entstehen. Luxemburg soll in diesem Netz der erste Knotenpunkt werden, wenn im nächsten Jahr der Großrechner MeluXina ans Netz geht. In dieser Woche unterzeichnete die Regierung den Vertrag mit der französischen Firma Atos für die Anschaffung des Supercomputers. Premierminister Xavier Bettel sieht darin einen Meilenstein für die Digitalisierung des Landes. **ThK**

Luxemburger Wort du 30.09.2020 / page 1

Technologies / Société de l'information - Luxembourg

WO STEHEN WIR?

Kein „nice to have“

In der Datenwirtschaft ist die Rechenpower maßgeblich

Eine zehn und 15 Nullen: Schwindelerregende zehn Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde wird der Superrechner MeluXina leisten können, wenn er im kommenden Frühjahr im Datenzentrum von LuxConnect in Bissen in Betrieb geht.

Als erster von insgesamt acht „High Performance Computers“ im europäischen EuroHPC-Netzwerk, das den Kontinent nicht nur zu China und den USA etwa aufschließen lassen soll, sondern es zu einem Weltleader auf diesem Feld machen soll.

In ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union am vergangenen 18. September hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dieses Ziel besonders unterstrichen und angekündigt, in den kommenden Jahren würden weitere acht Milliarden Euro in die nächste Generation von Superrechnern fließen.

Und die dürfte noch wesentlich effizienter sein, als die gegenwärtigen HPCs, die vielleicht sogar eine Trillion - 10 hoch 18 - Rechenoperationen pro Sekunde ausführen können. Infrastrukturen, bei denen „klassische Rechner“ mit Quantencomputern verbunden werden, könnten die Leistung sogar noch darüber hinaus bringen. Die nebenstehende Grafik zeigt, wie die globale Rechenpower bei Hochleistungscomputern in den letzten 25 Jahren förmlich explodierte.

Aber wir können die Entwicklung ja selbst bei unseren privaten Geräten nachvollziehen. Vor einem Vierteljahrhundert dauerte es Ewigkeiten, bis ein klobiger Kasten komplexe Berechnungen abschloss. Heute dauert es Sekunden, wenn nicht sogar Millisekunden, bis das der Fall ist. Jedes Smartphone hat mehr Rechenleistung als ein Top-PC-Anfang zur Jahrtausendwende.

In knapp zwei Jahrzehnten hat die Transformation zur Datenwirtschaft und sogar -gesellschaft Riesensprünge gemacht. Nicht nur wegen der „Hardware“ natürlich, sondern auch wegen der Demokratisierung des Internet-
Lëtzebuurger Journal du 30.09.2020 / page 3

zugangs. Nun soll, wie gestern bei einer Pressekonferenz im Rahmen des gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen ersichtlich wurde, auch hier eine Demokratisierung einsetzen.

HPCs waren bislang meist der öffentlichen Forschung vorbehalten und kommen dort natürlich auch weiterhin zum Einsatz, um komplexe Modelle in allen möglichen Themenbereichen zu berechnen - von Simulationen zur Verbreitung von Viren und der Entwicklung neuer Behandlungsmethoden über meteorologische Phänomene, über das Verhalten von Pflanzen und Tieren unter bestimmten Umständen bis zur Optimierung diverser Prozesse.

Künftig sollen aber auch Unternehmen aller Größen und aus allen Sparten die Infrastrukturen nutzen dürfen, um hochkomplexe Datenabläufe durchzuspielen. Das ermöglicht es ihnen nicht nur, Kosten zu senken, sondern auch schneller zu Resultaten zu gelangen, wie neue Produkte und Dienstleistungen, aber auch einen effizienteren Einsatz ihrer Ressourcen.

Dass Daten heute die Lebensader der wirtschaftlichen Entwicklung sind - die Menge der weltweit produzierten Daten steigt übrigens unentwegt schnell, von 33 Billionen Gigabyte 2018 auf voraussichtlich 175 Billionen im Jahr 2025 - ist überdeutlich.

Aus all diesen Gründen sind, wie Wirtschaftsminister Franz Fayot es gestern formulierte, „High Performance Computer“ keine „nice to haves“.

Außerdem stehen die Maschinen nicht alleine da und rechnen vor sich hin: es braucht hoher Fachkompetenzen, um sie zu betreiben, aber auch um die Nutzer der Infrastruktur zu beraten, wie sie die Supercomputer am besten nutzen.

Das wird auch den Standort Luxemburg, wo EuroHPC angesiedelt ist, als Hort des „Know Hows“ in diesen Bereichen stärken.

CLAUDE KARGER

Union Européenne

Testflug zur Weltrettung

Astronaut Thomas Reiter über den Luxemburger Beitrag zur ESA-Mission Hera

Interview: Thomas Klein

Vor 65 Millionen Jahren beendete ein Asteroideneinschlag das Zeitalter der Dinosaurier auf der Erde. Damit der Menschheit das gleiche Schicksal erspart bleibt, testen jetzt die amerikanische Weltraumorganisation NASA und ihr europäisches Pendant ESA eine Methode, wie man die Flugbahn von Himmelskörpern verändern kann, die auf Kollisionskurs mit der Erde sind. Der Verantwortliche des europäischen Teils der Mission, Thomas Reiter, spricht über die Wahrscheinlichkeit eines Einschlages, die Technologie, die zur Anwendung kommt, und den luxemburgischen Beitrag zu dem Projekt.

Thomas Reiter, kann man beziffern, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass in den nächsten Jahren ein Asteroid auf Kollisionskurs mit der Erde gerät?

Die gute Nachricht ist, dass keiner in den Keller laufen muss, in der Furcht, dass uns der Himmel auf den Kopf fällt. Zwar regnen jeden Tag ungefähr 35 Tonnen Gesteinsbrocken aus dem All auf die Erde ein. Aber das sind alles sehr kleine Objekte mit im Schnitt maximal einem halben Meter Durchmesser und damit ungefährlich. Die zweite gute Nachricht ist, dass wir die wirklich großen Brocken, die 300 Meter und bis zu einen Kilometer Durchmesser haben, weitestgehend entdeckt haben und deren Flugbahn kennen. Da besteht in den nächsten hundert Jahren keine Gefahr. Ein gewisses Risiko besteht allerdings in der Größe dazwischen. Von diesen, wenige hundert Meter großen, Brocken wissen wir, dass es in unserem Sonnensystem ungefähr 30 000 geben muss. In unserer Datenbank haben wir aber bisher nur ca 5 400 Objekte dieser Größe erfasst. Von den insgesamt 23 000 bekannten Objekten stehen gegenwärtig 1 087 in der Risikoliste. Aber auch hier muss man sich in den nächsten Jahrzehnten keine große Sorgen machen.

Wo kommen denn Objekte, die der Erde gefährlich werden können, typischerweise her?

Einige wenige dieser Gesteinsbrocken kommen von außerhalb des Sonnensystems und ihre Flugbahnen werden von der Anziehungskraft der Sonne oder der Planeten verändert. Der Großteil der Objekte kommt aber aus unserem Sonnensystem. Das können zum Beispiel Asteroiden sein, die miteinander kollidieren und dadurch ihre Flugbahn verändern und dann möglicherweise die Erdbahn kreuzen.

Wie lange wäre die Vorwarnzeit in so einem Fall?

Das bewegt sich eher in der Größenordnung von Jahrzehnten oder Jahrhunderten. Es ist nicht zu befürchten, dass man jetzt plötzlich feststellt, dass da ein Objekt in zwei Wochen auf uns zukommt. Wenn die Asteroiden ihre Flugbahn ändern, stürzen sie nicht sofort auf uns zu, sondern bewegen sich weiterhin in Kreisbahnen um die Sonne.

Was würde passieren, wenn tatsächlich ein Asteroid durchkäme und auf der Erde einschlägt?

In nicht allzu ferner Vergangenheit, 2013, ist ein Brocken mit einem Durchmesser von etwa 20 Metern in die Erdatmosphäre eingetreten und in der Region Tscheljabinsk in Russland eingeschlagen. Letztlich sind nur ein paar Splitter auf der Erde angekommen, aber allein die Druckwelle, die dieser Asteroid erzeugt hat, entsprach dem Achtunddreißigfachen der Hiroshima-Bombe. Damals sind über 10 000 Menschen verletzt worden. Objekte, die eine Größenordnung von 100 bis 300 Metern haben, können schon eine ganze Region verwüsten.

Mit den beiden Missionen Dart und Hera soll nun getestet werden, wie solche Einschläge in Zukunft verhindert werden können, indem man die Flugbahn der Asteroiden verändert.

Den Anfang macht die NASA im kommenden Jahr. Können Sie erklären, was da genau passieren soll?

Die NASA-Mission „Double Asteroid Redirect Test“ (Dart) fliegt zu einem ganz speziellen Asteroiden – Didymos. Das ist ein Asteroid mit einem Durchmesser von ungefähr 780 Metern, der einen kleinen Mond, Dimorphos, von ungefähr 160 Metern Durchmesser hat, der ihn in einem Abstand von etwa einen Kilometer umkreist. Das Interessante an diesem kleinen Mond ist, dass er genau in dieser Größenordnung der Objekte ist, von denen wir bisher nur einen Bruchteil kennen und die der Erde tatsächlich mal gefährlich werden könnten. Der Start ist für den Juni kommenden Jahres geplant. Die Sonde wird dann Ende September, Anfang Oktober, 2022 dort ankommen und auf Dimorphos mit einer Geschwindigkeit von etwa sechs Kilometern pro Sekunde einschlagen. Durch den Aufprall soll der Mond geringfügig aus seiner normalen Bahn abgelenkt werden. Das wäre das erste Mal, dass die Flugkurve eines Objektes im Weltall nennenswert von Menschenhand verändert würde.

Worin besteht der europäische Beitrag zu der Mission?

2024 wird die Hera-Mission der ESA starten, um das Resultat des Aufpralls genauer zu untersuchen. Hera wird zwei Minisatelliten aussetzen mit dem Ziel, den Einschlagskrater sowie die Masse und Zusammensetzung des Mondes zu erforschen.

Die so gesammelten Erkenntnisse sollen dann genutzt werden, um irgendwann ein System zur Asteroidenabwehr aufzubauen?

Genau. Um zu verstehen, wie effizient die Methode zur Ablenkung des Asteroiden war, muss man zunächst mal wissen, wie solche Asteroiden beschaffen sind. Wenn Sie zum Beispiel zwei Billardkugeln aufeinanderprallen lassen, gibt die eine ihre Bewegungsenergie an die andere ab. Asteroiden haben aber eine andere Massenverteilung als so eine Kugel, sie bestehen teilweise aus Staub, Eis oder kleineren Gesteinsbrocken. Da geht ein Teil dieser Energie in die Verformung des Objekts. Natürlich ist nicht jeder Flugkörper gleich beschaffen, manche sind ganz solide Körper,

die hauptsächlich aus Metallen bestehen, Kometen hingegen hauptsächlich aus Eis. Aber je mehr wir verstehen, was bei so einem Aufprall passiert, desto besser können wir im Ernstfall reagieren.

Können Sie beschreiben, was der Luxemburger Beitrag zu der Mission ist?

Eine der Hauptaufgaben der Mission besteht darin, die Form und die Oberflächenbeschaffenheit des Mondes zu bestimmen. Einer der Minisatelliten, die wir nutzen, um möglichst viele Daten zu sammeln, heißt Juventas. Bei der Entwicklung des Satelliten haben luxemburgische Unternehmen eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Der kleine Satellit hat verschiedene hochpräzise Instrumente an Bord, mit Hilfe derer wir gewissermaßen in das Innere von Dimorphos schauen wollen. Mit Hilfe von Radargeräten, die von der luxemburgischen Firma EmTroniX entwickelt wurden, kann man in die Tiefe unter die Oberfläche schauen und damit einen Eindruck bekommen, wie der Mond aufgebaut und wie die Dichteverteilung ist. Daneben ist für die Mission noch wichtig, das Gravitationsfeld des Objektes zu bestimmen. Da profitieren wir enorm von Erfahrungen vergangener Missionen zu Asteroiden, wie der Rosetta-Mission.

Die Nische, die sich Luxemburg im Weltall gesucht hat, besteht im Space Mining, also dem Bergbau im Welt-raum. Können solche Missionen dazu beitragen, das notwendige Know-how zu sammeln, um irgendwann Rohstoffe auf Asteroiden abzubauen?

Tatsächlich muss man zu nächst mal Technologien entwickeln, um überhaupt zu solchen Objekten, Asteroiden und Kometen, hinzukommen, diese zu bestimmen, dort sicher zu navigieren und möglicherweise darauf zu landen. Da ist es ein logischer Schritt, dass ich Missionen wie Hera nutze, um genau solche Fähigkeiten auf- und auszubauen. Die Idee, Rohstoffe auf solchen Objekten kommerziell abzutragen, ist in der Tat visionär. Aber es gibt Asteroiden mit einem sehr hohen Metallgehalt. Diese Ressourcen könnten unter Umständen tatsächlich dazu genutzt werden, Bauelemente, die man im Weltall benötigt, vor Ort herzustellen, anstelle sie von der Er-

de hochzubringen. Gerade im Hinblick auf die enormen Fortschritte beim Additive Manufacturing (3D-Druck) kann man sich das natürlich sehr gut vorstellen. Aber ich würde sagen, es ist noch ein langer Weg dorthin.

● *Zum ersten Mal
● wird die Flugkurve
eines Objektes
im Weltall von
Menschenhand
verändert.*

ESAs Werk und Luxemburgs Beitrag

In der Hera-Mission der European Space Agency (ESA) spielen luxemburgische Unternehmen eine zentrale Rolle. So koordiniert die Bremer Firma OHB, die Muttergesellschaft des luxemburgischen Weltraum-Unternehmens Luxspace, die Umsetzung des Gesamtprojekts. Der wichtigste Beitrag aus dem Großherzogtum betrifft aber das Design und die Konstruktion des Nanosatelliten Juventas, einem der Kernbestandteile der Mission. Federführend ist hier der 2018 gegründete luxemburgische Standort der schwedisch-dänischen Satellitenfirma Gomspace. Die Firma, die bald auf 25 Mitarbeiter anwachsen soll, entwarf das Gesamtkonzept für den Satelliten, der Rückschlüsse auf die innere Zusammensetzung des Asteroiden „Dimorphos“ ermöglichen soll. „Unsere Aufgabe besteht darin, sicherzustellen, dass die einzelnen Komponenten von Juventas richtig zusammen funktionieren. Wir integrieren und testen das fertige Produkt“, sagt Lars Alminde, Leiter des Kundenmanagements bei dem Unternehmen. „Das ist das allererste Mal, dass ein Satellit von dieser geringen Größe im erdfernen Weltraum ein-

gesetzt wird.“ Daher hatten die Entwickler von Juventas besondere Anforderungen zu berücksichtigen, da sich die Bedingungen der Mission fundamental vom Einsatz in Erdnähe unterscheiden. Zum Beispiel kann der Nanosatellit aufgrund der großen Entfernung nicht direkt mit einer Bodenstation auf der Erde kommunizieren, sondern muss die Signale über den größeren Hera-Satelliten leiten, erklärt Alminde. „Daneben unterscheiden sich die Temperaturen sehr von den Bedingungen in Erdnähe. Dort verändern sich die Temperaturen nach einem vorhersehbaren Muster, abhängig davon, ob sich der Satelliten im Erdschatten befindet oder nicht. Beim Einsatz im erdfernen Weltall wird das Design komplexer, weil wir sicherstellen müssen, dass der Satellit die richtige Temperatur hat“, so Alminde. Daneben wurde eine entscheidende Komponente von Juventas von einem luxemburgischen Unternehmen entwickelt: Das 2001 gegründete EmTroniX integrierte und testete die komplexe Radarelektronik des Satelliten, die in einer miniaturisierten Form für die Mission weiterentwickelt wurde. *ThK*

Thomas Reiter

Thomas Reiter, geboren 1958, studierte an der Universität der Bundeswehr in München Luft- und Raumfahrttechnik. Er ist Diplomingenieur und General der deutschen Luftwaffe. 1992 wurde er in das im Europäischen Astronautenzentrum (EAC) in Köln ansässige Astronau-

tenkorps der ESA berufen und im März 1995 zum Bordingenieur für die bis dahin längste bemannte ESA-Weltraummission „Euromir 95“ nominiert. Seine zweite Mission „Astrolab“ führte Reiter als Bordingenieur von Juli bis Dezember 2006 zur internationalen Raumstation ISS. Thomas Reiter verbrachte insgesamt 350 Tage im Weltall und

führte dabei mehr als 70 wissenschaftliche Experimente und drei Außenbordeinsätze durch. Von April 2011 bis Dezember 2015 war er Leiter des ESA-Direktorats für bemannte Raumfahrt. Heute ist Thomas Reiter Koordinator internationale Agenturen für die ESA. *C./ThK*

Uni der Großregion: Neue Möglichkeiten für Studierende

TRIER/LUXEMBURG (sas) Durch die Mitgliedschaft der Universität Trier im grenzüberschreitenden Hochschulverbund „Universität der Großregion – UniGR“ können sich Studierende in Trier, Kaiserslautern, Lüttich, Lothringen, Luxemburg und Saarbrücken über ein vereinfachtes Verfahren und ohne zusätzliche Gebühren einschreiben. Durch eine Partnerschaft

wird nun die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes vertieft. Professor Michael Jäckel, Präsident der Universität Trier, sagt: „Ich freue mich, dass sich die Universität der Großregion weiter zu einer Europäischen Universität mit einem grenzüberschreitenden Campus entwickelt.“

Als neues Angebot führt die Universität der Großregion zudem das „EurIdentity Certificate“ ein. In Lehrveranstaltungen können sich Studierende mit den Institutionen der EU so-

wie europäischer Politik, Geschichte, Kultur und den Rechtssystemen beschäftigen. Das Zertifikat wird als Erasmus+-Projekt über drei Jahre mit rund 300 000 Euro gefördert. Für die grenzüberschreitende Forschung im Rahmen des UniGR-Center for Border Studies mit rund 80 Wissenschaftlern aus 16 Disziplinen, an dem auch das Governance and Sustainability Lab der Uni Trier beteiligt ist, gibt es für die kommenden zwei Jahre weitere 600 000 Euro Interreg-Fördermittel.

Drehort Luxemburg

Klappe, die dritte: Ausländische Filmproduzenten haben das Großherzogtum für sich entdeckt

LUXEMBURG

CHRISTIAN SPIELMANN

Im Jahr 1988 wurde das Tax-Shelter-Gesetz gestimmt, um ausländische Filmproduzenten ins Großherzogtum zu locken, indem ihnen finanzielle Hilfen in Aussicht gestellt wurden, sollten sie in Luxemburg drehen. Somit war die Basis für internationale Filmproduktionen in Zusammenarbeit mit heimischen Produzenten oder dem 1990 gegründeten Film Fund gegeben. Seit Anfang der 1990er Jahre gastierten viele bekannte Regisseure, Schauspieler und Schauspielerinnen in Luxemburg. Die zwei wichtigsten Firmen im Zusammenspiel mit ausländischen Filmemachern waren Delux Productions, die 1991 gegründet wurde, und The Carousel Picture Company, die 1995 ins Leben gerufen wurde. Leider haben beide Unternehmen in der Zwischenzeit Konkurs anmelden müssen: Carousel Picture 2005 und Delux 2014. Eine der Hauptursachen war, dass die Filme sehr viel Geld kosteten und kaum etwas einspielten.

Venedig in Esch/Alzette

Für den 16 Millionen Dollar teuren Film „**Secret Passage**“ von Ademir Kenovic ließ Delux Productions 2001 auf dem Terre-Rouge-Gelände in Esch/Alzette auf 62.500 Quadratmetern Venedig aus dem Jahr 1492 nachbauen. Der Bau dieser Kulisse verschlang rund 5 Millionen Dollar. Leider spielte der Film, eine Koproduktion mit einer britischen Firma Zephyr, nur etwa 108.000 Dollar ein. Delux drehte 2004 mit mehreren anderen Firmen in denselben Kulissen „**The Merchant of Venice**“ von Michael Radford („Il Postino“). Die 30 Millionen Dollar teure Produktion lockte trotz Stars wie Al Pacino, Joseph Fiennes und Jeremy Irons kaum Zuschauer in die Kinos und spielte weltweit 21,5 Millionen Dollar ein. Zwei weitere Delux-Koproduktionen wurden hier gedreht: „**Girl with a Pearl Earring**“ (2003) von Peter Webber und „**The Thief Lord**“ (2006) von Richard Claus. Lediglich der erste Film spielte mit 33 Millionen Dollar mehr ein als die 12 Millionen Produktionskosten.

Zwei Spielfilme, „**Ma femme s'appelle Maurice**“ (2002) von Jean-Marie Poiré und „**De-Lovely**“ (2004) von Irwin Winkler, wurden noch hier gedreht. Die Kulissen waren dem Publikum eine Zeit lang zugänglich, bevor sie im Sommer 2005 abgerissen wurden.

Delux besaß anfangs ein Filmstudio in Merl. 1999 wurde ein neues Studio in Contern gebaut. Für „**Shadow of a Vampire**“ (2000) von E. Elias Merhige war Schauspieler Nicolas Cage Hauptproduzent der acht Millionen Dollar teuren Produktion, die weltweit lediglich etwas mehr als elf Millionen einspielte. Im Delux eigenen Filmstudio in Merl entstanden viele der Innenaufnahmen - 1999 wurde ein neues Studio in Contern gebaut -, während die Außenaufnahmen in den Schlössern von Vianden und Brandenbourg, dem „Gehaansbiërg“ in

Düdelingen im Müllerthal, in Blauschleiden, im Fond-de-Gras und in Esch/Alzette auf einem Arbed-Gelände gefilmt wurden.

Weitere Delux-Produktionen, die in Luxemburg gedreht wurden, waren unter anderem: „**An American Werewolf in Paris**“ (1997) von Anthony Waller, „**8 1/2 Women**“ (1999) von Peter Greenaway, „**Flawless**“ (2007) von Michael Radford und „**House of Boys**“ (2009) von Jean-Claude Schlim. Delux war außerdem im Bereich von Fernsehserien und -filmen tätig, unter anderem drehte man in Luxemburg die Mini-Serie „**Jewels**“ (1992) oder den TC-Film „**Red Eagle**“ (1994) mit Timothy Dalton.

Von unter dem Meer bis ins Cyberspace

Romain Schroeder und Tom Reeve gründeten The Carousel Picture Company, mit Sitz in Beggen. Sie besaßen auch ein Filmstudio in Bartringen. Hier entstanden Innenaufnahmen für ihren ersten Kinofilm „**Crush Depth**“ von Gregg Champion. Außenaufnahmen zu der 17 Millionen Dollar teuren Produktion entstanden in Differdingen im Schwimmbad. Die Geschichte einer U-Boot-Besatzung, die in Seenot gerät, wurde in „**Sub Down**“ umbenannt. Auch der Regisseur zog seinen Namen zurück, und es wurde ein Alan-Smithee-Movie (das ist ein erfundener Name, der immer zum Einsatz kommt, wenn ein Regisseur nicht mit dem Endprodukt zufrieden ist). Der Film kam nur in ein paar Ländern in die Kinos.

Der zweite Kinofilm, der Science-Fiction-Film „**Wing Commander**“ (1999) von Chris Roberts, kostete 30 Millionen Dollar und spielte lediglich 11,5 Millionen ein. Neben Aufnahmen in den eigenen Studios wurde in der stillgelegten Werkzeug- und Maschinenfabrik in Wecker gedreht.

„**D'Artagnan**“ (2001) war trotz großer Namen wie Peter Hyams als Regisseur und Catherine Deneuve in der Rolle der Königin kein Erfolg. Die 40-Millionen-Dollar-Produktion wurde in den USA in „**The Musketeer**“ umbenannt und spielte nur 32,5 Millionen ein. Außenaufnahmen entstanden im Schloss in Vianden und auf der Place Clairefontaine in Luxemburg-Stadt.

Noch katastrophaler lief „**George and the Dragon**“ (2004) in den Kinos. Firmenchef Tom Reeve führte Regie und drehte mit Stars wie Patrick Swayze, Piper Perabo und Michael Clarke Duncan. Fazit: 32 Millionen Dollar Einsatz und weniger als 50.000 Dollar in den Kinokassen.

2001 wurde der Thriller „**The Enemy**“, der einzige Spielfilm von Tom Kinninmont, zusammen mit englischen und deutschen Koproduzenten integral in Luxemburg gedreht. Die Hollywood-Stars Roger Moore, Luke Perry und Horst Buchholz konnten nicht verhindern, dass der Film nur in wenigen Kinos lief.

Interessant ist noch, dass Christopher Lee in der Carousel-Picture-Produktion „**Tale of the Mummy**“ (1998) von Russell Mulcahy mitspielte. Zuvor hatte er 1991 in Luxemburg den Film „**Sherlock Holmes and the Lea-**

ding Lady” gedreht. Schauplätze waren das Schloss Ansemburg, Vianden, Echternach und Esch/Alzette. Ein Jahr später folgte „**Sherlock Holmes: Incident at Victoria Falls**“. Beide Filme wurden im Fernsehen gezeigt, da kein Kinoverleiher interessiert war. Koproduzenten waren übrigens die Luxemburger Sparkasse, die Banque Paribas Luxembourg und die luxemburgische Holding Harmony Gold Finance. ●



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Massentests „made in Luxembourg“

DATENSICHERHEIT Philipp Jäggi, Chefinformatiker der „Laboratoires réunis“, über das Large Scale Testing und Amazon

Sidney Wiltgen (Text),

Vier Wochen hatte das Team der „Laboratoires réunis“ Zeit, das Large Scale Testing für ganz Luxemburg zu entwickeln. Vier Wochen, in denen Biologen und Informatiker zusammenarbeiteten, Smartphones konfigurierten und Laborroboter programmierten. Chefinformatiker Philipp Jäggi führt hinter die digitalen Kulissen des Large Scale Testing und klärt über die verbundenen Herausforderungen und die Datensicherheit auf.

Ein Schwede, ein Niederländer und ein Deutscher sitzen am Labortisch: Was anfängt wie ein Witz, ist eigentlich die Grundlage des Large Scale Testing (LST) in Luxemburg. Laboranten aus fünf Nationen sitzen dicht zusammengedrängt in einem Labor und bereiten die Corona-Proben für den PCR-Test vor. In vier Wochen musste der gesamte Testprozess neu durchdacht, implementiert, die Testroboter neu konfiguriert und gesicherte Datenströme festgelegt werden. Im Labor sind noch Spuren des schnell zusammengesetzten Equipments zu sehen: Zur Entsorgung der Pipetten wurden kurzerhand Löcher in die Tische gebohrt. Hightech trifft auf Improvisations- und Handwerkskunst aus ganz Europa.

Aber erst mal alles zurück auf Anfang: Auf dem Parkplatz der „Laboratoires réunis“ in Junglinster herrscht reges Treiben. Weiße Lieferwagen treffen ein, die Lieferanten mit den Corona-Proben geben sich die Klinke in die Hand. Der Parkplatz ist vollgestellt mit weißen Containern, ein schwarzes Zelt für die Corona-Tests mit ärztlichen Attests wurde vor der Rezeption errichtet. Ein Kleinkind weint während des Abstrichs. Der Vater versucht es zu beruhigen. Erfolglos. Das Hauptgebäude der „Laboratoires réunis“ wird derzeit umgebaut, provisorische Wege führen zu improvisierten Treppen aus Holzpaletten. Der Komplex wirkt auf den ersten Blick wie eine normale Baustelle, aber er beinhaltet das Herzstück des Large Scale Testing für Luxemburg. Hightech, aufbewahrt in weiß-grauen

Containern, mit Wellblech abgedichtet.

Durch eine Hintertür kommt ein Mann mittleren Alters in die Rezeption. Er trägt einen grauen Anzug und ein schwarzes Hemd. Philipp Jäggi, gebürtiger Schweizer und Chefinformatiker bei den „Laboratoires réunis“, ist einer der führenden Köpfe hinter dem Large Scale Testing „made in Luxembourg“. Die Begrüßung im improvisierten Rezeptionscontainer findet mit dem nötigen Abstand und natürlich mit Maske statt, Corona oblige. Voller Tatendrang leitet Jäggi auf den Parkplatz, redet über Wetter, Verkehr und eine Fahrradtour im Sommer. Und dann über das, in das er sein Herzblut in den vergangenen Monaten fließen lassen hat: Digitalisierung, Datensicherheit und das LST.

Stichwort Digitalisierung. Testverfahren und Prozesse des Luxemburger Large Scale Testing mussten von einem siebenköpfigen Team aus Biologen und Informatikern in vier Wochen entwickelt, die Laborroboter neu konfiguriert werden. „20.000 Tests sollten wir pro Tag machen – unsere Infrastruktur war jedoch nur auf 2.000 ausgelegt“, sagt Jäggi. Das LST war nicht nur eine logistische Herausforderung, für die es einiges an Manpower gebraucht hat, sondern stellte das Team der „Laboratoires réunis“ vor eine Herausforderung. Um diese Menge an Tests bewältigen zu können, konnte nicht einfach auf die ursprünglichen Verfahren zurückgegriffen werden. „Wir haben in den vier Wochen nur wenig geschlafen“, erinnert sich Jäggi.

Am 17. Juli erreicht das LST Luxemburgs seinen bisherigen Höhepunkt. 16.445 Termine werden an dem Tag wahrgenommen, das Labor musste inklusive der Routinetests mehr als 17.000 Tests bewältigen. Eine Unmenge an Daten muss an dem Tag verarbeitet werden – eine Herausforderung, die auf analogem Weg wohl kaum zu schaffen gewesen wäre.

Jeder, der schon einen Corona-Test absolviert hat, kennt das Prozedere: Termin vereinbaren und dann zur nächsten Drive-in-Station fahren, Mund auf, ein-

mal „Aaaaaah“ und mit leichten Halsschmerzen wieder nach Hause.

Bei Ankunft im Drive-in wird erst mal ein Identitätscheck vorgenommen. Es soll wohl Personen gegeben haben, die einen anderen zum Test geschickt haben, um mit einem negativen Resultat im Gepäck doch noch den Urlaub antreten zu können, erzählt Jäggi mit einem verschmitzten Lächeln. „Hier haben wir schon die komischsten Sachen gesehen.“ Die Webseite zur Terminvergabe wird vom „Centre des technologies de l'information de l'Etat“ (CTIE) betrieben. Jede Testperson kann hier seinen eigenen Termin festlegen. Bei der Ankunft im Drive-in kontrollieren die Mitarbeiter den Termin – 150 Smartphones mit Barcode-scanner mussten dafür beschafft werden und die dazu benötigte Sampling App programmiert werden.

„Hier wird zuerst kontrolliert, ob die eingegebenen Daten auf Guichet.lu tatsächlich mit den Patienten übereinstimmen, die zum Test erschienen sind.“

Beim Drive-in wird die entnommene Corona-Probe dann mit der Person „verheiratet“. Der Barcode auf der Corona-Probe ist im System nun untrennbar mit der bestimmten Testperson verbunden. Das bedeutet, dass für den weiteren Prozess nur noch der Barcode verwendet werden kann und somit alles vollständig anonym abläuft. Nur der Laborarzt kann späterhin – zum Beispiel bei einem positiven Befund – die Probe wieder einer Person zuordnen.

Damit die 150 Barcode-scanner überhaupt funktionieren und die Corona-Probe mit der Testperson verbunden werden

kann, benötigte das LST-Team einiges an Rechenleistung. Dazu wurde kurzerhand ein Serverless Public Data Center, die sogenannte Public Cloud, hinzugekauft. Wie bitte, Public was?

„Im Datencenter auf dem ‚Wandhaff‘ werden alle personenbezogenen und medizinischen Daten gespeichert“, erklärt

Philipp Jäggi. Um jedoch gleichzeitig die hohen Rechenleistungen des LST stemmen und die Barcodescanner einsetzen zu können, war mehr Rechenleistung nötig, als die „Laboratoires réunis“ zu dem Zeitpunkt hätten aufbringen können. Ein sogenanntes Public Datacenter, die Public Cloud, wurde hinzugekauft, die in diesem Fall von Amazon Web Services (AWS) betrieben wird. „Hiermit werden die Smartphones mit unserem Hauptdatacenter auf dem ‚Wandhaff‘ verbunden.“ Das LST basiert somit auf einem Multicloud Environment. Einerseits das Hauptdatacenter auf dem „Wandhaff“, das von der Firma EBRC betrieben wird. Andererseits das Public Datacenter von AWS.

„Bei dem Projekt war es sehr wichtig, dass die personenbezogenen Daten von den Teilnehmern des Large Scale Testing digital nur beim Staat oder den ‚Laboratoires réunis‘ liegen. Das international operierende Unternehmen Ecolog, das die Logistik und das Personal des LST zur Verfügung stellt, sollte keine elektronischen Daten der Patienten bekommen“, erklärt Philipp Jäggi die datenschutzrechtlichen Überlegungen während der Konzipierung des gesamten Projektes. Ecolog hatte eine Lösung parat, bei der die Daten aber durch die eigenen Datacenter in Düsseldorf gelaufen wären – das war jedoch nicht akzeptabel.

„Für das, was wir programmiert haben, gewinnen wir keinen Schönheitspreis“, sagt Jäggi. „Aber es ist effizient, es funktioniert und wir haben es verdammt schnell geschafft.“ In drei Monaten habe es keinen Ausfall gegeben, auch dank der Public Cloud, die als verlässlicher äußerer Motor fungiere.

Warum Amazon?

Warum aber musste dieses Public Datacenter hinzugekauft werden? „Theoretisch hätten wir das auch alles selbst aufbauen können, das wäre aber um einiges teurer geworden und es hätte zwei Monate gedauert.“ Die Informatiker hätten dafür auch nur vier Wochen Zeit gehabt – ein Ding der Unmöglichkeit. Man entschloss sich deshalb, einen geeigneten Dienstleister zu beauftragen. Der Vorteil der Tech-Giganten, sei es Google oder Amazon oder Microsoft: neuester Stand der Technik mit „Nonplusultra-Geräten“. „Deren System inklusive Firewall sind 16-fach redundant – wenn da ein Part ausfällt, passiert nicht viel. Wir hätten uns maximal eine zweifache Redundanz leisten können, danach wäre es viel zu teuer geworden“, erklärt Jäggi. Ohne die

Public Cloud hätten die Geräte jeweils direkt auf unsere Datenbanken zugreifen müssen. Dann gingen pro Test aber etliche Sekunden verloren. Bei Tausenden Tests pro Tag untragbar.

Und warum Amazon? „Amazon ist hier in Luxemburg ansässig. Dadurch hatten wir schon einige gute Verbindungen und haben so eher die Möglichkeit, einen Spezialisten herzukriegen. Bei einem solch großen Projekt braucht man einfach Leute, denen man vertraut, gerade wenn es um neue Technologien geht.“ Die Größe Luxemburgs sei dabei definitiv ein Vorteil. Jeder kenne jeden in der IT-Welt und somit könne man schnell agieren und reagieren, sagt Jäggi. Nur deshalb habe alles so schnell funktioniert.

Nach der Probeentnahme im Drive-in kommen die Corona-Proben aus dem gesamten Land in den „Laboratoires réunis“ an. Genauer gesagt in den unscheinbaren Containern auf dem Parkplatz in der Gewerbezone in Junglinster. Hier befinden sich nämlich keineswegs Büros der Ingenieure oder Umkleiden der Bauarbeiter. Hinter der Eingangstür versperren zwei Regale und ein Tisch den Blick auf fünf Computer. Desinfektionsmittel und Papiertücher stehen an Ein- und Ausgang bereit. Die Corona-Proben aus dem Large Scale Testing werden hier einzeln per Hand eingescannt und an die zugewiesene Positioneindurchnummeriertes Gestell für Reagenzgläser, die sogenannten Pooling-Racks, gepackt. 96 Einzelproben inklusive einer positiven und negativen Kontrollprobe werden anschließend von einem multinationalen Team getestet. Jeder von ihnen hat so einige Überstunden in den vergangenen Monaten geleistet.

Jäggi führt aus den Containern ins Hauptgebäude, zwei Stockwerke hoch durch ein weiteres Labor. Laboranten kommen und gehen, es herrscht Gedränge auf den engen Gängen zwischen den Computern und Laborgeräten. Weiter durch das Labyrinth der Baustelle schreitet Jäggi zielsicher zu seinem pragmatisch eingerichteten Büro. Außer einem Bürotisch, drei Stühlen und einer Papiertafel ist das Zimmer leer. „Alles noch im Umzug.“

Sind die Corona-Proben erst mal ausgewertet, muss das Resultat der Test-

person wiederum mitgeteilt werden. Auch das erfolgt automatisch, erklärt der Informatiker: „Wir müssen an Spitzentagen 25.000 SMS verschicken können. Mit unserer hausinternen Rechenleistung wäre das unmöglich“, erklärt der Chefinformatiker. Dafür wurde ebenfalls auf AWS zurückgegriffen. Deren „Simple Notification Service“ verschickt die tausenden SMS.

Gefahr, dass die Resultate einem anderen mitgeteilt werden, besteht keine, sagt Jäggi. „Selbst wenn ein Patient die falsche Telefonnummer eingegeben hat und das Testresultat an eine andere Person verschickt worden ist, müsste diese die Zugangsdaten des anderen kennen.“ Eine Möglichkeit, die Testresultate eines anderen einzusehen, bestehe also nicht.

An der Wand von Jäggis Büro hängt ein Plan, Linien führen zwischen Kästchen hin und her. Der Baustellenplan der „Laboratoires réunis“ könnte man meinen. Tatsächlich ist es das gesamte informatische Konzept des LST, bildlich dargestellt,

sodass es sich auch Laien halbwegs erschließen können. „Der Vorteil der Digitalisierung ist halt die Schnelligkeit“, erklärt Jäggi. Wenn Cluster entstehen, könne Luxemburg verhältnismäßig schnell reagieren und vergleicht die Situation mit seinem Heimatland: „In der Schweiz müssen Ärzte ein Formular per Hand ausfüllen und dann an die Behörde faxen. Da werden Cluster gar nicht erst erkannt“, ist sich Philipp Jäggi des eingeschlagenen Wegs sicher.

Aus seinem Büro führt Jäggi wieder durch die Gänge nach draußen, die Orientierung hat man als Außenstehender schon längst verloren. Irgendwann führt dann doch wieder eine Tür nach draußen auf den Parkplatz. „Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht verstanden“, erklingt es auf einmal aus der Hosentasche des Informatikers – der Sprachassistent auf Jäggis Smartphone hat sich eingeschaltet. Der Informatiker lacht. „Google ist jetzt sauer, dass wir bei diesem Projekt nicht mit ihnen kooperiert haben.“

Quarantäne auf zehn Tage verkürzt

Der Regierungsrat hat gestern entschieden, dass die Isolierung von infizierten Personen von 14 auf 10 Tage verkürzt wird. In einer am Nachmittag versandten Mitteilung der Regierung heißt es, diese Entscheidung basiere auf den aktuellen Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation

(WHO).

Menschen, die Kontakt mit einer infizierten Person hatten, müssen in Quarantäne gehen und ab dem sechsten Tag nach dem letzten Treffen mit der positiv getesteten Person einen Test durchführen. Bei einem negativen Testergebnis wird die Quarantäne aufgehoben.

Die Abgeordnetenkammer wird nächste Woche am Dienstag über den aktualisierten Gesetzestext abstimmen.

Stabile Entwicklung

LUXEMBURG Mit der nächsten Verlängerung des Covid-Gesetzes wird die Dauer der Isolation von Personen, die sich mit dem Coronavirus infiziert haben, von zwei Wochen auf zehn Tage (nicht erneuerbar) reduziert. Mit diesem gestern vom Regierungsrat angenommenen Änderungsantrag trägt die Regierung aktuellen Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation Rechnung. Eine zweite

Anderung will die Regierung ebenfalls am Covid-Nachfolgegesetz vornehmen: So sollen Personen, die in Kontakt mit einem bestätigten Corona-Fall waren, ab dem sechsten Tag nach dem letzten Kontakt getestet werden. Das würden rezente wissenschaftliche Studien empfehlen, heißt es in der Zusammenfassung der gestrigen Sitzung. Das Parlament stimmt voraussichtlich kommende Woche über eine Verlängerung der Covid-

Bestimmung bis Jahresende ab. In absoluten Zahlen wurden in Luxemburg in der Woche vom 7. bis 13. September übrigens fast genauso viele Neuinfektionen (282) ermittelt wie in der Woche zuvor (281). Die Positivitätsrate lag rezent bei 0,55 Prozent, der effektive Reproduktionswert lag zum 13. September bei 1,02, die Zahl der aktiven Infektionen bei 564.

LJ

Rund 420.000 Corona-Impfdosen für Luxemburg

KAUFVERTRAG

Das Großherzogtum soll rund 420.000 Impfstoffdosen gegen das Coronavirus bekommen – das teilte das Gesundheitsministerium am Dienstag mit.

Was sich nach der Verfügbarkeit eines Coronavirus-Impfstoffs

alles ändern wird, steht derzeit noch in den Sternen – dennoch wünschen ihn sich viele Menschen herbei. 420.000 Dosen des Impfstoffs werden für das Großherzogtum erwartet. Das erklärte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern im Rahmen einer Antwort auf eine parlamentarische Frage des Abgeordneten Sven Clement (Piratenpartei). Die Verteilung des Impfstoffs werde demnach über einen Kaufvertrag mit der Firma AstraZeneca auf europäischer Ebene geregelt.

Der Vertrag zwischen der Europäischen Union und dem Pharmakonzern AstraZeneca sieht laut Lenert den Verkauf von insgesamt 300 Millionen Impfstoffdosen vor. Die Menge, die jedes Land bekommen soll, werde auf Grundlage der Bevölkerungsgröße ermittelt. Luxemburg stehen dementsprechend 0,14 Prozent der Gesamtanzahl an Impfstoffdosen zu – das sind rund 420.000 Stück. Bei Bedarf könne man außerdem zusätzliche Dosen bestellen, so Lenert.

mb

Phase zwei

Das sogenannte „Large Scale Testing“ geht in die zweite Runde und dauert bis März 2021. 1,5 Millionen Tests sollen bis dahin durchgeführt werden, wie Gesundheitsministerin Paulette Lenert erklärte. 60 Millionen Euro kostet dieses Testen auf breiter Basis. Im Gegensatz zur ersten Phase soll dies-

mal gezielter mit den Testkapazitäten umgegangen werden und die „Auserwählten“ nach Probegruppen ausgesucht werden. Zusätzlich werden 1.000 serologische Tests durchgeführt, mit denen man herausfinden kann, ob eine Person schon mit Corona infiziert war. Es gibt auch nur noch acht Test- sowie eine mobile, Teststation. Unter-

dessen gilt Luxemburg in Belgien, Deutschland und der Schweiz seit vergangener Freitag wieder als Risikogebiet. Die letzten Zahlen (Stand: Montagmorgen bei Redaktionsschluss) sagen, dass sich in Luxemburg bislang 8.233 Menschen mit dem Virus infiziert haben und 124 Menschen verstorben sind.

Heimarbeit soll eine Option bleiben

Wirtschafts- und Sozialrat (CES) stellt Gutachten zur Telearbeit vor

Von Nadia Di Pillo

Unternehmen in Luxemburg lassen ihre Beschäftigten seit Beginn der Corona-Krise verstärkt von zuhause aus arbeiten, doch ein gesetzliches Recht auf Homeoffice gibt es in Luxemburg nicht. So soll es nach Meinung des Wirtschafts- und Sozialrats (Conseil économique et social, CES) auch in Zukunft bleiben. In einem neuen Gutachten zur Telearbeit verteidigt das Gremium das Prinzip, dass Homeoffice für Angestellte weiterhin auf freiwilliger Basis möglich sein soll.

„Die Einführung von Telearbeit erfordert eine bilaterale Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf doppelter freiwilliger Basis. Diese Vereinbarung zwischen den Parteien gilt sowohl für den Übergang zur Telearbeit als auch für die Rückkehr zum klassischen Arbeitsmodell im Unternehmen“, schreibt der CES in seinem Gutachten, das gestern vorgestellt wurde.

Der Wirtschafts- und Sozialrat geht davon aus, dass künftig immer mehr Beschäftigte von zuhause aus arbeiten wollen. Parallel dazu steigt auch die Anzahl der Arbeitgeber, die im eigenen Unternehmen Heimarbeit anbieten werden. „Es besteht daher keine Notwendigkeit, den Weg zur Telearbeit zu erzwingen, die Regelung muss aber diese Bewegung in konstruktiver Weise für die betroffenen Berufe und Mitarbeiter begleiten“, meint der CES.

In seinem Gutachten schlägt der Wirtschafts- und Sozialrat eine präzise Definition der Heimarbeit vor sowie auch einen breiteren Anwendungsbereich als bisher. Zwei Kategorien von Telearbeit müssen laut CES geregelt werden, nämlich die „eher wiederkehrende Heimarbeit“ und die „eher gelegentliche oder spontane Telearbeit“ – die derzeitige Regelung

sieht nur die regelmäßige Nutzung von Homeoffice vor. Die Sozialpartner sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Heimarbeit als „gelegentlich“ betrachtet wird, wenn sie zur „Bewältigung unvorhergesehener Ereignisse“ durchgeführt wird oder wenn sie im Durchschnitt weniger als zehn Prozent der normalen Jahresarbeitszeit des Heimarbeiters ausmacht.

**Keine Einmischung
in das Privatleben**

Der Präsident des CES Jean-Jacques Rommes weist auf die Wichtigkeit hin, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz mit der Achtung der Privatsphäre des Heimarbeiters in Einklang zu bringen. „Wir sind der Meinung, dass die Einmischung von Unternehmen in das Privatleben der Arbeitnehmer begrenzt werden muss, indem die entsprechenden Punkte in der derzeitigen Regelung gestrichen werden, die u.a. vorsehen, dass ein Arbeitgeber Zugang zum Telearbeitsplatz haben kann.“

In Bezug auf die Arbeitszeit erinnert Rommes daran, dass die formelle Einführung eines Rechts auf Abschaltung über den Bereich der Telearbeit allein hinausgeht und daher nicht zum derzeitigen Aufgabenbereich des CES gehört. Es gilt demnach die gesetzliche Überstundenregelung. Und: „Der Arbeitgeber muss sicherstellen, dass der Ausnahmecharakter von Überstunden auch für Telearbeiter strikt eingehalten wird“, sagt Christophe Knebler vom LCGB und Berichterstatter der Arbeitsgruppe.

Auch Grenzgänger sollen künftig mehr Heimarbeit verrichten dürfen. Die Vertreter des CES wünschen sich, dass die entsprechende Toleranzgrenze in den drei Nachbarländern auf 55 Tage pro Jahr erhöht wird.

In Luxemburg wird die Heim-

arbeit in einer Rahmenvereinbarung geregelt, die am 21. Februar 2006 zwischen der Union des entreprises luxembourgeoises (UEL) auf der einen Seite und den Gewerkschaften OGBL und LCGB auf der anderen Seite unterzeichnet wurde. Dieses Rahmenabkommen wurde zweimal verlängert – 2011 und 2015 – und am 15. März 2016 durch eine großherzogliche Verordnung für allgemein verbindlich erklärt. In Zeiten der Digitalisierung und angesichts der gegenwärtigen Corona-Krise sei eine Überprüfung des rechtlichen Rahmens dringend erforderlich, so Jean-Jacques Rommes. Und: „Die gute Nachricht ist, dass alle Sozialpartner darüber einig sind, was wir erreichen wollen. Im Anschluss unseres Gutachtens haben wir daher einen Textvorschlag angehängt, der die derzeitige Vereinbarung ersetzen könnte“.

Laut Christophe Knebler sind rein theoretisch fünfzig Prozent aller Arbeitsstellen in Luxemburg für Heimarbeit geeignet. Entgegen der weit verbreiteten Meinung trägt Heimarbeit nicht wesentlich zur Entlastung der Umwelt bei. „Der Verkehr geht nicht drastisch zurück, sondern die Fahrten und Bewegungen verschieben sich. Der Vorteil von Heimarbeit geht also eher in Richtung Wohlbefinden der Mitarbeiter als in Richtung Umweltschutz“, fügt er hinzu.

*Der Vorteil von
Heimarbeit geht
eher in Richtung
Wohlbefinden der
Mitarbeiter als in
Richtung
Umweltschutz.*

Christophe Knebler

Neues Label für Regionalprodukte

QUALITÄT UND NACHHALTIGKEIT Ablöse für die „Marque nationale“

Robert Schneider

Ganz verschwinden wird die traditionelle und altbekannte „Marque nationale“ nicht; sie wird aber kein staatliches Siegel mit dahinterstehender Kommission mehr sein, sondern nur mehr von Produzentengruppierungen genutzt werden können. An ihre Stelle tritt ein neues rot-blaues Logo, das auch bei anderen grafischen Auftritten des Großherzogtums genutzt wird.

Das neue Zertifizierungs- und Qualitätssystem für landwirtschaftliche Produkte, das bereits von der Umweltorganisation „Mouvement écologique“ als unzureichend kritisiert wurde, wird nach der Verabschiedung durch das Parlament – die laut Minister Romain Schneider recht zügig geschehen soll – den Konsumenten, aber auch den Kollektivitäten, wie etwa den Kantinen, im Dickicht der zahlreichen Labels und Logos

eine Entscheidungshilfe beim Kauf bieten. Das Logo informiert darüber, dass ein Produkt einer Reihe von Mindestanforderungen gerecht wird.

Erfüllt besagtes Lebensmittel Basiskriterien und Standardnormen, wird es im Rahmen des Zertifizierungssystems das neue Label erhalten. Erfüllt das Produkt weitere Qualitätskriterien, so ändert dies zwar nichts an der Form des Logos, im Internet (in einer späteren Phase auch anhand eines QR-Codes) kann sich der Konsument allerdings die weiteren Vorzüge anschauen. Diese werden in drei Sparten untersucht und definiert. „Qualität und Geschmack“, „Regionalität und Fairness“ sowie „Umweltverträglichkeit und Tierwohl“ sind die Pfeiler, innerhalb deren wiederum rund ein Dutzend Kriterien geprüft werden. Eine Kommission überwacht die Einhaltung der entsprechenden Auflagen.

Finanzielle Unterstützung für gesunde Nachhaltigkeit

Je mehr Qualitätskriterien ein Produkt erfüllt, desto höher sind die staatlichen Beihilfen, die für Werbe- und Informationskampagnen, für Marktanalysen und ähnliches genutzt werden können und so eine Motivation zur nachhaltigen, qualitativ hochwertigen und nicht zuletzt geschmacklich hochwertigen Produktion darstellen.

Minister Romain Schneider kündigte während der Vorstellung des neuen Logos eine breit angelegte Informationskampagne an, die das neue Logo der breiten Öffentlichkeit detailliert präsentieren und auch die künftige Rolle des „Marque nationale“-Logos erläutern wird.

Schutz vor Mogelpackungen

Landwirtschaftsminister Romain Schneider präsentiert Gesetzesprojekt für neue Lebensmittelzertifizierung

Von Marc Hoscheid

In Luxemburg werden eine ganze Reihe von Lebensmitteln hergestellt, im Supermarkt ist es für den Kunden aber nicht immer klar erkennbar, dass sie auch aus dem Großherzogtum stammen und welchen Qualitätskriterien sie entsprechen. Um das zu ändern, hat Landwirtschaftsminister Romain Schneider (LSAP) ein Gesetz für ein neues nationales Zertifizierungssystem auf den Weg gebracht, das er gestern auf einer Pressekonferenz präsentiert hat. Eigentlich hätte dieses bereits Ende Juli vom Ministerrat abgesegnet werden sollen, doch es wurden noch einmal Veränderungen vorgenommen. Das Gesetz wurde durch eine EU-Direktive notwendig, die dazu führt, dass das staatliche Gütesiegel Marque Nationale in seiner jetzigen Form verschwindet.

Schneider ist es wichtig zu betonen, dass es sich nicht um ein neues Label, sondern „um eine Art Stempel handelt, der dem Kunden zeigt, dass das Produkt gewisse Mindeststandards erfüllt“. Das Logo orientiert sich dabei am „X“ des Nation Branding. Später sollen noch QR-Codes auf den Verpackungen hinzukommen. Außerdem wird eine spezielle Internetseite aufgebaut.

Drei Säulen mit zwölf Kategorien

Unterschieden wird zwischen einem Zertifizierungs- und einem Qualitätssystem. Um die Zertifizierung zu erhalten, müssen ge-

wisse Basiskriterien erfüllt und ein Lastenheft erstellt werden. Jede Produktionsgemeinschaft kann die Zertifizierung beantragen. Als Produktionsgemeinschaft gilt ein Zusammenschluss von mindestens zwei landwirtschaftlichen Betrieben, nach oben gibt es keine Grenze. Über die Ausstellung des Zertifikats und das spätere Einhalten der Auflagen entscheidet eine interministerielle Kommission.

Zusätzlich zur Zertifizierung kann ein Qualitätssystem erworben werden. Hierfür müssen zusätzliche Kriterien erfüllt werden. Dieses System fußt auf drei Säulen, der Geschmacksqualität, der Regionalität sowie der Umweltverträglichkeit respektive dem Tierwohl. Die drei Säulen sind wiederum in zwölf Kriterien unterteilt. Um den Stempel des Qualitätssystems zu erhalten, müssen in jeder Säule mindestens drei Kriterien erfüllt werden.

Die Kriterien reichen von der Nährwertkennzeichnung, über die Herkunftsangaben bis hin zu Zusatzaufgaben beim Tierwohl. Besonderer Wert soll auf die Innovation gelegt werden, die als Kriterium in allen drei Säulen enthalten ist. Die Anzahl der erfüllten Kriterien ist ausschlaggebend für die staatlichen Beihilfen bei Kontroll- und Werbekosten. Diese liegen zwischen 40 und 80 Prozent.

In den kommenden Wochen will der Minister noch einmal mit mehreren Organisationen aus dem Agrar- und Umweltsektor Konsultationsdebatten führen und deren

Anregungen gegebenenfalls in den Text einfließen lassen.

Keine Kritik aus der Opposition

Bereits am Morgen hatte Schneider den Gesetzesentwurf in der zuständigen Chamberkommission präsentiert. Von der Opposition wird der Text eher wohlwollend bewertet. So bezeichnet Jeff Engelen ihn als „Schritt in die richtige Richtung“. Man müsse sich aber die konkreten Ausführungsbestimmungen noch genauer ansehen.

Ali Kaes (CSV) verteidigt die von mehreren Bauern- und Umweltverbänden kritisierte Definition des Begriffes „regional“. Als regional gelten alle Produkte, die im Umkreis von 250 Kilometern hergestellt werden. Dies könne zwar Nach-, aber auch Vorteile haben. Beispielsweise könnten andernfalls Eintagsküken kein luxemburgisches Gütesiegel bekommen. Engelen hätte zwar einen kleineren Umkreis, bis zu 120 Kilometer, bevorzugt, aber der Wert sei nun einmal in einer EU-Direktive festgehalten, so dass kein Handlungsspielraum bestehe.

● *Es handelt sich um eine Art Stempel, der zeigt, dass das Produkt gewisse Mindeststandards erfüllt.*

Romain Schneider

Die Sonne lacht im Keller

Winzer freuen sich auf Jahrgang mit stabiler Säure und hohen Öchslegraden – trotz niedriger Erntemengen

Von Volker Bingenheimer

Schengen. Der ungetrübte Sonnenschein über weite Strecken des Sommers beschert den 280 Winzerbetrieben an der Luxemburger Mosel einen exzellenten Jahrgang. Von der Qualität der gesunden und vollreifen Trauben überzeugten sich gestern Premier Xavier Bettel (DP) und Landwirtschaftsminister Romain Schneider (LSAP). In einem Weinberg in der Nähe des Markursturms oberhalb von Schengen nahmen sie selber die Schere in die Hand und griffen den Weinbergsbesitzern unter die Arme.

„Für mich ist es tatsächlich das erste Mal, dass ich bei der Weinlese helfe“, sagte Staatsminister Bettel. Trotz dieser praktischen Unerfahrenheit hat er dennoch familiäre Verbindungen zu der Branche. Weil sein Vater Weinhändler war, habe er mehr als einmal bestellte Flaschen ausgeliefert, sagte er. „Ich bin mit dem Wein groß geworden.“

Hilfspakete der Regierung

Trotz der günstigen Wetterbedingungen blicken die Winzer auf schwere Monate zurück. Wegen der Corona-Pandemie fiel die Gastronomie als Absatzmarkt monatelang aus. Zudem konnten sie nicht mehr in direkten Kontakt mit den Kunden treten. Xavier Bettel unterstrich die Bedeutung der Corona-Hilfen: „Viele Betriebe in den verschiedensten Branchen hatten Angst, das Jahr nicht zu überleben. In dieser Situation musste die Regierung Geld investieren, um die Ökonomie zu stützen.“

Agrarminister Romain Schneider wies auf das Hilfspaket seines Ministeriums für die Landwirtschaft hin. Mit dem ersten Teil des Pakets wurden Winzer mit einmalig 2 500 bis 5 000 Euro für die pandemiebedingt geschlossenen Weinstuben entschädigt. Der zwei-

te Teil ist in Vorbereitung.

Bei herrlichem Sonnenschein überzeugten sich die Politiker von der Qualität des ersten Weinerzeugnisses in diesem Jahr, nämlich dem Federweißer. Er überzeugt mit erstaunlich stabilen Säuregehalten und optimalen Öchslegraden. Josy Gloden, Präsident der Winzergenossenschaft Vinsmoselle, sprach von einem „hochklassigen, interessanten Jahrgang“, der den Winzern und den Kunden noch viel Freude bereiten werde. Die Trockenheit seit Anfang Juli fordere aber bei der Erntemenge ihren Tribut. „In manchen Lagen

haben wir 30 Prozent geringere Erträge als gewöhnlich, stellenweise sind die Einbußen noch höher.“

Mengen unter dem Durchschnitt

Die Lese ist noch voll im Gange und hat zum Beispiel bei Riesling-Lagen meist noch gar nicht angefangen. Zu diesem Zeitpunkt sei es noch nicht möglich, die genaue Erntemenge zu beziffern, meinte Roby Ley, Direktor des Weinbauinstituts in Remich. „Sicher ist allerdings, dass die Qualität hervorragend wird und die Erntemengen unterdurchschnittlich. Das ist aber zweifellos besser als der um-

gekehrte Fall“, sagte Roby Ley.

Aufgrund der Pandemie hatten die Winzer befürchtet, dass die osteuropäischen Saisonarbeiter ausbleiben würden. Vor allem in der Lesezeit sind sie unabdingbar, denn die meisten Parzellen in Luxemburg werden mit der Hand gelesen. Bei der Beschaffung der Arbeitskräfte habe sich die Situation jedoch entspannt. „Wir arbeiten mit einer gemischten Truppe aus Franzosen, Deutschen, Polen und Luxemburgern“, berichtet ein Mitarbeiter der Caves Gales in Remich. „Sie konnten alle kommen, auch die Osteuropäer.“



Einsatz mit der Traubenschere: Staatsminister Xavier Bettel (vorne) und Landwirtschaftsminister Romain Schneider (hinten links) legten selbst Hand an.
Foto: Chris Karaba

Kardinal will stärkere Rolle der Frauen in der Kirche

Luxemburger Erzbischof Jean-Claude Hollerich kann sich auch katholische Priesterinnen vorstellen

Rom. Für Kardinal Jean-Claude Hollerich ist die Stellung der Frauen in der Kirche von zentraler Bedeutung. „Ich sage nicht, dass sie Priesterinnen werden müssen; das weiß ich ganz einfach nicht. Aber ich bin dafür offen“, sagte der Erzbischof nach einem Gespräch mit Papst Franziskus der Katholischen Nachrichten-Agentur in Rom. Hol-

lerich betont, dass die jetzige Situation nicht ausreiche: „Man muss sehen und merken, dass Frauen Mitspracherecht in der Kirche haben.“ Die Situation der Kirche in der Corona-Pandemie bereite ihm Sorgen: „Die Zahlen bei Erstkommunionen und Katechesen sind stark gesunken. Zwar gab es gute Online-Angebote, aber Familien

waren überfordert, weil Eltern sich schon um die Schulhausaufgaben kümmern mussten. Zudem bleiben viele Gewohnheitschristen weg, die merken, dass ihnen die Kirche nicht fehlt“, so Hollerich. Darin liege aber eine Chance: „Wir können uns anders aufstellen, müssen jetzt Gemeinschaften bilden, nicht nur beim Kirchgang.“ mer



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Der Auswirkungen der Corona-Krise

IN ZAHLEN Statec-Bericht zeigt Einschnitte in allen Bereichen

Jessica Oé

Ende Februar erreicht die Corona-Welle, die über die Welt schwappt, auch Luxemburg. Im März ruft Luxemburg den Ausnahmezustand aus, das Land scheint wochenlang fast stillzustehen. Die Statistiken aus dem jüngsten Statec-Bericht „Luxemburg in Zahlen 2020“ zeigen deutlich, welche Auswirkungen die Corona-Krise in Luxemburg hat.

Die Corona-Pandemie hat die ganze Welt in eine sanitäre Krise gestürzt. Im Statec-Bericht „Luxemburg in Zahlen 2020“ zeigt sich deutlich: Die Corona-Krise ist für Luxemburg eine einzigartige Situation. Während der erste Covid-Fall im Februar festgestellt wird, ruft Premierminister Xavier Bettel am 17. März den Ausnahmezustand aus. Der Horeca-Sektor muss seine Türen schließen, das öffentliche Leben kommt zum Erliegen, als die Parole „Bleibt zu Hause“ ausgegeben wird. Auf den Baustellen rühren sich keine Maschinen, alle Geschäfte, außer jene, die für die Grundversorgung unerlässlich sind, bleiben zu. Wo man nur kann, soll von zu Hause aus gearbeitet werden. Schüler und Lehrer müssen in den „Corona-Ferien“ Bildung neu denken, online weiterlernen und -lehren.

Mehrere Wochen scheinen die meisten Lebensbereiche Luxemburg in eine Art Krankenstarre zu verfallen, bis auf den Gesundheitssektor, wo sich Freiwillige, Pflegepersonal und Ärzte auf das Schlimmste vorbereiten. Doch das Coronavirus wird in Schach gehalten und trifft das Großherzogtum nicht so hart wie andere Länder. Einen Monat später, am 15. Mai, wagt Luxemburg die ersten Lockerungen. Langsam geht es in Richtung Normalisierung. „Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben“, heißt es nun.

Diese außergewöhnliche Situation, die Luxemburg seit dem Beginn der Corona-Krise erlebt, schlägt sich deutlich auf die

Zahlenerhebungen der nationalen statistischen Behörde Statec nieder.

Einfluss auf die Bevölkerung

Angst, Sorgen, Unsicherheit: Bei einem Drittel der Einwohner Luxemburgs hat sich die psychische Gesundheit während des Lockdowns verschlechtert. Das stellte eine Studie des „Statec“ im Juli fest. Die Behörde hat eine repräsentative Umfrage gestartet, um mehr über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns herauszufinden. Dazu wurden die Teilnehmer zu ihrer mentalen Verfassung befragt. Wie die Behörde in ihrem am Donnerstag erschienen Bericht „Luxemburg in Zahlen“ betont, geben 37 Prozent der 18- bis 44-Jährigen an, dass die Corona-Krise einen negativen Effekt auf ihre mentale Gesundheit hatte. Bei den 45- bis 64-Jährigen sind es 33 Prozent, bei den über 65-Jährigen 22 Prozent, obwohl sie zu den stärker gefährdeten Einwohnergruppen gehören. Frauen zeigen sich außerdem stärker von Corona-Sorgen betroffen als Männer. 36 Prozent der befragten Frauen geben eine Verschlechterung ihrer mentalen Verfassung an, bei den Männern sind es 29 Prozent.

Bei der Sterblichkeitsrate zeigt sich ein geringerer Corona-Effekt. Die Zahl der Toten lag im März, April und Mai leicht über der der Vorjahre. Laut Statec war die Sterblichkeitsrate in der zweiten März-Hälfte um 15 Prozent gestiegen. Die Zahlen des Juni allerdings sind wieder auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren zurückgegangen. Deutlicher fällt der Corona-Effekt in den Asylzahlen aus: Schon Anfang des Jahres, von Januar bis März, liegt die Zahl der Asylanträge in Luxemburg unter denen der letzten beiden Jahre, doch im April fällt die Zahl der gestellten Anträge weit unter die Zahl von 2010. Waren es im April 2010 45 und im April 2019

170, beantragten im April 2020 nur zehn Personen Asyl in Luxemburg. Im Mai waren es 18 Personen, im Juni 39, die beiden Monate liegen damit auch unter den Zahlen von 2010.

Einfluss auf die Arbeit

„Arbeitet von zu Hause, wo es nur geht“, hieß es zu Beginn der Corona-Krise in Luxemburg. Viele Menschen befinden sich auch heute noch im Home-Office. Mit den Nachbarländern handelte Luxemburg besondere Abmachungen aus, damit Grenzgängern die Telearbeit ohne Einschränkungen möglich gemacht wird und sie weiter die Steuern in Luxemburg bezahlen können. Die Abmachungen wurden bis zum Ende des Jahres verlängert.

Besonders der Bildungssektor konnte vom Home-Office profitieren. Hier arbeiteten etwas mehr als 70 Prozent der Personen von zu Hause aus. Zählt man jene dazu, die zumindest teilweise vom Heimbüro aus gearbeitet haben, ist man sogar bei mehr als 95 Prozent. Auch im Administrativ- und Finanzsektor klappte die Telearbeit: Hier sind immerhin noch mehr als 60 Prozent komplett zu Hause, mit den Teilzeit-Heimarbeitern ist man bei fast 80 Prozent. Ähnlich sieht es im öffentlichen Dienst aus: Hier konnte fast die Hälfte der Beschäftigten von zu Hause aus arbeiten, ein weiteres Viertel war zumindest einen Teil der Zeit im Home-Office. Insgesamt hat von der arbeitenden Bevölkerung in der Krise fast die Hälfte auf das Büro am Arbeitsplatz verzichten können. Weitere 20 Prozent waren abwechselnd zu Hause und auf der Arbeit. Im Kommerz-, Industrie-, Horeca- und Bausektor war es mit dem Home-Office nicht so einfach, da hier die Arbeit teilweise komplett stillstand.

Wenig verwunderlich ist demnach, dass diese Sektoren in den Monaten April und Mai bei

Santé

der Kurzarbeit an der Spitze liegen. Laut Statec-Bericht befanden sich im April und Mai etwa 80 Prozent der Angestellten der Bau- und Horeca-Branche in Kurzarbeit. In den Bereichen Kommerz, Industrie und Dienstleistungen war etwa jeder Zweite davon betroffen. Insgesamt arbeiteten mehr als 30 Prozent der Bevölkerung im April kurz.

Einschneidend ist die Corona-Krise auch in den Statistiken der Arbeitenden und Arbeitslosen in Luxemburg. Von Februar bis April verloren fast 10.000 Personen ihre Arbeit. Waren vor der Krise fast 475.000 Personen in Arbeit, fiel diese Zahl abrupt auf fast 465.000 zurück. Seitdem erholt sich der Arbeitsmarkt nur langsam. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen stieg ab Februar von knapp 16.000 auf fast 21.000 Personen im Mai.

Einfluss auf die Mobilität

Wer während des Lockdowns auf Luxemburgs Straßen unterwegs war, muss wohl gedacht haben, jeder Tag ist Sonntag oder es wären schon Sommerferien, so wenige Autos waren unterwegs. Ganz deutlich zeigt sich das im Verkauf des Treibstoffs an den Tankstellen. Wurden in Luxemburg im Februar etwa 210 Millionen Liter Benzin und Diesel verkauft – ähnlich wie in den Monaten zuvor –, stürzt diese Zahl auf einen Tiefpunkt von nur etwa 80 Millionen Liter im April. Seitdem hat sich der Verkauf wieder etwas erholt: Im Juni lag er bei etwa 180 Millionen Liter Treibstoff.

Während des Lockdown wurden zudem deutlich weniger Neuwagen in Luxemburg angemeldet als sonst. Einen Tiefpunkt stellt wieder der April dar: Während 2019 noch mehr als 5.500 Autos neu angemeldet wurden, waren es 2020 im selben Monat nur knapp mehr als 1.000. Die verpassten Anmeldungen scheinen

die Luxemburger nun wieder aufzuholen: Im Juli 2020 lag die Zahl der Neuanmeldungen mit etwa 5.500 über der des vorigen Jahres (etwas weniger als 5.000).

Auch der Findel stand still, zumindest was die Passagierflüge angeht. Etwa 400.000 Passagiere wurden am Luxemburger Flughafen im Februar abgefertigt. Im April waren es überhaupt keine: Alle kommerziellen Airlines blieben ab dem 19. März am Boden. Erst Ende Mai wurden erste Flüge wieder aufgenommen. Mit den schrittweisen Lockerungen haben der Luxemburger Flughafen und die Airlines besondere Corona-Vorrichtungen getroffen, für die der Findel auch ausgezeichnet wurde. Beim Frachttransport verzeichnete der Flughafen aber keineswegs einen Rückgang. Im Gegenteil: Im Mai wurde sogar ein Spitzenwert von 77.000 Tonnen Fracht verzeichnet. So viel wurde in keinem Monat im Jahr vorher über den Findel transportiert.

Premierminister Xavier Bettel muss Luxemburg durch eine Krise steuern, die in allen Bereichen große Spuren hinterlässt



Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

COVID-19 in Zahlen

Allgemeine Situation

